

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



**Deutsches
Jugendinstitut**

Zwischenbericht 2022

Maren Jütz, Stefan Kolke, Frank König, Alexander Stärck,
Diana Zierold, Tobias Roscher, Frank Greuel, Björn Milbradt

Halbzeitbilanz zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (2020–2024)

Gesamtevaluation

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit fast 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Wir danken Viktoria Abel, Diana Beyer, Marijam Kleinpeter, Rahel Maintz und Johannes Scherpf für ihre Mitarbeit und Unterstützung bei der Aufbereitung und Auswertung von Daten sowie Manja Birke und Anna Hemann für das aufmerksame Lesen und Redigieren. Unser besonderer Dank gilt Gabriele Kämpfe für ihre organisatorische und redaktionelle Unterstützung für den vorliegenden Bericht.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt das veröffentlichende Institut die Verantwortung.

Impressum

© 2023 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung: Juli 2023
ISBN: 978-3-86379-469-9
DOI: 10.36189/DJI202317

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartner:
Dr. Björn Milbradt
Telefon +49 345 68178-37
E-Mail milbradt@dji.de

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Methoden	7
3	Anlage und Handlungsstrategie von „Demokratie leben!“	10
4	Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der Programmumsetzung	15
5	Umsetzungsstand des Bundesprogramms zu Beginn des Jahres 2022	26
5.1	Erste Erträge der Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und der Arbeit für Demokratie und Vielfalt	26
5.1.1	Förderung von kommunalem zivilgesellschaftlichen Engagement und der Arbeit für Vielfalt und Demokratie vor Ort	29
5.1.2	Unterstützung für von Gewalt und Diskriminierung betroffenen bzw. insoweit erfahrenen Menschen	31
5.1.3	Unterstützung von Distanzierung und Deradikalisierung	33
5.1.4	Förderung von Innovationsproduktion und Transfer	36
5.2	Kooperation im Bundesprogramm „Demokratie leben!“	42
5.2.1	Stand der programminternen Zusammenarbeit und Chancen in der Kooperation	43
5.2.2	Nutzen und Aspekte der programminternen Zusammenarbeit	46
5.2.3	Anregung der programminternen Zusammenarbeit	49
5.3	Wer ist die Zielgruppe – Zielgruppe generell: Vorgaben des Programmgebers versus Umsetzung	52
5.3.1	Wie erreichen die Angebote ihre Zielgruppen?	55
5.3.2	Förderliche Faktoren für die Erreichung der Zielgruppen	56
5.3.3	Probleme bei der Zielgruppenerreichung	57
5.4	Stand der Berücksichtigung von Gender Mainstreaming	58
5.5	Digitale Transformation von Angeboten	63
6	Unterstützungsbedarfe der im Programm geförderten Akteur:innen	67
7	Zentrale Ergebnisse und Fazit	71
7.1	Zentrale Ergebnisse	71
7.2	Fazit	77
8	Empfehlungen	80
8.1	Empfehlungen zur Programmstruktur	81

8.2	Empfehlungen zur Programmentwicklung/ Programmbeschreibung	87
8.3	Empfehlungen zu Programmthemen/-inhalten	89
8.4	Empfehlungen zum Begleitgremium (Programmbeirat)	89
8.5	Empfehlungen zur Bund-Länder-Vereinbarung	90
8.6	Empfehlungen zu ausgewählten Einzelaspekten	90
9	Abkürzungsverzeichnis	93
10	Literaturverzeichnis	94
11	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	97
12	Anhang	99

1 Einleitung

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (DL!) fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) seit 2015 auf kommunaler, Landes- und Bundesebene „zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft“ (www.demokratie-leben.de). Das Programm steht in einer inzwischen zwei Jahrzehnte zurückreichenden Tradition von Programmförderung für Demokratie und Vielfalt, gegen Extremismus. Auch in der zweiten Förderphase von DL! mit einer Laufzeit von 2020 bis 2024 unterstützt das BMFSFJ „innovative Projekte und langfristiges Engagement“ (ebd.), die die Leitziele „Demokratie fördern“, „Vielfalt gestalten“ und „Extremismus vorbeugen“ verfolgen sollen. „Demokratie leben!“ ist, wie seine Vorläufer, ein komplexes, nur begrenzt überschaubares Programm, das sich aus mehreren Programmbereichen¹ mit den Ebenen Handlungsbereiche (HB), Handlungsfelder (HF) und Themenfelder (TF) zusammensetzt.² Das Programm wird wissenschaftlich zum einen in den einzelnen HB und HF und zum anderen im Zusammenspiel dieser Bereiche und Felder begleitet und evaluiert.

Die hiermit vorgelegte Halbzeitbilanz der Gesamtevaluation (GE) bildet einen Zwischenstand der Umsetzung von DL! als Gesamtprogramm ab. Sie untersucht aus einer programmbereichsübergreifenden Perspektive, welche Leistungen und Erträge die Programmpartner:innen bisher erzielt haben, ob den geförderten Akteur:innen für die Zielerreichung bis Ende 2024 noch Unterstützungsangebote unterbreitet werden sollten, die die Zielerreichung verbessern können, und inwieweit die in den einzelnen HB/HF tätigen Akteur:innen bereichsübergreifend zusammenwirken.³ Sie gibt außerdem Einblicke in die Arbeit mit den Zielgruppen des Programms und zeigt kursorisch auf, welche Zielgruppen adressiert und inwieweit diese erreicht werden. Außerdem thematisiert sie, welche programmbereichsübergreifenden Schwierigkeiten bei der Zielgruppenansprache bestehen. Darüber hinaus legt der Bericht dar, inwieweit die geförderten Akteur:innen das Leitprinzip des Gender Mainstreaming (GM) bei der Programmumsetzung berücksichtigen und beleuchtet Umsetzungsaspekte der digitalen Transformation von Angeboten. Des Weiteren gibt die Halbzeitbilanz einen Einblick in Rahmenbedingungen, die die Umsetzung

1 Kompetenzzentren und -netzwerke, Landes-Demokratiezentren, Beratungsangebote, Partnerschaften für Demokratie, Modellprojekte in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention sowie das Themenfeld Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe. Darüber hinaus gibt es noch Begleitprojekte sowie einen Innovationsfonds.

2 Die Rechtsgrundlage für die Ausreichung von Fördermitteln in der aktuellen zweiten Förderphase von „Demokratie leben!“ ist die Förderrichtlinie des BMFSFJ vom 05. August 2019 mit Änderungen vom 20. Oktober 2021 und 5. August 2022. Diese Richtlinie wird durch Fördergrundsätze für die einzelnen HB Kommune, Land und Bund, die einzelnen HF der Modellprojekte, für die Begleit- und Unterstützungsprojekte (nachfolgend kurz Begleitangebote) sowie den Innovationsfonds sowie die WB und GE untersetzt.

3 Einen vertieften Einblick in die Leistungen und Erträge des Programms auf der Ebene der einzelnen Projekte und HB/ HF bieten die jährlich erscheinenden Schwerpunktberichte der wissenschaftlichen Begleitungen.

des Programms insgesamt und auf der Ebene der Projekte beeinflussen. Ein abschließendes Kapitel widmet sich einer vorläufigen Zwischenbewertung der bisherigen Entwicklungen des Gesamtprogramms und leitet daraus Hinweise an das BMFSFJ/ BAFzA für die Weiterentwicklung der Architektur von DI! ab.

2 Methoden

Datengrundlage dieser Halbzeitbilanz sind zum einen die seit 2020 durchgeführten quantitativen und qualitativen Erhebungen der GE (vgl. Tab. 1), die zur Beantwortung der eigenen Forschungsfragen dienen. Zum anderen hat die GE die bis zum Frühjahr 2022 vorliegenden Schwerpunktberichte der Wissenschaftlichen Begleitungen (WB) zu den in der Halbzeitbilanz behandelten Fragen bzw. Themen ausgewertet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die einzelnen Schwerpunktberichte den WB-Konzepten entsprechend unterschiedliche Themen behandelt haben, sodass nicht zu allen Fragen der GE gleichartige Informationen aus allen HB/HF vorliegen.

Tab. 1: Datengrundlage

Erhebungsmethode	Zeitraum	Befragte	Fragestellungen	Art der Erhebung	Anzahl ausgewerteter Projekte	Rücklaufquote ⁴
1. Online-Befragung	Q2 - Q4 2020 ⁵	alle Programmaktiveure (ohne Innovationsfonds)	Ziele, Zielgruppen, Digitalisierung, Rahmenbedingungen	quantitative Vollerhebung per Fragebogen	N=550	93% ⁶
Nachhaltigkeitsbefragung (Online)	Q2 - Q3 2021	alle ehemaligen MP aus 1. Förderphase DI	Schwerpunkte, interne und externe Nachhaltigkeit, Herausforderungen, Unterstützung	quantitative Vollerhebung per Fragebogen	N=103	39%
2. Online-Befragung	Q4 2021 (HB Innovationsfonds Q3 2022)	alle Programmaktiveure (ohne Innovationsfonds)	Ziele, Rahmenbedingungen, GM, Kooperation, Digitalisierung, Unterstützung	quantitative Vollerhebung per Fragebogen	N=411 (exkl. HB Innovationsfonds)	67%
Regionalanalysen	Q4 2021-Q3 2022	Akteur:innen innerhalb und außerhalb des BP in 2 (von 7) Regionen	Schwerpunkte der Region, Kooperation und Erträge daraus, Umsetzung und Einschätzung BP	Leitfadengestützte Einzel- und (Klein-) Gruppeninterviews	N=13 (von 44) (Stand 12.08.22)	
Dokumentenanalyse/ WB-Schwerpunktberichte	fortlaufend (Stichtag 30.06.22)		Fragestellungen entlang der Leitfragen der GE	Dokumentenanalyse	N=15	

Quelle: eigene Darstellung GE am DJI

- 4 Eine ausführliche Übersicht zu den Rückläufen in den einzelnen HB/ HF findet sich in den Tabellen 2 und 3.
- 5 Die HB wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten befragt.
- 6 Die 1. Online-Befragung der GE wurde bei den meisten HB/ HF über die jeweiligen WB versandt, teilweise auch im eigenen Online-Tool programmiert. Das führte zu Verzerrungen bei einigen Antworten, beispielsweise da Fragen mit unterschiedlichen Antwortvorgaben bzw. -möglichkeiten (z. B. Einfach- und Mehrfachantworten) hinterlegt waren, die Befragungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten (im Abstand von maximal acht Monaten) stattfanden oder durch diese Zeitabstände Fragen verändert wurden. Eine Vergleichbarkeit der Daten ist daher nur für Teile der Befragung möglich. Aus diesem Grund hatte sich die GE entschieden, weitere Online-Befragungen selbst zu einem Zeitpunkt mit Unterstützung der WB und einer einheitlichen Programmierung über Lime-Survey zu versenden. Ausnahme bildet dabei die Befragung der Projekte des Innovationsfonds, die zu einem späteren Zeitpunkt (Mitte 2022) stattfand.

Textpassagen, die wesentlich auf der Auswertung der Berichte der WB basieren, haben alle WB zur Kommentierung erhalten. Ihre Rückmeldungen sind in die Überarbeitung der betreffenden Textteile eingeflossen. Wir danken an dieser Stelle ausdrücklich den WB für diese Unterstützung und die Zusammenarbeit im Evaluationsverbund.

Quantitative Erhebungen

Die GE hat 2020 und 2021/22 an die Projekte und Strukturelemente des Bundesprogramms⁷ teilstandardisierte Online-Fragebögen verschickt, welche die Themenkomplexe Strukturdaten, Ziele, Rahmenbedingungen, Kooperation, Digitalisierung, Gender Mainstreaming, Unterstützung u. a. enthielten. Die für die Abfrage der Ziele notwendige Operationalisierung erfolgte 2020 über offene Fragen. Anschließend hat das Team der GE die offenen Antworten kodiert, mithilfe einer Faktorenanalyse statistisch geprüft und in Items für die Befragung 2021/22 überführt. Die Dateneingabe, -bereinigung und -analyse erfolgte mittels der Statistik-Software SPSS. Für die einfache Beschreibung der Datenlage (Häufigkeiten, Mittelwerte) nutzte die GE Methoden der deskriptiven Statistik. Zur Prüfung von Unterschieden bzw. Zusammenhängen kamen inferenzstatistische Verfahren (non-parametrisch) zur Anwendung.

Die Gesamt-Rücklaufquote mit 93 und 67 Prozent sowie der Rücklauf der Teilstichproben mit 50 bis 100 Prozent (siehe Tab. 1–3) liegen deutlich über den im Rahmen quantitativer Sozialforschung zu erwartenden Rücklaufquoten (5% bis 40%) (Döring/Bortz 2016, S. 412).

Darüber hinaus hat die GE keine Hinweise darauf, dass ein systematisches Non-Response vorliegt, welches zu Stichprobenverzerrung führen würde. Beispielsweise war nicht festzustellen, dass die Befragung von bestimmten Programmpartner:innen auffällig oft abgebrochen oder Akteur:innen eines HB die Beantwortung einzelner Fragen in vergleichsweise hoher Zahl abgelehnt haben.

Um ihrem Anspruch gerecht zu werden, gültige (valide) und zuverlässige (reliable) Aussagen über alle Programmbereiche hinweg zu treffen, berücksichtigt die GE zudem die Zusammensetzung der jeweiligen Teilstichproben in den einzelnen HB im Verhältnis zur Gesamtheit aller Befragten (siehe Tab. 2 und 3).⁸

7 Ausgenommen sind in diesem Bericht die Begleitprojekte und die Projekte des Innovationsfonds, die aufgrund ihres späteren Starts erst im Sommer/ Frühherbst 2022 befragt wurden.

8 „Eine Studie – bzw. genauer: die aus ihr gewonnenen Erkenntnisse – gelten in dem Maß als extern valide, wie sich die Ergebnisse ... auf andere Personen als die konkret untersuchten verallgemeinern lassen“ (Döring/Bortz 2016, S. 95).

Tab. 2: Übersicht über den Rücklauf in den HB/ HF der Online-Erhebungen 2020 und 2021/22⁹

	HB Bund	HB Land	HB Kommune	MP DF	MP VG	MP EP	MP SV	Gesamt
1. Online-Erhebung (2020) Angeschrieben	40	89	300	30	31	25	77	592
Rücklauf nach Bereinigung	34	74	298	30	28	18	68	550
Rücklauf in %	85,0	83,2	99,3	100,0	90,3	72,0	88,3	92,9
2. Online-Erhebung (2021/22) Angeschrieben	40	132	300	30	30	15	67	614
Rücklauf nach Bereinigung	25	71	227	21	15	10	42	411
Rücklauf in %	62,5	53,8	75,7	70,0	50,0	66,7	62,7	66,9

Quelle: eigene Darstellung GE am DJI

Tab. 3: Übersicht über den Rücklauf in den Programmbereichen der 1. Förderphase zur Nachhaltigkeitsbefragung 2021

	MP D	MP E	MP F	MP H1	MP H2	MP I	Gesamt
Angeschrieben	90	70	18	35	4	32	249
Rücklauf nach Bereinigung	36	29	9	14	0	15	103
Rücklauf in %	40,0	41,4	50,0	40,0	0	46,9	41,4

Quelle: eigene Darstellung GE am DJI

Qualitative Erhebungen

Der qualitative Forschungsanteil setzte sich sowohl aus den erwähnten Sekundäranalysen der Berichte der WB¹⁰ als auch leitfadengestützten (Experten-)Interviews zusammen. Die GE interviewte im Rahmen der Regionalanalysen Einzelpersonen sowie (Klein-)Gruppen und führte Netzwerkanalysen und Sozialraumbegehungen durch. In diesen Bericht sind von den sieben Regionen nur zwei eingeflossen, da die GE ein Großteil der Interviews erst im späteren Frühjahr/ Sommer 2022 durchführte bzw. zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch im Feld war.¹¹ Die Interviews und WB-Berichte wurden im Wesentlichen inhaltsanalytisch ausgewertet. Die dafür notwendigen Kategorien hat die GE aus ihrem logischen Modell zum Bundesprogramm und ihren Leitfragen abgeleitet.

⁹ Zur Erklärung des Unterschiedes zwischen der 1. und 2. Online-Erhebung vgl. Tab. 1.

¹⁰ Eingeflossen sind 15 Berichte der WB, die bis zum Stichtag (30.06.2022) vorlagen. Die WB des Innovationsfonds verfasste eigens ein Working-Paper zu den wesentlichen Fragestellungen der GE, da in diesem HF zum Berichtszeitpunkt noch kein Bericht vorliegt.

¹¹ Die Auswahl der beiden Regionen für den Bericht erfolgte anhand des Grades der Abgeschlossenheit der Untersuchungen in den Regionen und der Vergleichbarkeit (z. B. etwa gleiche Größe der Region, unterschiedliche Themenfelder). Eine ausführliche Darstellung der Auswertung aller Regionen wird im Jahr 2023 in einem gesonderten Bericht erscheinen.

3 Anlage und Handlungsstrategie von „Demokratie leben!“

„Demokratie leben!“ – Teil der Kinder- und Jugendpolitik sowie der Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung der Bundesregierung

„Demokratie leben!“ ist sowohl ein Element der Kinder- und Jugendpolitik des Bundes als auch Teil der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Nach Haushaltsgesetz sollen über das Programm kinder- und jugendpolitische „Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt im Wege der Modellprojektförderung mit bundeszentraler Ausstrahlung vor allem bei Kindern und Jugendlichen“ (BMFSFJ 2022a, S. 12) gefördert werden.

Die Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung (BMFSFJ/BMI 2016) umreißt in ihren sechs Handlungsfeldern für das Programm als Aufgaben vor allem:

- Förderung innovativer pädagogischer Ansätze der Demokratieförderung und Extremismusprävention (ebd., S. 19),
- Stärkung bundeszentraler zivilgesellschaftlicher Träger sowie kommunaler Vernetzung von Engagement (ebd., S. 21),
- Betroffenenberatung (BB) sowie Mobile Beratung (MB) und deren Koordinierung durch Landes-Demokratiezentren (LDZ) sowie
- Ausstiegs- und Distanzierungsberatung und „(sozial-)pädagogische Arbeit mit rechtsextrem oder islamistisch orientierten Jugendlichen“ (ebd., S. 23).

Hauptzielgruppe des Programms sind Kinder und Jugendliche, die entweder direkt – in der Projektarbeit – oder indirekt – über die Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteur:innen – adressiert werden sollen (siehe auch BMI 2019, BMFSFJ/BMI 2022 Abschnitt II (4)). Daneben können geförderte Akteur:innen in einzelnen Handlungsbereichen und -feldern des Programms weitere Zielgruppen wie junge Erwachsene oder auch breite Teile der Bevölkerung ansprechen. Gemäß Haushaltsgesetz ist das Hauptförderinstrument von DI! die Modellprojektförderung. In der Praxis fördert das Programm neben zeitlich und thematisch begrenzten Modellprojekten auch das zivilgesellschaftliche Engagement und die Arbeit zivilgesellschaftlicher sowie staatlicher Organisationen in sogenannten „nachhaltigen Strukturen“. Das sind die Partnerschaften für Demokratie (PfD), die LDZ, BB und MB in den Bundesländern sowie Kompetenznetzwerke und -zentren (KNW/Z).

Demokratie stärken, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen – Leitziele des Bundesprogramms

Die Leitziele des Bundesprogramms markieren zugleich dessen zentrale Handlungsfelder. Sie dienen den Programmpartner:innen, einschließlich den Wissenschaftlichen Begleitungen (WB) und dem Team der Gesamtevaluation (GE), als Orientierung. Diese Ziele sind eher abstrakt und allgemein formuliert. Die im Programm tätigen Akteur:innen müssen sie daher für ihre Projekte in geeignete individuelle Handlungsziele übersetzen (vgl. Greuel/König 2019). Dementsprechend haben die

Praktiker:innen im Zuge dieses Übersetzungsprozesses eine Vielzahl an Zielen formuliert. Die GE hat dazu zwei Erhebungen durchgeführt. In deren Ergebnis (vgl. im Anhang A_Tab. 1 zu Themen sowie A_Tab. 2 zu Zielen im Bundesprogramm) wird folgendes deutlich: Die Förderung bzw. Stärkung von Demokratie und die Gestaltung von (gesellschaftlicher) Vielfalt (einschließlich der Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)) sind die beiden zentralen Querschnittsthemen im Programm, die in den Aktivitäten in beinahe allen HB und HF eine Rolle spielen. Die Prävention und Bekämpfung von politisch-weltanschaulichem (islamistischen, linken und Rechts-)Extremismus geschieht erkennbar primär in den speziell dafür geförderten Angeboten.¹²

Mit seiner thematischen Ausrichtung setzt DI! nach Auffassung der GE einen inhaltlichen Trend der seit den 1990er Jahren aufgelegten einschlägigen Förderprogramme im Verantwortungsbereich des BMFSFJ fort. Dieser Trend zeichnet sich dadurch aus, dass zum einen gezielte Prävention (von Extremismus sowie GMF) und Förderung (demokratischer Einstellungen und demokratischen Handelns) kombiniert werden, und zum anderen, dass sich der inhaltliche Programmschwerpunkt immer weiter weg von der Extremismusprävention hin zur Förderung bzw. Stärkung von Demokratie und deren Resilienz verschoben hat. In der aktuellen Programmphase weist das Ziel der Demokratieförderung laut Daten der GE kaum mehr eine enge konzeptionelle Verbindung zur Extremismusprävention auf, als dessen „Kehrseite“ es lange Zeit galt. Demokratieförderung hat sich – mit Präventionspotenzial, aber ohne Präventionsanspruch – als Ziel sui generis weiter etabliert (so bereits BMFSFJ 2020b, S. 100; vgl. im Anhang A_Abb. 1).

„Demokratie leben!“ – Programm zwischen Kontinuität und inhaltlicher sowie struktureller Weiterentwicklung

In der aktuellen Förderphase hat sich die Architektur des Bundesprogramms aufbauend auf den in der ersten Förderphase von DI! geschaffenen oder fortentwickelten Infrastrukturen¹³ von Angeboten und Organisationen

- der Förderung von kommunalem, freiwilligen Engagement für Demokratie und Vielfalt,
- der Beratung für Betroffene rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt sowie zur Mobilen Beratung (MB) gegen Rechtsextremismus,
- der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im Phänomenbereich Rechtsextremismus sowie
- der Vernetzung und Koordinierung mindestens der in den einzelnen Bundesländern bundesgeförderten Angebote auf Landesebene (LDZ)

12 In der Extremismusprävention in den Basisinfrastrukturen auf der kommunalen und Landesebene sowie im HF MP EP dominiert die Rechtsextremismusprävention. Linksextremismus und Islamistischer Extremismus werden nur in wenigen Fällen bearbeitet.

13 Die GE orientiert sich in dieser Begriffswahl am Infrastrukturbegriff, wie er im Rahmen der KJP Richtlinien des Bundes (Abschnitt III. 2 Bundeszentrale Infrastruktur) vom 29. September 2016 entworfen wird und bereits in der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung Verwendung findet (BMFSFJ/BMI 2016, S. 21).

mit kontinuierlich aufgewachsenen Programmmitteln¹⁴ auf den verschiedenen föderalen Ebenen räumlich sowie inhaltlich ausgeweitet. Das spiegelt sich unter anderem in der gestiegenen Anzahl geförderter Pfd, in dem gestiegenen Fördervolumen im Bereich der Betroffenen- und Mobilen Beratung, der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit sowie der LDZ und in der gewachsenen Zahl der im Bereich des HB Bund geförderten Träger wider.¹⁵ Zugleich geht die GE auf Basis der WB-Berichte und eigenen Beobachtungen davon aus, dass die Formierungsprozesse in den Infrastrukturen nicht abgeschlossen sind.

Im Vergleich zur 1. Förderphase hat es im Bereich der Infrastrukturen aus GE-Sicht nennenswerte Veränderungen gegeben: Das BMFSFJ hat den ehemaligen Programmbereich C der Förderung zur Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger in der in der 1. Förderphase eingerichteten Form nicht weitergeführt. Stattdessen hat das Ministerium den HB Bund zur Formierung von Kompetenznetzwerken (und -zentren) etabliert. Es fördert nun zivilgesellschaftliche Organisationen dafür, Trägernetzwerke zu bilden, die ausgewählte bundeszentrale Aufgaben erfüllen, insbesondere bei der Unterstützung des Transfers von Wissen und erfolgreicher Praxismodelle, bei der fachlichen Beratung sowie der Qualifizierung von Fachkräften und in der Qualitätssicherung (Heinze u.a. 2021).¹⁶

Die genannten Infrastrukturen sind nach Beobachtung der GE eher auf relative Dauer hin angelegt und bilden eine Art bundesweites Grundgerüst des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Arbeit zivilgesellschaftlicher sowie staatlicher Organisationen in den Themenfeldern von DI! (siehe auch die Einschätzung in BMFSFJ/BMI 2016, S. 7f.). Diese Strukturen werden dadurch ergänzt, dass das BMFSFJ Aktivitäten in Modellprojekten fördert, die sich mit der Produktion von Innovationen beschäftigen. Die hierfür maximal fünf Jahre lang geförderten Träger lassen sich als eine Art temporäre Infrastruktur der Innovationsproduktion begreifen. Auch im Feld der Innovationsproduktion hat es eine Veränderung im Vergleich zur 1. Förderphase gegeben: Das BMFSFJ hat im Bundesprogramm neu ein Budget für Projekte vorgesehen, die anlassbezogen und mit eher kurzer Laufzeit von bis zu zwei Jahren Innovationen hervorbringen sollen: den Innovationsfonds. Das Programm kann dadurch schneller und flexibler auf kurzfristig entstehende fachpolitische Bedarfe reagieren.

14 2020: 115,5 Mio. EUR, 2021: 150,5 Mio. EUR (www.demokratie-leben.de/weiterentwicklung-demokratie-leben-in-2021), 2022: 165,5 Mio. EUR (www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bundeskabinett-beschliesst-haushaltsentwurf-2023-199464) sowie 2023: 182 Mio. EUR (www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bundeskabinett-beschliesst-haushaltsentwurf-2023-199464).

15 Pfd: von 300 im Jahr 2020 auf 342 im Jahr 2022; Kompetenznetzwerke/-zentren: von 40 Trägern in 14 TF (10 KNW, 4 KNW/Z) im Jahr 2020, über 48 Träger (13 KNW, 1 KMW/Z) im Jahr 2021 auf 51 Träger im Jahr 2022 (Angaben der WB HB Bund), Modellprojekte: HF Vielfaltgestaltung: 2020 68 MP, 2022 76 MP; HF Demokratieförderung: 2020 30 MP, 2022 34 MP; HF Extremismusprävention 2020 46 MP, 2022 50MP (www.demokratie-leben.de; Antragsdaten BAFzA).

16 Auch wenn 31 der ehemals 35 im Programmbereich C geförderten Träger in der laufenden Programmphase mit verändertem Portfolio Fördermittel erhält, so hat laut WB des HB Bund die genannte Änderung unter den geförderten Trägern für einige Unsicherheit in der Frage geführt, wie verlässlich die Förderung einer Infrastruktur bundeszentraler Träger in den Themenfeldern des Bundesprogramms ist (Heinze u.a. 2022, Kap. 2.4). Diese Frage ist nicht zuletzt für die Beurteilung der Nachhaltigkeit von Programmförderung relevant.

Daneben sieht das Programm eine Reihe weiterer Angebote auf der Bundesebene vor, die die Programmumsetzung inhaltlich und methodisch abstützen. Dazu gehören u. a. Begleitangebote für die Erledigung von bedarfsorientierten Fortbildungs-, Vernetzungs- und Qualitätsentwicklungsaufgaben sowie Forschungsprojekte und die Projekte der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation.

Unter den Begleitangeboten findet sich neben der Gruppe mit Stützfunktion eine zweite Gruppe, die im Wesentlichen Aufgaben direkt in der Arbeit mit Letztzielgruppen (Kinder- und Jugendliche, Aussteiger:innen etc.) erfüllen. Einen Überblick über die Programmarchitektur bietet das Schaubild A_Abb. 2 im Anhang.

„Demokratie leben!“ ist ein komplexes, nur begrenzt überschaubares Programm.

Sowohl die im Programm behandelten Themen als auch die Strukturelemente des Bundesprogramms sind, wie weiter unten ausführlicher gezeigt wird, auf vielfältige Weise miteinander verwoben. Die konkreten Wechselwirkungen der Strukturelemente und Themen lassen sich nicht durchgängig ermitteln oder nachweisen. Insofern handelt es sich bei DI! um ein komplexes Programm. Aus dem Umstand, dass es – wie im nachfolgenden Abschnitt „Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der Programmumsetzung“ näher ausgeführt – in einem dynamischen gesellschaftlichen Umfeld umgesetzt wird, ergibt sich das Erfordernis von Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, dem „Demokratie leben!“ als lernendes Programm entspricht.

„Demokratie leben“ verfolgt seine Programmziele durch eine Doppelstrategie von finanziellen Anreizen zur Aktivierung von Zivilgesellschaft und von multimodaler Unterstützung von Fachkräften sowie von Diskriminierung und Gewalt Betroffenen.

Die GE hat im Prozess der Formulierung eines logischen (Wirk-)Modells¹⁷ zum Bundesprogramm herausgearbeitet, dass das BMFSFJ eine Doppelstrategie umsetzt, um seine Ziele der Demokratiestärkung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention zu erreichen. Diese Strategie setzt zum einen auf finanzielle Handlungsanreize, um Akteur:innen vor allem in der Zivilgesellschaft anzuregen sich mit den Programmenthemen zu beschäftigen und dazu Angebote zu entwickeln bzw. zu unterbreiten. Zum anderen beinhaltet die Strategie, verschiedensten Akteur:innen multimodal Unterstützung anzubieten, die ihnen helfen, entweder Probleme professionellen Handelns zu bearbeiten und sich zu koordinieren oder die Folgen von Diskriminierung und politisch-weltanschaulicher Gewalt sowie Bedrohung zu bewältigen und solche Handlungen vorzubeugen.

Dafür fördert das BMFSFJ materiell sowie immateriell zum einen zivilgesellschaftliches, das heißt freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement und zum anderen die bezahlte/ berufsförmig ausgeübte Arbeit von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen in den Leitzielbereichen des Programms.¹⁸

17 Das Papier zum logischen Modell sowie die Ergebnisse einer Zielexplication im BMFSFJ als eine der Datengrundlagen dafür liegen dem BMFSFJ vor. Auf eine Wiedergabe wird hier aus Platzgründen verzichtet.

18 Zu den Begriffen des zivilgesellschaftlichen Engagements und der zivilgesellschaftlichen Organisationen vgl. statt vieler Strachwitz/Priller/Triebe 2020, Kapitel 6 und 7.

Damit setzt das BMFSFJ eine Programmtradition fort, die sich seit der zivilgesellschaftlichen Wende in der staatlich finanzierten Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus zu Beginn der 2000er Jahre etabliert hat.

Die Doppelstrategie besteht im betrachteten aktuellen Bundesprogramm nach Auffassung der GE aus den folgenden Elementen:

- a) Förderung von kommunalem (zivilgesellschaftlichen und staatlichen) Engagement für Demokratie und Vielfalt,
- b) Unterstützung von Menschen, die v. a. von rassistischer Diskriminierung und rassistischer, antisemitischer und extremistischer Gewalt betroffen sind (im Modus Beratung, Begleitung, Beistand, Empowerment),
- c) Unterstützung von Distanzierung und Deradikalisierung (im Modus Beratung, Begleitung, Beistand),
- d) Förderung der Innovationsproduktion¹⁹ und von Transfer sowie
- e) die Unterstützung der ehrenamtlich und beruflich im Programm tätigen Akteur:innen²⁰ (im Modus Qualifizierung, Vernetzung, Beratung, Beistand).

Wie in den nachfolgenden Ausführungen dieses Berichts deutlich werden wird, sind die vorgestellten Elemente in der Praxis miteinander verwoben. So findet im Rahmen von Demokratieförderung auf der kommunalen Ebene in den Pfd beispielsweise auch eine Unterstützung von Gewalt-Betroffenen statt oder leisten Maßnahmen zur Förderung der Innovationsproduktion Beiträge dazu, die Arbeit auch innerhalb des Programms programmweit durch inhaltliche, methodische und/oder strukturelle Neuerungen anzuregen und dadurch weiterzuentwickeln.

19 Unter Innovationsproduktion versteht die GE in Anlehnung an das von der WB des Innovationsfonds verwendeten Verständnis, den Prozess der zielgerichteten Entwicklung und Erprobung von neuartigen Lösungen bisher unbefriedigend oder gar nicht gelöster Praxisprobleme in den Themenfeldern des Bundesprogramms (Karliczek/Prillwitz/Schaffranke 2022, S. 1f.). Aufgabe des Bundesprogramms ist es hier „der [...] Fachpraxis neue und bewährte Strategien und Arbeitsformen zur Prävention gegen politischen Extremismus und zur Demokratieförderung zur Verfügung zu stellen, neue Zielgruppen [...] zu erreichen [...] und nachhaltig die Ansätze in den Regelsystemen, wie Schule und Ausbildung, zu verankern“ (Deutscher Bundestag 2021, S. 5f.).

20 Diese wird geleistet v. a. durch Projekte aus dem Bereich Begleitangebote, das Fachforum, die Qualitätswerkstätten sowie die KNW/Z. Die Unterstützung dient dazu, die Arbeit im Programm bedarfsorientiert weiter zu professionalisieren sowie zu stärken.

4 Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der Programmumsetzung

Um die in den weiteren Abschnitten dargestellten Entwicklungen im Programm und dessen bisherige Erträge angemessen einordnen zu können, ist es wichtig, sich das Umfeld zu vergegenwärtigen, in dem das Bundesprogramm agiert. Neben den vielfältigen Aktivitäten der verschiedenen Ressorts und Bundesbehörden²¹ (vgl. BMFSFJ/BMI 2016, S. 13ff.) sind es vor allem Programme, Maßnahmen und Initiativen der Bundesländer, der kommunalen Gebietskörperschaften aber auch der EU sowie das Engagement u. a. in Wohlfahrtsverbänden und Religionsgemeinschaften, von Stiftungen und Unternehmen sowie einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen, die in der Breite Demokratie stärken, Vielfalt gestalten und Extremismus sowie GMF vorbeugen. Deren Einsatz bzw. Arbeit bildet letztlich die notwendige Basis für die Umsetzung von DII. Entsprechend hängt letztere nicht nur von den über das Programm geförderten Akteur:innen ab, sondern wesentlich auch von den Gegebenheiten und Rahmenbedingungen am Ort ihres Handelns.

Die Gesellschaft ist aktuell mit einer Vielzahl von sich stetig wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemlagen konfrontiert, die Auswirkungen auf DII und die Programmpartner:innen haben. Themen wie beispielsweise Klimakrise, Krieg, Flucht und Migration, Populismus, technologischer Wandel, die Konsequenzen der Corona-Pandemie und die damit einhergehende Verschärfung sowie das Erstarken von Verschwörungserzählungen, Konfliktlagen und Bedrohungen haben schon seit vielen Jahren einen Einfluss auf das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben und den Zusammenhalt und somit auch auf die Arbeit der Programmakteur:innen (vgl. Forschungsgemeinschaft Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) 2022; Decker u.a. 2022; Zick/Küpper/Berghahn 2019).

Die genannten Herausforderungen haben als Rahmenbedingungen Auswirkungen auf die Projektdurchführung und können von den Akteur:innen in der gegebenen Situation nur bedingt verändert bzw. beeinflusst werden.

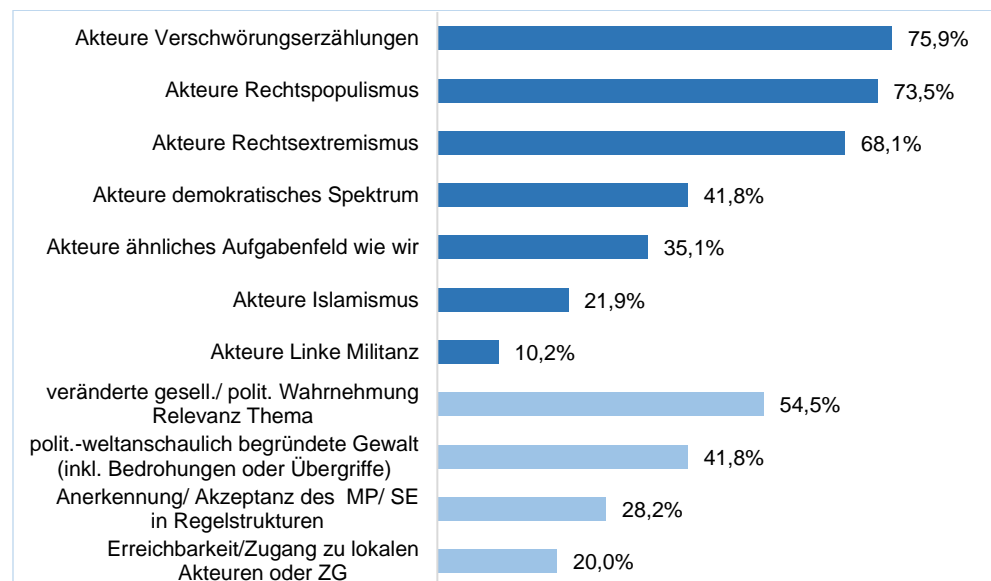
Die Akteur:innen im Bundesprogramm und deren Zielgruppen müssen zunehmend auf Verschwörungserzählungen und Rechtspopulismus und daraus folgenden Bedrohungen reagieren.

Die GE hat im Rahmen ihrer Online-Erhebungen sowie Regionalanalysen verschiedene Rahmenbedingungen erfasst, die sich auf die Arbeit der im Programm Tätigen auswirken. Dabei zeigte sich, dass insbesondere das Handeln (neuer) Akteur:innen aus den Spektren Verschwörungserzählungen, Rechtspopulismus sowie Rechtsextremismus bedeutsame Einflussfaktoren sind (siehe Abb. 1–3 und die Tabellen A_Tab. 3–6 im Anhang in denen die HB/HF ausgewiesen sind). Diese bilden sowohl auf der gesellschaftlichen Makro- und Meso- als auch auf der Mikroebene in

21 Für DII sind hier vor allem das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI, verschiedene Maßnahmen der Bundeszentrale für politische Bildung sowie thematisch einschlägige, jüngere Strategien und Aktionspläne der Bundesregierung bedeutsam.

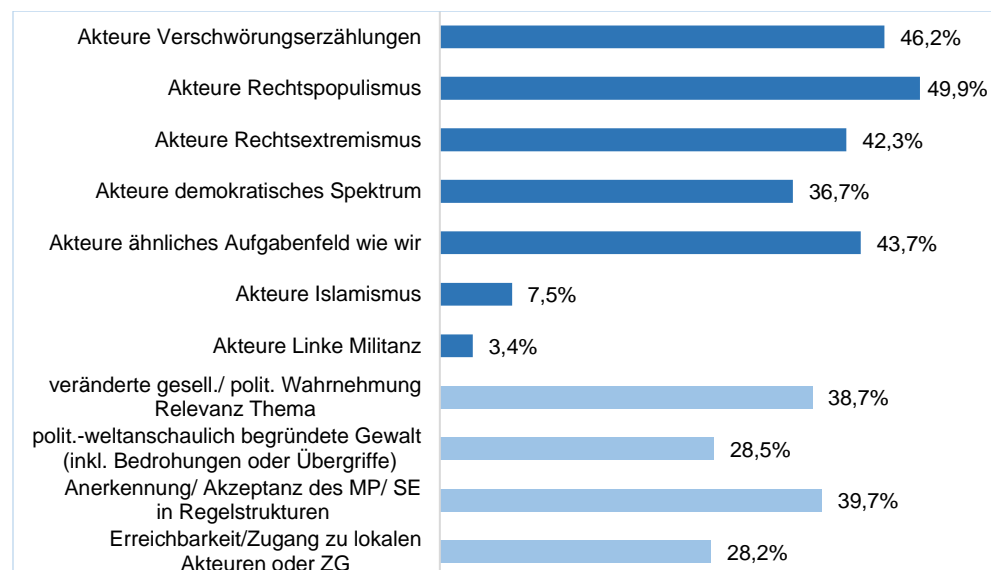
der Projektarbeit vor Ort einen Teil des Handlungsrahmens der Projektarbeit. Auf lokaler sowie Landesebene wird dieser Rahmen durch den Einfluss demokratisch handelnder Akteur:innen bzw. von Akteur:innen mit einem ähnlichen Aufgabenfeld wie das der Befragten ergänzt (siehe ebd.). Außerdem spielt auf lokaler Ebene die kommunale Verwaltung als Einflussgröße in der Projektumsetzung vor Ort eine wichtige Rolle.

Abb. 1: Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



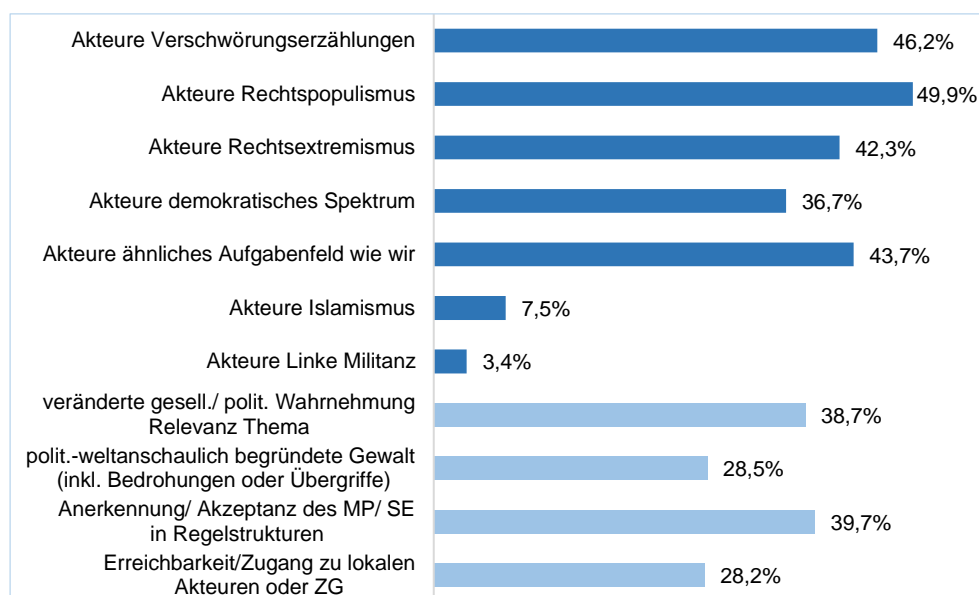
Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Abb. 2: Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf Landesebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Abb. 3: Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf lokaler Ebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

In den Daten der GE-Online-Erhebung 2021/22 zeigt sich, dass die eher als negativ zu betrachtenden Rahmenbedingungen vor allem für diejenigen Akteur:innen im Bundesprogramm relevant sind, die personenbezogen direkt mit Fachkräften und zivilgesellschaftlich Engagierten/ Ehrenamtlichen als Multiplikator:innen arbeiten. In der Arbeit direkt mit Kindern und Jugendlichen scheinen sie weniger unmittelbar bedeutsam.²²

Insgesamt werden die genannten Rahmenbedingungen zwar als hinderlich eingeschätzt (siehe Tab. 4). Zugleich lässt sich aber zeigen, dass die im Bundesprogramm tätigen Akteur:innen in großen Teilen auf diese (neueren) Rahmenbedingungen reagieren (können).

²² Die zeigen Berechnungen der Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstests der Variablen der Rahmenbedingungen und Zielgruppen. Bei den im Text genannten Zielgruppen zeigen sich mehrfach signifikante Ergebnisse hinsichtlich der einzelnen Rahmenbedingungen.

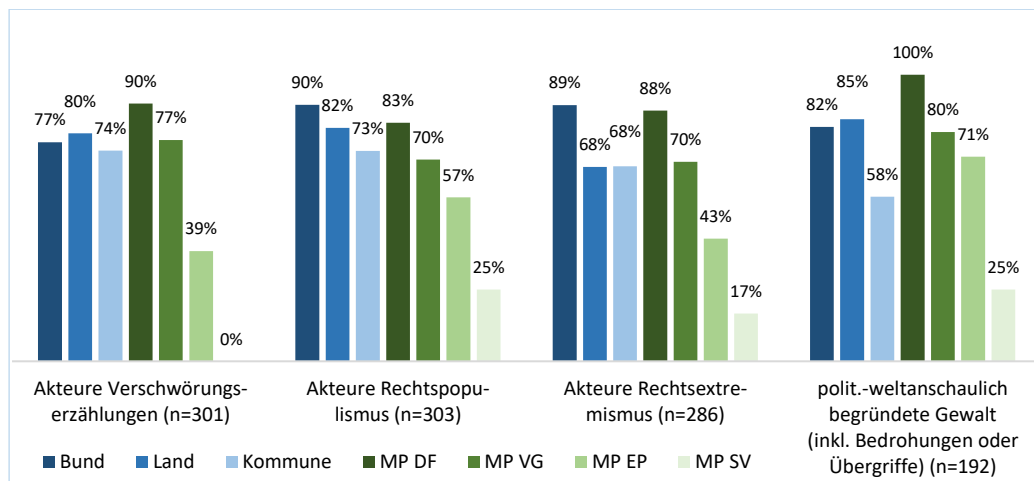
Tab. 4: Wie wirken sich die eben von Ihnen genannten Phänomene/ Rahmenbedingungen auf Ihre Arbeit aus? (Angaben in %)

	... wirkt sich sehr förderlich aus.	... wirkt sich eher förderlich aus.	... wirkt sich sowohl förderlich als auch hinderlich aus.	... wirkt sich eher hinderlich aus.	... wirkt sich sehr hinderlich aus.	Kann ich nicht beurteilen.
Akteure Verschwörungserzählungen (n=301)	2,3%	5,6%	18,6%	36,9%	35,5%	1,0%
Akteure Rechtspopulismus (n=303)	1,7%	3,3%	19,5%	33,7%	40,9%	1,0%
Akteure Rechtsextremismus (n=286)	2,1%	3,8%	25,5%	34,6%	33,2%	0,7%
Akteure demokratisches Spektrum (n=263)	33,1%	46,8%	16,3%	2,7%	0,4%	0,8%
Akteure ähnliches Aufgabenfeld wie wir (n=282)	37,2%	41,1%	18,4%	2,1%	0,7%	0,4%
Akteure Islamismus (n=81)	3,7%	6,2%	21,0%	42,0%	19,8%	7,4%
Akteure Linke Militanz (n=45)	2,2%	4,4%	22,2%	44,4%	13,3%	13,3%
veränderte gesellschaftliche/ politische Wahrnehmung Relevanz Thema (n=287)	30,7%	41,8%	18,8%	7,3%	1,0%	0,3%
polit.-weltanschaulich begründete Gewalt (inkl. Bedrohungen/ Übergriffe) (n=192)	1,6%	3,6%	15,6%	31,8%	46,9%	0,5%
Anerkennung/ Akzeptanz des MP/ SE in Regelstrukturen (n=303)	47,5%	36,6%	11,6%	3,0%	1,0%	0,3%
Erreichbarkeit/ Zugang zu lokalen Akteuren oder ZG (n=304)	31,6%	28,0%	22,4%	11,2%	6,3%	0,7%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

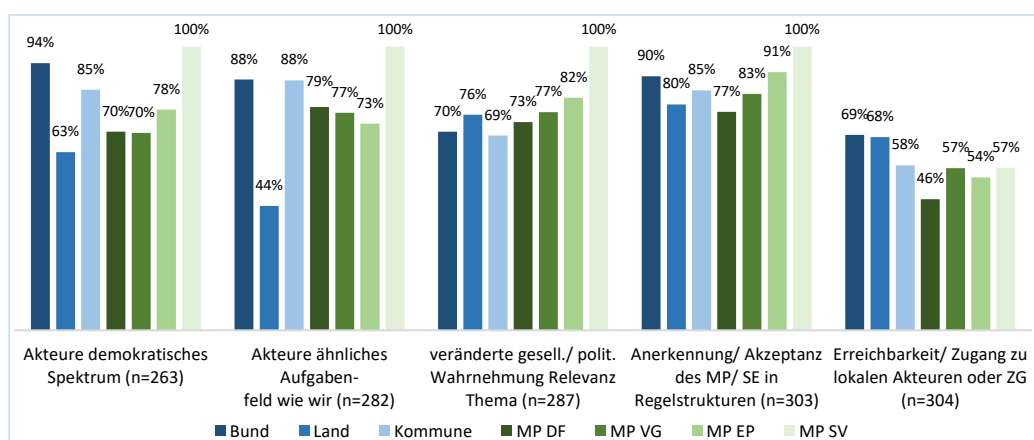
In den folgenden Abbildungen sind jeweils die Aspekte grafisch dargestellt, die sich nach Angaben der Befragten der Online-Erhebung 2021/22 einerseits eher oder sehr hinderlich und andererseits eher oder sehr förderlich auf deren Arbeit auswirken. Es sind erwartungsgemäß die Träger:innen bzw. Promotor:innen (aktueller) gesellschaftlicher Entwicklungen, wie Personen, die z. B. Verschwörungserzählungen und Rechtspopulismus anhängen und verbreiten, die sich hinderlich auf die Arbeit im Bundesprogramm auswirken. Umgekehrt sind es die Akteur:innen des demokratischen Spektrums, die aus der Wahrnehmung der Befragten förderlich für die eigene Arbeit sind. Zur Qualität des jeweiligen Einflusses bzw. zu tiefergehenden Aussagen, wie die Auswirkungen konkret aussehen, geben die der GE vorliegenden Daten zurzeit keine Auskunft. Hierzu bedarf es weiterer Untersuchungen.

Abb. 4: Rahmenbedingungen, die sich eher oder sehr hinderlich auf die Arbeit der Programmpartner:innen auswirken (Angaben der Antworten „eher hinderlich“ und „sehr hinderlich“ zusammengefasst in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Abb. 5: Rahmenbedingungen, die sich eher oder sehr förderlich auf die Arbeit der Befragten auswirken (Angaben der Antworten „eher förderlich“ und „sehr förderlich“ zusammengefasst in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Die in Tabelle 4 und Abbildung 4 dargestellten Rahmenbedingungen werden zwar als hinderlich eingeschätzt, zugleich lässt sich zeigen, dass die geförderten Akteur:innen des Bundesprogramms in großen Teilen auf diese (neueren) Rahmenbedingungen reagieren (können). Dabei gelten die Vermittlung sowie der Erwerb von Wissen und Können als Schlüsselemente zur Bewältigung. Einerseits geben die Akteur:innen Wissen an ihre Zielgruppen weiter und andererseits nehmen sie selbst an Schulungen und Weiterbildungen teil, wie z. B. in einem Interview der GE deutlich wurde:

„Ich mache seit letztem Jahr die Ausbildung ‚Kommunale Beraterin Extremismusprävention‘ dort, weil ich einfach das Thema ‚Extremismusprävention‘ bzw. ‚Rechtsextremismus‘ ganz, ganz wichtig finde im Kontext nochmal der Aktualität durch die Corona-Leugner und die Querdenker-Bewegung, und hier einfach noch, ja, mir mehr Fachwissen auch draufschaffen möchte.“

RS2_6, Z. 160

Zunehmende gesellschaftliche Konfliktlagen begegnen den Programmakteur:innen nach Erkenntnissen einiger WB²³ in Form von Einschüchterungsversuchen, verbaler oder körperlicher Bedrohungen und politisch-weltanschaulich begründeter Gewalt. Die WB des HB Kommune konstatiert dazu: „Mit der Corona-Pandemie haben sich diese Entwicklungen dynamisiert und zu neuen Konstellationen von Akteur*innen und Themen geführt, welche die lokale Demokratiewerk der Partnerschaften vor neue Herausforderungen stellen.“ (Becker u.a. 2020b, S. 46). Auch in den HF Extremismusprävention sowie Vielfaltgestaltung lassen sich solche für die Projektarbeit hinderlichen Bedingungen aufzeigen (vgl. Figlestahler/Schau 2021, S. 12–13; Ziegler u.a. 2021, S. 115; Becker u.a. 2020b, S. 6ff.; DeZIM 2021, S. 23, 29).

Allerdings werden nicht nur Akteur:innen im Bundesprogramm bedroht, sondern auch deren Zielgruppen. Das betrifft v. a. von Diskriminierung Betroffene, marginalisierte Gruppen und sich für Demokratie und Vielfalt einsetzende zivilgesellschaftliche Akteur:innen. Gegen sie gerichtete Bedrohungen beeinflussen die Arbeit mit ihnen hinsichtlich ihrer Sicherheit und auch ihrer Erreichbarkeit insbesondere in strukturschwachen Räumen; wenn beispielsweise Programmpartner:innen Sicherheitsbedenken bei der Zielgruppe ob ihres selbständigen An- und Abreisens mit dem öffentlichen Nahverkehr zum Projekt oder zur Beratung bezüglich möglicher Anfeindungen haben (vgl. DeZIM 2022, S. 44; Becker u.a. 2020b, S. 8; Haase 2021, S. 29).

Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verstärken einerseits Problemlagen und treiben andererseits (digitale) Innovationen voran.

Seit Beginn der zweiten Förderphase im Jahr 2020 sehen sich die Programmakteur:innen u. a. mit der komplexen Rahmenbedingung Corona-Pandemie konfrontiert, die vielfältige Auswirkungen auf die Programmumsetzung hatte. Zum einen wirkte sie – gesamtgesellschaftlich betrachtet – als Katalysator für demokratiefeindliche Erscheinungen bzw. Phänomene. Zum anderen erschwerten verschiedene Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung die Projektarbeit – sowohl inhaltlich als auch in der praktischen Umsetzung (zum Einfluss der Pandemie auf die Entwicklung verschiedener Rahmenbedingungen vgl. A_Tab. 7 im Anhang). Das betraf v. a. das Erschließen von Zielgruppen und/oder den Zugang zu ihnen. Projektpartner:innen berichten außerdem von Problemen bei der Vernetzung sowie bei der Etablierung und Fortsetzung von Kooperationen.

„2020 ist sehr viel ausgefallen wegen Corona. Und sehr viele Kooperationen sind dann auch ein bisschen auf Eis gelegt worden.“

RS2_5, Z. 106

23 Insbesondere WB Kommune und Land sowie MP Extremismusprävention und Vielfaltgestaltung.

Gleichzeitig setzte ein digitaler Transformationsschub ein, um neue Zugänge zu den Zielgruppen herzustellen sowie neue Methoden und Konzepte zu entwickeln und zu erproben (vgl. Kap. 5.5). Dabei erwiesen sich das Schaffen neuer Zugänge mittels digitaler Technologien und die längerfristige Bindung der Zielgruppen an Projekte als fachliche Herausforderungen (vgl. Kap. 5.3.3; Figlestahler/Schau 2021, S. 12, 50; Herding u.a. 2021, S. 5; Ziegler u.a. 2021, S. 23; DeZIM 2022).

Zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Akteur:innen im Zusammenhang mit Corona artikulieren, zählen die Zunahme von Demokratieskepsis sowie das Infrage-Stellen der Legitimität staatlichen Handelns sowie staatlicher Institutionen und „Verschwörungsideologien sowie neue Bewegungen und Zusammenschlüsse etwa zwischen rechtsextremen Gruppierungen und Initiativen aus der sogenannten Querdenker-Szene“ (Figlestahler/Schau 2021, S. 12). Davon betroffene Programmpartner:innen reagierten diesbezüglich flexibel und integrierten die thematische Bearbeitung dieser Themen gegebenenfalls kurzfristig in ihre Projektangebote (vgl. Ziegler u.a. 2021, S. 81; DeZIM 2022, S. 22; Ehnert u.a. 2021, S. 56). Eine Koordinatorin einer befragten Pfd beschreibt ihre flexible Anpassung z. B. wie folgend:

„Wir müssen jetzt auch den ‚Aktionsplan‘ wieder auf den Prüfstand stellen, weil die rechte Szene ändert sich eigentlich fortlaufend, wir haben neue Mischszenen natürlich durch Corona bekommen etc. Also da muss eine Änderung her.“

RS_3, Z. 26

Doch nicht nur der Zugang zu den Zielgruppen oder die digitale Transformation stellten sich im Kontext von Corona als Herausforderung dar. Auch weisen verschiedene Akteur:innen vor Ort darauf hin, dass sich Demokratiefeinde ebenso ins Private zurückgezogen haben und dadurch weniger sichtbar wurden. Das machte es schwieriger nachzuverfolgen, welche Themen in diesen Kreisen virulent und welche Akteur:innen dort (unbemerkt) aktiv gewesen sind.

„Ich finde das immer schwierig, weil diese Szene sehr wandlungsfähig ist. Also wenn ich jetzt subjektiv den Eindruck, aber es ist viel schwieriger Informationen zu bekommen, seitdem die halt durch Corona auch nicht so öffentlich sind.“

RS1_1, Z. 118

Bürokratische Verfahren als Dauerherausforderung im Bundesprogramm

Die Verwaltungsanforderungen des Bundesprogramms (Antragstellung, Berichtswesen und Abrechnung) werden von mehreren Praktiker:innen als erschwerende Rahmenbedingung artikuliert, die sich auf die Flexibilität der Projekte hinderlich auswirken können. Als bürokratische Herausforderungen werden dabei u. a. Abrechnungsverfahren, Personalwechsel bzw. wechselnde Ansprechpersonen in der Regiestelle beim BAFzA und dessen Personalressourcen artikuliert (vgl. DeZIM 2022, S. 48; Figlestahler/Schau 2021, S. 12). Darüber hinaus thematisieren u. a. die in den Regionalanalysen der GE befragten Akteur:innen im Programm aber auch Mitarbeitende in LDZ die kurzfristigen Erhöhungen von Fördermitteln im Projektzeitraum. Neben dem positiven Effekt, dass dadurch neue Akzente gesetzt und weitere Ideen umgesetzt werden können, berichten Mitarbeitende der Angebote im Programm DI! aber auch, dass diese zusätzlichen Mittel mitunter so kurzfristig be-

reitgestellt werden, dass sie nicht fristgerecht verausgabt werden können und zurückgeführt werden müssen. Darüber hinaus wachsen die Koordinierungsressourcen in der Regel nicht im gleichen Maße mit, wie die zu koordinierenden Budgets und Anzahl von Projekten. Das beeinträchtigt dann die entsprechende Koordinierungsarbeit. Auch sollte bei der (kurzfristigen) Bereitstellung weiterer/ zusätzlicher Mittel bedacht werden, dass die Kommunen und Länder teilweise als Kofinanzierer auftreten und eine Zunahme des Volumens an Fördermitteln unter diesen Umständen auch neu in die betreffenden öffentlichen Haushalte eingestellt werden müssen.

In den Regionalanalysen wurden auch die Verwaltungsverfahren im Bundesprogramm als herausfordernde Rahmenbedingungen benannt. Einige Interviewpartner:innen machten beispielsweise auf den Umstand aufmerksam, dass (potentielle) Projektumsetzende eher andere Fördermöglichkeiten in Betracht ziehen, um dem Aufwand zu entgehen, der mit der Förderung über das Bundesprogramm einhergeht. Dabei geht es vor allem um das Verhältnis von Aufwand und Nutzen, für das sich flexiblere Verfahren gewünscht werden, die stärker auf die Gegebenheiten und Bedarfe eingehen.

„Ich sage mal beim Land oder auch bei kommunalen Sachen, ich meine, die Rechnungsprüfung ist hinter allem, ist ja auch richtig, dass die Mittel vernünftig verausgabt werden, aber wie gesagt, der Aufwand mit Blick auf die Beträge ist schwierig. Und sie sind als Bundesprogramm [...] natürlich schon was die Bürokratie angeht, ganz oben an der Spitze. Also da wird schon schnell mal geguckt ‚Ok, können wir das irgendwie über Land oder über kommunale Mittel?‘, das ist zwar auch nicht ohne, aber nicht ganz so problematisch. Und mit Blick auf die Problemlagen und die zunehmenden Problemlagen, also ich sage mal, Corona lässt ja grüßen mit den Querdenkern und Corona-Leugnern, zeigt das ja nochmal, dass wir einen extremen Handlungsbedarf haben. Und da möchte ich eigentlich andere Sachen machen als Bürokratie. Und das ist verheerend, also da müssten wir ganz anders und viel größer drauf einsteigen.“

RS1_4, Z. 20

Die Aussage wird auch von anderen Interviewpartner:innen gestützt, die mitunter aus einer Außenperspektive und aus eigenen Erfahrungen dazu berichten. Die Hinweise in den Interviews wird die GE in ihren weiteren Untersuchungen (z. B. Befragung externer Akteure sowie Online-Erhebung) aufgreifen sowie die Befunde dazu mit den WB für die einzelnen HB/ HF diskutieren und validieren.

Die Verwaltungsverfahren belasten dabei nicht nur die geförderten Träger, sondern können mitunter dazu führen, dass kleinere Träger oder Initiativen sich überfordert fühlen und sich dann mit neuen Ideen gar nicht erst für eine Förderung bewerben.

„Also dieses [...] Angebotseinholung [...] Also das dann Projektnehmern zu verdeutlichen, dann sagt der ‚Ja, warum denn? Den Dieter, den kenne ich schon ganz lange und der macht das richtig gut und [...] der macht das doch schon immer mit uns‘. Da muss ich erklären ‚Ja, dann müsste der Dieter aber ein Angebot schicken und je nachdem [...] über welche Kosten wir reden, braucht Ihr Vergleichsangebote oder Alleinstellungsmerkmale‘. [...] Wenn wir jetzt über größere Summen reden, dann ist das nicht so problematisch. Aber wenn wir dann, wie gesagt, auch über [...] Projekte im Bereich 1.000 Euro oder knapp drüber reden, dann überlegen sich die Leute halt dreimal, ob sie das Geld nicht vielleicht doch bei der Bezirksvertretung bekommen oder bei Kultureinrichtungen.“

RS1_3; Z. 303

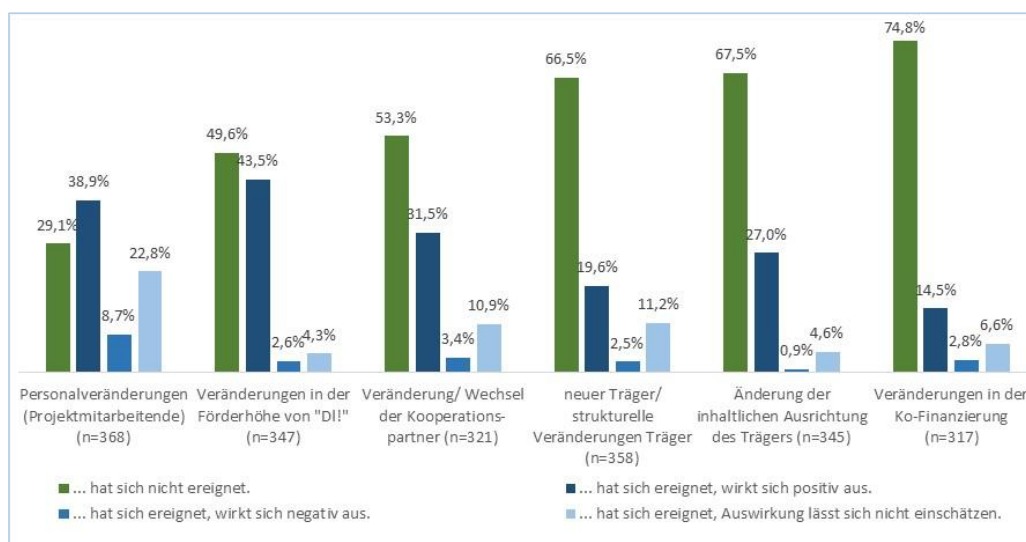
Insoweit zeigt sich hier noch ungedeckter Unterstützungsbedarf für die Akteur:innen vor Ort sowie ein Bedarf an Verwaltungsvereinfachung (siehe Kap. 6).

Seit Programmbeginn haben sich bei der Mehrzahl der geförderten Träger und Projekte (überwiegend positiv bewertete) Veränderungen ereignet.

Neben den gerade behandelten Rahmenbedingungen beeinflussen auch Entwicklungen in den Projekten selbst das Handeln der im Programm Aktiven.

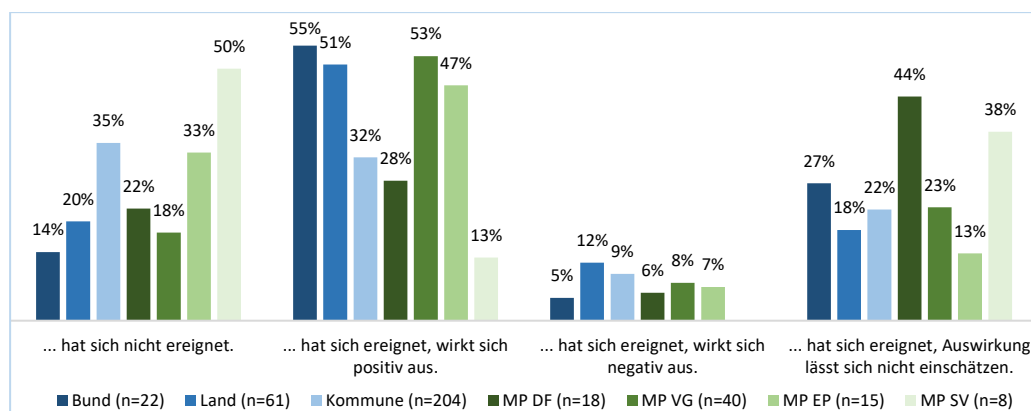
Gefragt nach den Veränderungen, die sich seit Programmbeginn in den Projekten bzw. beim Träger ereigneten, gaben die Befragten der Online-Befragung der GE 2021/22 am häufigsten Personalveränderungen (70,9%) sowie Veränderungen in der Förderhöhe von DI! (50,4%) an.

Abb. 6: Welche der folgenden Veränderungen bei Ihrem Träger/ Projekt haben sich seit Förderbeginn ereignet und welche davon beeinflussen Ihre Arbeit? (Angaben in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

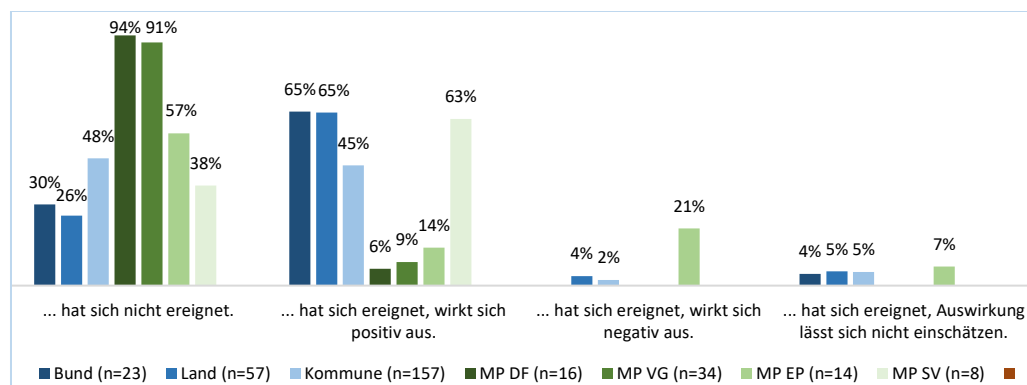
Abb. 7: Angaben zu den Personalveränderungen, die sich seit Projektbeginn ereignet haben und Einfluss auf die Arbeit der Befragten haben (Angaben in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Überwiegend wirken sich die dargestellten Veränderungen positiv auf die Arbeit der Befragten aus. Als positiv eingeschätzte Personalveränderungen fanden am häufigsten in den HB Bund und Land sowie in den MP-Bereich Demokratieförderung und Strafvollzug statt (siehe Abb. 7²⁴).²⁵ In den HB Land und Kommune gaben allerdings 11,5 Prozent (7 von 61, HB Land) bzw. 9,3 Prozent (19 von 204, HB Kommune) der Befragten an, dass sich Personalveränderungen negativ ausgewirkt haben.

Abb. 8: Angaben zu den Veränderungen in der Förderhöhe von „Demokratie leben!“, die sich seit Projektbeginn ereignet haben und Einfluss auf die Arbeit der Befragten haben (Angaben in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Bei Veränderungen bezüglich der Förderhöhe zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den HB/HF: Änderungen fanden zum Zeitpunkt der Befragung seltener bei den MP-Bereichen Demokratieförderung und Vielfaltgestaltung und häufiger bei Bund, Land und MP-Bereich Strafvollzug statt (siehe Abb. 8). Dort wo sie sich ereigneten, wirkten sie sich überwiegend positiv aus. Eine Ausnahme bilden die Angaben im Bereich der MP EP – hier schätzen drei von sechs Projekten, die eine Veränderung in der Förderhöhe für ihr Projekt angaben, ein, dass sich dies negativ ausgewirkt hat (siehe ebd.).

Eine Unterstützung durch kommunale Akteur:innen aus Politik und Verwaltung kann die Arbeit zu den Themen des Bundesprogramms erleichtern/ fördern.

Wie bereits erwähnt, haben Akteur:innen der kommunalen Politik und Verwaltung einen bedeutsamen Einfluss auf gelingende Arbeit vor Ort. Sie können die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur:innen sowohl fördern als auch behindern. Dieser an sich nicht neue Befund lässt sich auch für die laufende Förderphase exemplarisch anhand von Ergebnissen der Regionalanalysen der GE illustrieren.

So kann die GE für die beiden in diese Halbzeitbilanz einbezogenen Regionen zum einen zeigen, wie ein Bewusstsein für Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und

24 Das ist an den niedrigeren Zahlen beim ersten Aspekt „...hat sich nicht ereignet“ abzulesen.

25 Bei diesem Befund ist zu bedenken, dass die Befragungen innerhalb der ersten beiden Jahre der Förderung stattfanden, in denen eine (Neu-)Einstellung von Personal eher zur Arbeitsfähigkeit der Projekte beitrug.

auch Extremismusprävention bei den Akteur:innen der Verwaltung dazu führen kann, das Engagement und den Einsatz dafür in der Region zu verstärken.

„[I]ch kann jetzt so aus meiner Arbeit und meiner Perspektive auch sagen, dass ich das Gefühl habe, auch auf Verwaltungsebene wird dieses Thema sehr, sehr ernst genommen und es steht auf der Agenda auch in der Prioritätenliste sehr weit oben. Das merkt man [...] daran, wie sich Lokalpolitiker:innen für bestimmte Themen einsetzen und Präsenz zeigen und auch ansprechbar sind für solche Themen.“

RS1_2, Z. 80–82

Andererseits zeigt sich aber auch, dass das Wirken kommunaler Akteur:innen zivilgesellschaftliches Engagement nicht in jedem Fall stärkt. Dies kann v. a. dann eintreten, wenn das Vorgehen im Umgang mit Problemlagen oder Zielsetzungen zu den Themen des Bundesprogramms (und darüber hinaus) weniger partizipativ mit den zivilgesellschaftlich Engagierten ausgehandelt, sondern im Ergebnis eher in einem Top-down-Verfahren durch die Verwaltung (teilweise im Zusammenspiel mit Kommunalpolitik) vorgegeben wird.

„Ja, dass über die Stadt die Anregung kommt und das ist aber dann mit einer thematischen Schwerpunktsetzung verbunden und einem Kontext und dass so eine bestimmte Sprache, ein bestimmter Duktus, an dem wir uns zu orientieren haben, sag ich mal so. Also mein Demokratieverständnis und auch von Teilen der Kooperationspartner, mit denen wir enge Kooperation haben durch die Thementage, richtet sich nicht unbedingt so daran, wie die Stadt das vermittelt. Aber ja, das ist halt die Gegebenheit und wir, das ist die Spielwiese, die wir haben.“

RS2_7, Z. 43

Die Programmpartner:innen von DI! sind mit einer Vielzahl von Rahmenbedingungen konfrontiert, deren Einflussrichtung (hinderliche und/oder förderlich) auf die Projektarbeit nicht immer eindeutig zu bestimmen ist.

Sowohl multiple globale Krisen als auch heterogene gesamtgesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen als programmexterne Rahmenbedingungen die Arbeit der Projekte. Dabei sind es insbesondere Einflüsse aus dem antidemokratischen und rechtsextremen Spektrum, die von den Geförderten eher als hinderlich für die Projektumsetzung beschrieben werden. Innovation und Flexibilität wie beispielsweise die kurzfristige Integration von virulent gewordenen Themen in die Projektbearbeitung sind Reaktionen der Programmpartner:innen auf diese Rahmenbedingungen. Hingegen lassen sich (die haushalts- und verwaltungsrechtlich gebotenen) bürokratische Anforderungen des Programmgebers unter bestimmten Bedingungen als programminterne Herausforderungen einordnen, die sich sowohl negativ auf die Flexibilität der Projektumsetzung auswirken, als auch kleinere bzw. programmunerfahrene Träger hinsichtlich der Bewerbung um eine Förderung aus Programmmitteln abschrecken können. Dagegen kann, wie Beispiele aus der Programmumsetzung zeigen, ein (neo-korporatistisches) Zusammenwirken von Verwaltung und Zivilgesellschaft auf gleicher Augenhöhe einen förderlichen Rahmen für die Umsetzung der Programmziele bilden.

5 Umsetzungsstand des Bundesprogramms zu Beginn des Jahres 2022

Im Anschluss an die kurze Darstellung wesentlicher Einflussfaktoren auf die Programmumsetzung geht es nun darum, einen kursorischen Einblick in den Stand der Umsetzung des Bundesprogramms zu geben. Hierbei stehen wie erwähnt, solche Untersuchungsbefunde der WB und GE im Mittelpunkt, die aus Sicht der GE für mehrere HB/HF oder das Bundesprogramm als Ganzes relevant sind und der Beantwortung von Evaluationsleitfragen der GE dienen. Aufgrund des begrenzten Umfangs dieses Zwischenberichts unterbleibt eine ins Detail gehende Darstellung einzelner Erträge auf der projekt- oder HB-Ebene. Diese detaillierten Einblicke vermitteln die Schwerpunktberichte der WB, die dem BMFSFJ/ BAFzA vorliegen und unter anderem auf www.demokratie-leben.de veröffentlicht sind.

Die Darstellung folgt in der Reihenfolge und Logik der oben beschriebenen Doppelstrategie und seiner Elemente.

5.1 Erste Erträge der Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und der Arbeit für Demokratie und Vielfalt

„Demokratie leben!“ aktiviert Akteur:innen für Demokratiewerk und Extremismusprävention innerhalb und außerhalb des Programms in quantitativer und qualitativer Hinsicht.

Im Prozess der Zielexplication im BMFSFJ hat sich u. a. gezeigt, dass es als Erfolg des Programms gewertet wird, wenn nicht nur bereits bestehendes Engagement und etablierte Angebote fortgesetzt werden, sondern vor allem, wenn über das Programm Akteur:innen aus der Zivilgesellschaftlich neue motiviert werden, sich mit den Programmenthemen zu befassen. Dazu hat das BMFSFJ zum einen die Förderregularen der Modellprojektförderung angepasst. Zum anderen hat es das HF Vielfaltgestaltung als eigenen Förderbereich geschaffen. Beides hat nach Einschätzung der GE dazu geführt, dass im Vergleich zur 1. Förderphase mehr zivilgesellschaftliche Organisationen Fördermittel aus dem Programm erhielten, die bis dahin noch keine Projekte in DI! umgesetzt haben. Darüber hinaus zeigte sich, dass im HF Vielfaltgestaltung verhältnismäßig mehr MP „neuer“ Träger gefördert werden als in den beiden MP HF Demokratieförderung und Extremismusprävention.²⁶ Ebenfalls haben die kontinuierlichen Mittelzuwächse im Programm in allen HB/HF, wie bereits angerissen, zu einer quantitativen und – mit neuen Themen – punktuell auch zu einer qualitativen Ausweitung der Arbeit in den Themenfeldern des Programms beigetragen.

²⁶ Siehe A_Tab. 10 im Anhang.

In diesem Zusammenhang lässt sich auch aus den Erhebungsdaten der GE ableiten, dass eine Förderung aus DI! bereits für sich genommen dazu beiträgt, dass die Bedeutung der bearbeiteten Themen bei den Trägern mit der Förderung steigt (vgl. Tabelle A_Tab. 1 im Anhang).

Über das Bundesprogramm werden jedoch nicht nur die unmittelbar geförderten Akteur:innen, sondern auch Dritte angeregt, sich mit den oben genannten Themen auseinanderzusetzen. So bringt beispielsweise die Konditionierung der Förderung über das Instrument der Kofinanzierung weitere Akteursgruppen außerhalb des Programms unmittelbar dazu, sich mindestens finanziell an der Verfolgung der Programmziele zu beteiligen.

So kann die GE anhand der Auswertung von Antragsdaten des BAFzA in der Zusammenschau mit Daten aus ihren Online-Erhebungen in den Jahren 2020 und 2021/22 zeigen, dass insbesondere die Bundesländer und Kommunen sich als bedeutsame Ko-Finanziers der Programm geförderten Projekte für die Programmanliegen einsetzen.²⁷ Im HB Land erreicht der Kofinanzierungsanteil der Bundesländer, den sie für die Förderung der Beratungsarbeit und der Arbeit der LDZ aufwenden, über die Jahre nahezu gleichbleibend durchschnittlich 45 Prozent. Angesichts der kontinuierlichen Mittelaufwüchse im Programm bedeutet das, dass auch die Bundesländer ihre Fördermittel kontinuierlich aufgestockt haben und damit die Förderpolitik des Bundes und die entsprechenden Impulse zur Programmfortentwicklung aufgreifen, mittragen und mitfinanzieren.

Exemplarisch lassen sich Effekte der Anregung von zivilgesellschaftlichem Engagement sowie von Handeln in zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen in den Themenfeldern des Bundesprogramms für die kommunale Ebene nachweisen. Das Bundesprogramm wirkt hier als Anreizstruktur. So ist beispielsweise die Anzahl der im HB Kommune geförderten Gebietskörperschaften seit dem Jahr 2020 um 42 neue PfD gewachsen (vgl. Fußnote 15). Damit wird eine Vielzahl weiterer lokaler Akteur:innen unter dem Dach von „Demokratie leben!“ tätig.

Koordinierungsstellen sind das Rückgrat für das zivilgesellschaftliche Engagement und die Arbeit zivilgesellschaftlicher und staatlicher Organisationen für Demokratie auf kommunaler und Landesebene.

Strukturelles Rückgrat der im Programm geförderten zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur:innen auf der kommunalen Ebene sind die Koordinierungs- und Fachstellen (KuF) sowie die Begleitausschüsse (BgA) der lokalen PfD. Auf der Landesebene sind es die Landeskoordinierungsstrukturen in den LDZ. Aus einer mehrere Bundesprogramme übergreifenden Betrachtung heraus bilden diese Instanzen eine im Grunde stabile Basis für kommunales demokratisches Engagement und die überregionale Unterstützung von Gewalt- und Diskriminierungsbetroffenen bei der Bewältigung der Tatfolgen, in Empowermentprozessen sowie für die Beratung und Begleitung von Menschen mit demokratiefeindlichen Einstellungen/ Orientierungen in der Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit, einschließlich der Prävention solcher Entwicklungen. Welche Instanz eine solche koordinierende Stützfunktion für die Aktivitäten insbesondere der MP oder KNW/Z auf der Bundesebene

²⁷ Siehe A_Tab. 11 im Anhang.

übernehmen kann, ist bisher nicht geklärt. Das betrifft die Frage danach, inwieweit die KNW/Z eine solche Funktion für die MP in den von ihnen „betreuten“ Themenfeldern auf der Bundesebene übernehmen sollen und können genauso, wie die Frage, wer die KNW/Z gegebenenfalls auf Bundesebene koordiniert.

In der Gesamtschau präsentiert sich DI! als Anreizstruktur, die die längerfristige Bearbeitung und Weiterentwicklung der Themen Demokratieförderung, Gestaltung von Vielfalt sowie Extremismusprävention ermöglicht und dabei flexibel auf sich wandelnde gesellschaftliche Problemlagen und Gegebenheiten reagiert. Letzteres wird dadurch erreicht, dass das Bundesprogramm zum einen Programmstrukturen und Förderregularien in den HB Kommune, Land und Bund so angelegt hat, dass diese zeitnah auf sich ändernde Rahmenbedingungen respektive neue gesellschaftliche Herausforderungen reagieren können²⁸ und zum anderen der Bundestag immer wieder zusätzliche Mittel bereitstellt, um drängende (neue) Themen forciert zu bearbeiten und Zielgruppen neu oder anders zu adressieren. „Demokratie leben!“ ist dahingehend ein lernendes Programm. Im HB der MP ist der Anpassungsspielraum der Projekte aufgrund ihres spezifischen Auftrages und des Förderverfahrens (Auswahl aufgrund eines als förderwürdig befundenen Innovationskonzeptes) sachlogisch begrenzt. Dort ist es das Förderinstrument des Innovationsfonds, das es ermöglicht, auch jenseits der jeweils auf fünf Jahre angelegten Modellprojektförderung kurzfristig entstandene Innovationsbedarfe aufzugreifen.

„Demokratie leben!“ stärkt durch spezielle Stützmaßnahmen die Qualität sowohl der ehrenamtlich als auch der berufsmäßig ausgeübten Arbeit im Programm und damit dessen Nachhaltigkeit.

Die im Programm geförderten professionellen Akteur:innen befassen sich über alle HB/HF hinweg kontinuierlich mit Fragen der eigenen Fachlichkeit und Professionalisierung. Darüber hinaus stellen sie teilweise unvorhersehbare gesamtgesellschaftliche aber auch technische Entwicklungen vor immer neue fachliche Herausforderungen (siehe Kap. 4 zu Rahmenbedingungen).

Um die Professionalisierung und Bewältigung (kurzfristiger) fachlicher Herausforderungen bedarfsorientiert zu unterstützen, hat das BMFSFJ für die laufende Förderphase verschiedene Stützmaßnahmen vorgesehen und stellt zusätzliche Finanzmittel dafür bereit. Solche Stützmaßnahmen bieten insbesondere an bzw. haben angeboten:

- die Gesellschaft für Bildung und Teilhabe (GesBiT) mit der Qualitätswerkstatt 2.0 bis Mitte 2021 und ab Mitte 2021 die gsub mbH mit der ProjekteWerkstatt für Qualitätsprozesse für die HB Bund und MP,
- das Fachforum beim BAFzA,
- die Wissenschaftlichen Begleitungen für die HB/HF,
- die KNW/Z hinsichtlich Qualifizierung und Transfer,
- Bundesverbände und Bundesarbeitsgemeinschaften,
- die Vielfalt-Mediathek des IDA e.V.,

²⁸ Instrumente die hierfür zur Verfügung stehen sind beispielsweise die Jahresplanungsgespräche im HB Bund oder die Bund-Länder-Treffen im HB Land, in denen aktuelle Entwicklungen und etwaige, daraus resultierende Anpassungen in der geförderten Arbeit besprochen werden können.

- spezielle Projekte („sonstige Maßnahmen“) zur Bewältigung von engagement-bezogenen Bedrohungslagen in PfD sowie zur Qualifizierung von PfD und nicht zuletzt
- Forschungsprojekte.

Die Maßnahmen zur Unterstützung der im Programm geförderten Akteur:innen betrachtet die GE als wichtigen Beitrag, um zivilgesellschaftliches Engagement und die Arbeit zivilgesellschaftlicher und staatlicher Organisationen nachhaltig zu fördern. Denn erworbenes Wissen und Können sowie weiterentwickelte Strukturen können von den Aktiven auch nach der aktuellen Programmphase im Sinne der Programmanliegen – wenn auch gegebenenfalls an anderer Stelle – weitergenutzt werden.

5.1.1 Förderung von kommunalem zivilgesellschaftlichen Engagement und der Arbeit für Vielfalt und Demokratie vor Ort

Das zivilgesellschaftliche Engagement auf der lokalen Ebene und seine professionelle strukturelle Absicherung über die PfD bildet eine der tragenden Säulen des Bundesprogramms. Indem das BMFSFJ dieses Engagement fördert, leistet es einen wirksamen Beitrag dafür, die Anliegen des Programms bundesweit zu verbreiten.

Die Stärkung kommunalen zivilgesellschaftlichen Engagements in den PfD bringt die Anliegen des Bundesprogramms bundesweit in die Fläche.

Die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement erstreckt sich auf alle Kernthemen des Bundesprogramms, wobei der Akzent auf Demokratieförderung und Vielfaltgestaltung liegt.²⁹ Für das bundesweite Engagement auf lokaler Ebene hat die WB des HB Kommune fünf Dimensionen kommunaler Demokratieförderung herausgearbeitet (Becker u.a. 2022, S. 22):

- Vermittlung der Grundlagen von Demokratie,
- Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung,
- Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns,
- Stärkung von Dialog- sowie Konfliktfähigkeit und, damit zusammenhängend,
- Setzen demokratischer Grenzen.

Die Dimensionen greifen ineinander und werden in den Handlungsstrategien³⁰ der einzelnen Kommunen entsprechend der konkreten Problemlagen, Kontexte und

29 Freiwilliges Engagement wird außer im HB Kommune auch in den anderen HB/HF gefördert (siehe dazu auch A_Tab. 2 im Anhang). Bezogen auf die Bundesebene betrifft das die KNW/Z, Modell- und Begleitprojekte sowie den Innovationsfonds. In den Ländern sind es die MB und Betroffenenberatung sowie die LDZ-Koordinierungsstellen. Für eine ausführliche Darstellung der kommunalen Ebene mit zahlreichen Praxisbeispielen siehe Becker u.a. 2022.

30 Ohne diese aus Platzgründen näher auszuführen, sind das (für eine ausführliche Darstellung ebd., S. 54-102): teilhabeorientierte Gestaltung pluraler Gemeinschaften (65 PfD) (ebd., S. 49), Abwehr von Diskriminierung (48 PfD) (ebd., S. 49f.), Stärkung demokratischer Abwehrkräfte (79 PfD) (ebd., S. 50), Förderung individueller Demokratiefestigkeit (50 PfD) (ebd., S. 51) sowie das Erfahrbarbarmachen von Demokratie (59 PfD) (ebd., S. 52). Die Strategien besitzen „deutliche Schnittmengen“ (ebd., S. 52, 107) sowohl in den Zielen als auch in der praktischen Umsetzung.

vorhandenen zivilgesellschaftlichen Ressourcen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen kombiniert (ebd., S. 47ff.). Diese Strategien finden ihrerseits Ausdruck in einer Vielzahl an Maßnahmen, die – auch mithilfe der Mittel des Bundesprogramms – aus den Engagement-Netzwerken der PfD heraus umgesetzt werden.

Beispielhaft nennt die WB des HB hier verschiedene Aktivitäten zur Vermittlung der Grundlagen von Demokratie u. a. in Workshops oder die Durchführung der U-18-Wahlen, die zugleich die Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten bei Heranwachsenden verbessern sollen (ebd., S. 24, 72).

Akteur:innen aus der Zivilgesellschaftlich und der kommunalen Verwaltung wirken auch dabei mit, in Zukunftswerkstätten, Planspielen oder im Rahmen des Einsatzes von Demokratiemobilen individuelle Mitbestimmungskompetenzen sowie Mitbestimmungsstrukturen weiter zu entwickeln (ebd., S. 27, 60). Die Wertschätzung politischer Mitbestimmung versuchen sie dadurch zu steigern, dass sie z. B. Bürgerbündnisse gründen oder Nachbarschafts- und Stadtteilprojekte sowie Bürgerfrühstücke durchführen (ebd., S. 25, 27f., 60).

Ein ebenfalls wichtiges Arbeitsfeld ist die „Förderung von sozialem Zusammenhalt“ (ebd., S. 31). Dort setzen die „Basisarbeiter:innen“ im Sinne der Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns Maßnahmen um, die die Teilhabechancen und Beteiligung insbesondere benachteiligter Akteur:innen bzw. Gruppierungen verbessern sollen. Hierzu zählen u. a. die Durchführung interkultureller Veranstaltungen und Ehrenamtsbörsen oder die Unterstützung von Selbstorganisationen von benachteiligten Gruppierungen vor Ort (ebd., S. 30, weitere Beispiele ebd. S. 88f.).

Im Sinne „stress- und störungsorientierter“ Demokratieförderung geht es in den Kommunen nicht zuletzt auch darum, die Konflikt- und Dialogfähigkeit von Akteur:innen vor Ort zu verbessern. Das geschieht beispielsweise durch Argumentationstrainings (ebd., S. 32f.) oder öffentlichkeitswirksame Gegenproteste (ebd., S. 34ff., 68). Sofern in Kommunen weitergehender Beratungs- bzw. Unterstützungsbedarf besteht, können die Akteur:innen vor Ort auf die Angebote der Mobilen Beratung in den Bundesländern zurückgreifen.³¹ In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass es das BMFSFJ in der aktuellen Förderphase ermöglicht, die Erarbeitung von Lösungswegen für Probleme im Management lokaler Konflikte im Themenspektrum von DI! zeitnah auch zum Gegenstand eines speziell dafür etablierten Projekts zu machen. Ein solcher Förderansatz war bisher in DI! nach Kenntnis der GE eher die Ausnahme.³²

In der Gesamtschau stellen die lokalen Engagement-Netzwerke der PfD auch nach Auffassung der WB des HB Kommune inzwischen ein bundesweites Netzwerk der kommunalen Demokratieförderung dar. Diese Issue- bzw. Themennetzwerke wer-

31 Die MB wird als Angebot in den Bundesländern durch den Bund und die Länder gemeinschaftlich gefördert. Wie das Feld der Betroffenenberatung haben auch die Aktivitäten der MB von der Erhöhung des Programmbudgets profitiert. Im Vergleich der Jahre 2017 zu 2022 sind die geplanten Aufwendungen für die MB von rund 11 Mio. EUR auf rund 16 Mio. EUR gestiegen. Der Anteil des Bundesprogramms daran beträgt jeweils etwa 60 Prozent.

32 Inwieweit andere MP in den HF des Bundesprogramms gezielt lokale Problemlagen oder Herausforderungen der PfD adressieren entzieht sich der Kenntnis der GE.

den, anders als Akteursnetzwerke, weniger über den direkten Kontakt von Akteur:innen gebildet, sondern entstehen durch die Arbeit an gemeinsamen Themen. Insoweit leistet das Bundesprogramm durch die Förderung von Pfd einen relevanten Beitrag zur bundesweiten, basisorientierten („grassroots“) Stärkung und Verteidigung von Demokratie sowie zur Gestaltung von Vielfalt auf kommunaler Ebene.

Aus Sicht der GE ist außerdem hervorhebenswert, dass sich spezielle Projekte – wie das zum Konfliktmanagement – in der aktuellen Förderphase gezielt übergreifenden Problemen in der Umsetzungspraxis von Pfd und der Produktion darauf gerichteter Innovationen widmen.

5.1.2 Unterstützung für von Gewalt und Diskriminierung betroffenen bzw. insoweit erfahrenen Menschen

Das Bundesprogramm trägt entscheidend zur bundesweiten Unterstützung von Menschen bei, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Diskriminierung betroffen sind.

Die Förderung von Akteur:innen, die Menschen unterstützen, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Diskriminierung betroffen sind, ist ein wichtiges Element in der Verwirklichung der Ziele von Dll. Dementsprechend war mit Beginn der 2. Förderphase des Programms in allen Bundesländern ein, mit einer Ausnahme, zivilgesellschaftlich getragenes Angebot der spezialisierten Beratung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (kurz Betroffenenberatung) etabliert. In einem Teil der Bundesländer betrachtet die WB im HB Land die Angebote der Betroffenenberatung als dem Grunde nach gesichert. Eine wesentliche Sicherungsfunktion übernehmen hierbei die thematisch einschlägigen Landesprogramme (Haase 2021, S. 17f.), wobei die Finanzierung der Arbeit der Beratungsangebote sowohl aus Mitteln des Bundesprogramms als auch der Länderhaushalte erfolgt.

Im Vergleich der 1. und 2. Förderphase sind die geplanten Zuwendungen für die Betroffenenberatung des Bundes und der Länder kontinuierlich gestiegen: von rund 4 Mio. EUR im Jahr 2017 auf rund 8,5 Mio. EUR im Jahr 2022. Der Anteil der Bundesmittel beträgt hierbei über die Jahre relativ kontinuierlich rund 55 Prozent. Die Mittelzuwächse haben die Beratungsstellen im Wesentlichen dazu verwendet, neue Beratungsformate zu entwickeln und zu etablieren (v. a. Online-Beratung) und um ihr Personal aufzustocken. Bezogen auf Letzteres konstatiert die WB „beträchtliche Unterschiede“ im Bundesländervergleich, vor allem in den westdeutschen Bundesländern (ebd., S. 13).³³ Dementsprechend beurteilen die Beratungsstellen ihre Ressourcenausstattung auch unterschiedlich: von „gut ausgestattet“ bis „massiv personell unterversorgt“ (ebd., S. 15). Das ist vor dem Hintergrund des Verfassungsziels der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse heikel. Die WB des HB

33 Das hat vor allem historische Gründe. Die Förderung der Einrichtung von Angeboten der spezialisierten Betroffenenberatung durch den Bund war zunächst auf Ostdeutschland beschränkt. Angebote in den westdeutschen Bundesländern existierten kaum. Erst die Ausweitung der Bundes(programm)förderung auf das gesamte Bundesgebiet und eine wachsende Sensibilität für entsprechende Beratungsbedarfe seitens staatlicher Akteur:innen in allen Ländern hat zu einem schrittweisen Auf- und Ausbau der Angebotslandschaft geführt.

Land weist in diesem Zusammenhang auch auf ein Missverhältnis zwischen gesellschaftlichen Problemlagen (vgl. auch das Kap. 4 in diesem Bericht) und der Angebotsdichte an Beratungsstellen hin (ebd., S. 19). Hieraus kann sich im Sinne einer gemeinschaftlich zu lösenden Aufgabe ein Handlungsauftrag an Länder und Bund gleichermaßen ergeben.

Die Ressourcenausstattung reicht nicht immer aus, um bestehende Bedarfe an Unterstützung Betroffener und der Praxisreflexion zu befriedigen.

Dessen ungeachtet kann als Programmertrag gelten, dass die Beratungsstellen durch den Zuwachs an Personalressourcen ihre Sichtbarkeit in den Betroffenen-Communities erhöhen konnten. Das führt in der Konsequenz auch dazu, dass die Nachfrage an Unterstützung in einem Maß stieg und steigt, dass einige Beratungsstellen punktuell überlastet sind (ebd., S. 16). Die Bewältigung der daraus resultierenden Dilemma-Situation, zwischen der fachlichen Beratungsarbeit, der Erledigung aller Unterstützungsanfragen und Selbst(für)sorge abwägen müssen (ebd., S. 22), stellt für die Berater:innen eine Herausforderung dar, für die sie selbst Unterstützung benötigen, z. B. durch Supervision, kollegiale Beratung etc. (ebd., S. 23, mit Verweis auf Helsper 2021, S. 282).

Allerdings sind entsprechende Stütz-Angebote mangels Ressourcen bei erhöhtem Fallaufkommen für die einzelnen Beratungsstellen offenbar nicht immer verfügbar (ebd., S. 21).³⁴ Die Förderung eines Begleitprojekts beim Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) als Qualifizierungs-, Qualitätssicherungs- und Vernetzungsinstanz spielt für die Beratungsangebote insgesamt zwar eine bedeutsame Rolle (Haase 2021, S. 27; Dittrich 2022), kann aber offenbar diesbezüglich bestehende Bedarfe mit seinen Ressourcen nicht vollständig abdecken. Der Befund mangelnder Ressourcen für die notwendige Praxisreflexion wird nicht nur von der Betroffenenberatung, sondern auch für andere HB bzw. HF berichtet (siehe Kap. 6).

Für die PfD berichtet die dafür zuständige WB davon, dass sowohl Akteur:innen in der Zivilgesellschaft als auch in der kommunalen Verwaltung dort ebenfalls vielfach gegen Rassismus und Diskriminierung aktiv sind und Betroffene rechter, rassistischer Gewalt und Diskriminierung Hilfe und Beistand leisten (Becker u.a. 2022, S. 36, 87). Hierbei sind die Angebote der Betroffenenberatung im HB Land sowie die Anti-Diskriminierungsberatung wichtige Verweisstrukturen.

Im hier beschriebenen Strategiebereich sind außerdem mehrere MP des HF Vielfaltgestaltung tätig, vor allem in der Antidiskriminierungsarbeit, im Empowerment und – im Sinne vorbeugenden Betroffenenenschutzes – der Prävention von GMF.

Auf der Bundesebene wird das zivilgesellschaftliche Engagement und die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen außer von dem schon erwähnten Bundesverband auch durch die KNW/Z in den relevanten Themenfeldern unterstützt. Letz-

³⁴ Hasse (2021, S. 21) kommt in der Betrachtung der Betroffenenberatung zu dem Schluss, dass durch die geschilderte Situation die „Professionalität als ‚Chiffre für eine vorgestellte Qualität der Berufsausübung‘ (Pantuček-Eisenbacher 2015, S. 29) bei einem Teil der Beratungsstellen gefährdet ist“.

teres betrifft beispielsweise Träger verschiedener KNW aus dem Spektrum der Syndromelemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (v. a. Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit), die in der Fallrecherche und dem Herstellen von Beratungszugängen unterstützen. Mit dem KNW Rechtsextremismus arbeiten Projektträger etwa bei der Sensibilisierung von Politik und Verwaltung für die Bedürfnisse und Perspektiven von Menschen zusammen, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Diskriminierung betroffen sind.

Zusammenfassend hält die GE auf der Basis der ihr vorliegenden WB-Befunde für den Strategiebereich der Unterstützung Betroffener bzw. Erfahrener fest, dass es das Bundesprogramm – wesentlich im Zusammenwirken mit den Bundesländern – ermöglicht, dass sich die Berater:innen in der Betroffenenberatung weiter qualifizieren sowie professionalisieren, sie den Prozess der digitalen Transformation gestalten und ihre Beratungsorganisationen weiterentwickeln. Diese Entwicklungen werden auf kommunaler Ebene zumindest in einem Teil der Pfd durch zivilgesellschaftliches Engagement und das Handeln kommunaler Politik- und Verwaltungsakteur:innen gerahmt und gegebenenfalls abgestützt. Ebenso arbeiten Fachkräfte in zivilgesellschaftlichen Organisationen außer innerhalb des VBRG auch in Modellprojekten und in KNW/Z an bundesweit skalierbaren Lösungen für die im Arbeitsfeld bestehenden konzeptionellen und praktischen Fragen.

Als Entwicklungsbedarf lässt sich für das Programmanliegen, zivilgesellschaftliches Engagement und die Arbeit zivilgesellschaftlicher und staatlicher Organisationen zu fördern, festhalten, dass noch nicht überall im Bundesgebiet in wünschenswertem oder erforderlichem Umfang Angebote gefördert werden, die sich für die Belange von Betroffenen/ Erfahrenen einsetzen und entsprechende Unterstützung anbieten.

Außerdem scheint ein Bedarf zu bestehen, Probleme in der – ressourcenbedingt unzureichenden – Praxisreflexion HB/HF-übergreifend systematisch anzugehen und gegebenenfalls vom Bundesprogramm aus Lösungen hierfür zu entwickeln. Nach Informationen aus dem BMFSFJ sind dafür inzwischen zumindest im HB Land und für Begleitprojekte weitere Mittel bereitgestellt worden.

5.1.3 Unterstützung von Distanzierung und Deradikalisierung

Die Förderung von Ausstiegs-, Distanzierungs- und De-Radikalisierungsarbeit sowie Extremismusprävention ist ein wichtiges Element in der Arbeit für Demokratie und die Gestaltung von Vielfalt.

Neben der Unterstützungsarbeit für Betroffene als Ausdruck nicht zuletzt gesellschaftlicher Solidarität und betroffenenbezogener Präventionsarbeit fördert das Bundesprogramm auch Angebote zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Menschen dabei unterstützen, extremistische Gruppierungen/ Szenen zu verlassen, extremistische Einstellungen zu hinterfragen sowie Gewaltorientierungen abzulegen oder solche Einstellungen/ Orientierungen oder Zugehörigkeiten gar nicht erst zu entwickeln.

Deradikalisierungsarbeit mit Rechtsextremist:innen – ein Arbeitsfeld professionalisiert sich weiter.

Die im Bundesprogramm überwiegend durch zivilgesellschaftliche Akteur:innen geleistete Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im Phänomenbereich Rechtsextremismus (ADA) gehört wie das gerade genannte Beratungsfeld zu den Arbeitsbereichen in Dll, die bereits über mehrere Programmperioden hinweg kontinuierlich eine Förderung erhalten. Für die Angebotslandschaft ist kennzeichnend, dass neben einem bundesweiten Angebot (EXIT) in beinahe jedem Bundesland (mindestens) ein solches existiert³⁵, zugleich – analog zur Betroffenenberatung – im Vergleich der einzelnen Bundesländer große Unterschiede in der Ressourcenausstattung der jeweiligen Angebote bestehen (Figlesthaller/Schau 2021, S. 11).

In der Praxis weist das Arbeitsfeld der ADA inhaltliche und methodische Bezüge zu den MP der Extremismusprävention, einschließlich des Strafvollzuges, und punktuell auch zum Feld der Demokratieförderung auf. Zu nennen sind hier z. B. Biografiearbeit, Einsatz von Methoden der politischen Bildung oder Elternarbeit. Das bedeutet, dass die in den genannten Bereichen tätigen Professionellen ähnliche fachliche Herausforderungen teilen. Dazu gehört u. a., geeignete Wege des Zugangs zu Zielgruppen zu erschließen (ebd., S. 22; Ziegler u.a. 2021, S. 22, 47), gelingende Arbeitsbeziehungen herzustellen (Figlesthaller/Schau 2021, S. 23f., 33, Herding u.a. 2021, S. 29) oder auch Fragen der Professions-Bezüge bzw. fachlichen Standards zu klären.

Hinsichtlich des Letztgenannten ist beispielsweise zu konstatieren, dass sich die Fachkräfte in der ADA in einem Bereich zwischen Sozialer Arbeit (Figlesthaller/Schau 2021, S. 46) und politischer Bildung verorten (ebd., S. 35). Für ihre fachliche Orientierung heißt das u. a., sich darüber zu verständigen, inwieweit der Beutelsbacher Konsens als Grundorientierung in der politischen Bildung in der ADA berücksichtigt werden kann oder was die Menschenrechts-, Lebenswelt- und Partizipationsorientierung in der Sozialen Arbeit für das eigene professionelle Handeln bedeutet.

Im Zusammenhang mit Fragen der Etablierung von Sicherheits- und Schutzkonzepten für die Ausstiegsarbeit (ebd., S. 12) aber auch in der Betroffenenberatung, ist zu konstatieren, dass sich „sicheres Engagement“ angesichts eines Handlungsrahmens, der für die demokratiestärkende Arbeit in der Zivilgesellschaft zunehmend bedrohlich wirkt, zu einem HB/HF-übergreifenden Thema in „Demokratie leben!“ zu entwickeln scheint.³⁶

35 Hierbei ist zu beachten, dass sich in der Ausstiegsarbeit auch staatliche Stellen der Bundesländer, vor allem Sicherheitsbehörden, mit eigenen Angeboten betätigen.

36 Belastbare Daten zum Ausmaß an Anfeindungen und Bedrohungen, die z. B. mit der Kriminalstatistik vergleichbar wären, liegen für das Bundesprogramm insgesamt nicht vor. Anhaltspunkte für das Ausmaß geben der WB-Bericht zu Bedrohungslagen im HB Kommune für das Jahr 2020 und 2021 oder das EFBI Policy-Paper 2022-02 sowie eine Pilotstudie zu MP im HF Vielfaltgestaltung in „Demokratie leben!“ des DeZIM aus dem Jahr 2022 (Sommer/Ratzmann 2022). So berichtet etwa die Hälfte der für das EFBI-Paper befragten sächsischen Pfd von Drohschreiben/Einschüchterungsversuchen gegen Einrichtungen der Zivilgesellschaft (Kiess/Dietze/Bose 2022, S. 9). Der WB-Bericht zum HB Kommune führt für das Jahr 2020 aus, dass 62 Prozent der be-

Aufgaben der Qualifizierung und fachlichen Abstimmung im Arbeitsbereich übernimmt auf der Bundesebene die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. sowie das KNW Rechtsextremismusprävention. Im Unterschied zur Betroffenenberatung und der Prävention von Islamismus fördert das Bundesprogramm die Angebote der BAG allerdings nicht in einer entsprechenden Stütz-Struktur (KNW/Z oder Begleitprojekt), sondern als Modellprojekt. Insoweit offenbart sich hier eine gewisse Inkohärenz in der Programmförderung für de facto ähnlich gelagerte Stütz-Aufgaben.

Betrachtet man darüber hinaus die einzelnen Träger in der ADA ist zu sehen, dass einige von ihnen auch Modellprojekte umsetzen. Hier zeigt sich, dass das Bundesprogramm auch für etablierte bzw. „reife“ Arbeitsfelder (weiterhin) eine Bedeutung für das gezielte Hervorbringen von Innovationen (für ungelöste Praxisprobleme) hat, die über inkrementelle Weiterentwicklungen hinausgehen.

Angebote der Prävention gegen islamistischen Extremismus sind Teil einer ressortübergreifenden Infrastruktur von Beratung und Deradikalisierungsarbeit.

Gezielte (selektive und/ oder indizierte) Prävention³⁷ von islamistischem Extremismus findet im Bundesprogramm im Wesentlichen in drei HB statt: Land, Modellprojekte und Bund. Diese Angebote sind Teil einer Infrastruktur, die sich im Wesentlichen aus den im Rahmen der Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kooperierenden Trägern und den bedarfsorientiert aus eigenen und Bundesmitteln finanzierten Angeboten der Bundesländer zusammensetzt.

Im HB Land hat das BMFSFJ dafür eine eigene Finanzierungslinie „weitere Maßnahmen“ eingerichtet. Die Mehrheit der Bundesländer nutzt diese Instrument, um Maßnahmen sowohl in der Islamismusprävention als auch in der Prävention von Islam- und Muslimfeindlichkeit zu fördern (Schau/Figlesthler 2022, S. 13f.). Verschiedene Länder entwickeln auf diesem Weg ihre ehemaligen Landesmodellvorhaben der 1. Förderphase (vgl. Bischoff u.a. 2020) zu regional oder landesweit tätigen Fachstellen weiter und verstetigen sie (Schau/Figlesthler 2022, S. 14).³⁸

Vergleicht man die Arbeit der Angebote in der ADA sowie in der Islamismusprävention im HB Land einerseits mit der in den Modellprojekten im HF der Extremismusprävention andererseits, so scheint es in zentralen Aspekten Ähnlichkeiten

fragten KuF Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche Akteure in ihren PfD wahrnehmen (Becker u.a. 2020b, S. 7). Ähnliche Größenordnungen (67% der MP mit Bedrohungslagen) gibt die Pilotstudie des DeZIM an (Sommer/Ratzmann 2022, S. 9).

37 „Gezielt“ heißt im Unterschied zur universellen Prävention, dass es konkrete Ansatzpunkte bzw. Anlässe für Präventionsmaßnahmen in Bezug auf die Zielgruppen gibt; es existieren entweder konkret zu benennende Risikofaktoren („selektive Prävention“) oder konkrete Hinweise auf Haltungen/ Orientierungen/ Einstellungen z. B. aufgrund einschlägigen (verbalen, körperlichen) Verhaltens („indizierte Prävention“).

38 Die WB im HB Land geht davon aus, dass alle über das Bundesprogramm geförderten Projekte auch Fachstellenaufgaben übernehmen, d. h. für Dritte beratend und schuldend in den von ihnen betreuten Themenbereichen tätig sind. Über die Anzahl von Angeboten, bei denen solche Schulungs- und Beratungsaufgaben überwiegen und die auf relative Dauer gestellt sind, lassen sich derzeit keine verlässlichen Aussagen treffen.

zu geben. Das betrifft u. a. Zielgruppen, Arbeitsweisen aber auch Handlungsprobleme (siehe ebd., Kap. 4 und 5). Inhaltliche und methodische Bezüge weisen zudem die Prävention von Islam-/ Muslimfeindlichkeit und das HF der Vielfaltgestaltung auf (für einen Überblick siehe ebd., S. 9).

Als Stütz-Strukturen im Arbeitsfeld fungieren auf der Bundesebene die aus dem Bundesprogramm geförderte BAG Religiöser Extremismus (RelEx), das KNW Islamischer Extremismus (KN:IX), in dem die BAG Mitglied ist, und das KNW im Themenfeld Islam- und Muslimfeindlichkeit.

5.1.4 Förderung von Innovationsproduktion und Transfer

Die Programme der Demokratiestärkung und Extremismusprävention des BMFSFJ stützten sich bis zum Erlass einer eigenen Förderrichtlinie im Jahr 2019 auf die Anregungsfunktion des Bundes aus §83 SGB VIII. In diesem Zusammenhang hatte die Förderung von Aktivitäten von Trägern einen besonderen Stellenwert, gezielt Innovationen in den Themenfeldern der einzelnen Bundesprogramme hervorzu- bringen. Dieser gezielte Prozess lässt sich als Innovationsproduktion beschreiben (Karliczek/Prillwitz/Schaffranke 2022, S. 1f.). Er hat auch in der laufenden Förderphase einen zentralen Stellenwert im Programm und findet schwerpunktmäßig im HB der Modellprojekte sowie im Rahmen des Innovationsfonds statt. Das Hervorbringen von Innovationen als solche ist allerdings nicht auf diese beiden Bereiche beschränkt. Auch in den anderen HB passen die geförderten Akteur:innen ihr Praxishandeln kontinuierlich an sich stetig ändernde Gegebenheiten an. (siehe Kap. 4)

Die GE verwendet ein Konzept von „Innovation“, dessen zentrales Merkmal nicht allein das Hervorbringen einer Neuerung ist, sondern ausdrücklich deren Verbreitung und nachhaltige (angepasste) Verankerung (mindestens) im jeweiligen (Regel-) System (Organisationen, Angebote etc.) umfasst (Schröer 2021, Rammert 2010).³⁹

Das BMSFSJ verleiht der Innovationsproduktion in der 2. Förderphase selbst innovative Impulse.

Das BMFSFJ hat im Bereich der gezielten Entwicklung von Innovationen im Vergleich zur 1. Förderphase drei wesentliche Änderungen vorgenommen:

1. Das BMSFSJ hat ein HF Vielfaltgestaltung (neben den HF Extremismusprävention und Demokratieförderung) eingerichtet. Dort sind die auf das entsprechende Leitziel gerichteten Aktivitäten der Innovationsproduktion gebündelt, die in der 1. Förderphase noch über mehrere Programmbereiche hinweg verteilt gefördert wurden. Im selben Kontext sind mit dem HF Demokratieförderung die Modellprojektaktivitäten in den entsprechenden Themenfeldern ebenfalls stärker konzentriert und inhaltlich gestrafft worden.
2. Das BMFSFJ hat das Instrument des Innovationsfonds implementiert. Informationen der dafür zuständigen WB deuten darauf hin, dass hierdurch die Fähigkeit

³⁹ Diese Verbreitung kann sachlogisch im laufenden Programm nur ausnahmsweise erreicht und in der Evaluation nachgewiesen werden. Insbesondere den KNW/Z sind im laufenden Programm für die Anregung von Transfer spezielle Aufgaben „zugewiesen“.

des Bundesprogramms gestiegen ist, auf kurzfristige Innovationsbedarfe zu reagieren.

3. Das BMFSFJ fördert weiterhin die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im HF Strafvollzug, die bereits in der 1. Förderphase begonnen hat. Im Gegensatz zu den anderen MP in den drei HF von Dll, ist diese Arbeit eine in der Regel nahtlose Fortsetzung der entsprechenden Modellprojektaktivitäten aus der 1. Förderphase. Außerdem sind die Projekte nicht im selben Maße wie andere MP gehalten, „fundamentale“ Innovationen zu erzeugen, sondern können ihre bereits in der 1. Förderphase entwickelten Ansätze bzw. Praxis-Modelle weiter erproben und – im Sinne schrittweiser Innovation – anpassen. Das deutet auf eine sich institutionalisierende (Regel)Praxis hin.

Hinsichtlich der Orientierung am Ziel der Innovationsproduktion zeigen Daten der Online-Erhebung der GE 2021/22, dass die Entwicklung und Erprobung neuer (innovativer) Arbeitsansätze und Problemlösungen auch jenseits des Strafvollzuges nicht für alle Mitarbeitenden in Modellprojekten gleichermaßen handlungsleitend zu sein scheint (vgl. Tab. 2). Das ist im HF der Gestaltung von Vielfalt bei einem Drittel und in der Extremismusprävention bei rund einem Viertel der Teilnehmer:innen an der Online-Erhebung so. Mit Blick auf das Förderziel der Innovationsproduktion deutet sich hier gegebenenfalls Aufklärungs- bzw. Sensibilisierungsbedarf in den betreffenden HF an.

Die im Programm geförderten Modellprojekte decken ein breites Spektrum an Innovationsfeldern ab.

Im Bundesprogramm wurden zum Zeitpunkt der Berichtslegung im HB der MP insgesamt 146 (ohne Strafvollzug) und im Innovationsfonds 22 Projekte gefördert, in denen die dort Tätigen eine große Bandbreite an Innovationsgegenständen (Methoden, Inhalte, Strukturen) bearbeiten.

Beispielhaft sei hier genannt, dass zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Feld des Innovationsfonds das Thema Rechtsextremismus dezidiert aus jüdischer Sicht bearbeiten (Karliczek/Prillwitz/Schaffranke 2022, S. 2), dass in der Demokratieförderung Aktive marginalisierte Gruppen gezielt in demokratische Aushandlungsprozesse einbeziehen (Ehnert u.a. 2021, S. 20), im Bereich Vielfaltgestaltung entlang von Generationendifferenzen in Einwanderer-Communitys gearbeitet wird (DeZIM 2021, S. 45) oder in der Extremismusprävention neue Formate der Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden erprobt werden (Ziegler u.a. 2021, S. 22; Herding u.a. 2021, S. 23ff.).

Innovationsfelder, die aus Sicht der GE in der ersten Hälfte der 2. Förderphase von HB/HF-übergreifender Bedeutung gewesen sind und zu denen aus WB-Berichten Informationen vorliegen, sind u. a. Digitalisierung, Begriffe und Konzepte, Diversity und Mehrebenenansätze, auf die nachfolgend kurz eingegangen wird.

Digitalisierung

Ein Innovationstreiber über alle HB hinweg war die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Hauptthema war hierbei die Digitalisierung von Angeboten

(z. B. Transferieren von analogen Angeboten ins Digitale, (digitale) Ansprache von Zielgruppen usw.). Für die Beratungsarbeit bedeutete das – wie erwähnt – Online-Beratungsangebote zu etablieren, in der Bildungsarbeit E- und Blended-Learning-Formate zu entwickeln und Zielgruppen verstärkt über social media anzusprechen (siehe auch Kap. 5.5 dieses Berichtes).

Begriffe und Konzepte

Die WB im HF Vielfaltgestaltung berichtet davon, dass die Pandemie den Fachkräften in einigen Projekten die Gelegenheit eröffnete, sich intensiv (kritisch) mit den begrifflichen und konzeptionellen Grundlagen ihrer Innovationsarbeit auseinander zu setzen (siehe u. a. DeZIM 2022, 25ff.). Dabei schärften die Aktiven u. a. ihr Verständnis von Diskriminierung, definierten den gesellschaftlichen Rahmen (Dominanzgesellschaft) und setzten sich kritisch beispielsweise mit dem Begriff „Betroffene“ für die Bezeichnung einer der Hauptzielgruppen im HF auseinander (ebd., S. 30ff.).⁴⁰ Als ein bislang in der Praxis noch wenig verbreitetes Konzept im Zusammenhang mit Empowerment ist auch „Power Sharing“ thematisiert worden (ebd., S. 68f.).

Für das HF der Extremismusprävention berichtet die WB ebenfalls von wieder aufgeflammtten Begriffsdiskussionen. Diese betreffen zum einen das Konzept des politischen Extremismus allgemein, in der von Backes und Jesse (1996) ausgearbeiteten Form.⁴¹ Die WB konstatiert hierzu, dass die auf dem Extremismus-Konzept basierende Bezeichnung des Handlungsfeldes „bisweilen auf Akzeptanzprobleme in Teilen der Praxis und der Fachöffentlichkeit“ stieße (Ziegler u.a. 2021, S. 9) und schildert daraus erwachsende Probleme für die Projektumsetzung (ebd.). Zum anderen berichtet die WB auch davon, dass sich die Mitarbeiter:innen in den MP mit den Bezeichnungen der Phänomenbereiche „Rechtsextremismus“, „islamistischer Extremismus“ und „linker Extremismus“ kritisch auseinandersetzen und diese Begriffe sowie die dahinter liegenden Konzepte teilweise infrage stellen (ebd., S. 11ff.).⁴²

Diversity – Diversity Mainstreaming

Ein weiterhin HB/HF-übergreifendes Erprobungsfeld sui generis stellt aus Sicht der GE dar, wenn Akteur:innen in der Zivilgesellschaft und der Verwaltung versuchen, ihre Arbeit in diversen Teams zu organisieren oder sie mit „Betroffenen“ bzw. „Erfahrenen“ als Kooperationspartner:innen, Multiplikator:innen oder „Brückenbauer:innen“ zu adressierten Communitys zusammenarbeiten (vgl. ebd., S. 41,

40 Solche Diskussionen werden i. Ü. bereits länger auch im Feld der Betroffenenberatung im HB Land geführt.

41 Diese im Kern politisch motivierte Diskussion wird ebenfalls seit Langen geführt, ohne dass in jüngerer Zeit wesentliche neue Argumente für oder gegen das Extremismus-Konzept und seine Verwendung vorgebracht worden sind. Bezüglich der Referenzliteratur verweist die GE auf Ziegler u.a. (2021, S. 9f.).

42 Daneben problematisiert die WB außerdem die Verwendung des Begriffs „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ sowie die Präventionstaxonomie entlang von Zielgruppen vs. Zeitpunkt der präventiven Interventionen (Ziegler u.a. 2021, S. 16).

52ff.).⁴³ Solche Bestrebungen unternehmen im Übrigen die Akteur:innen in allen HB (Kommune, Land, Bund, MP) (siehe z. B. Becker u.a. 2022, S. 89; Ziegler u.a. 2021, S. 44).

Eine übergreifende Herausforderung im Diversity Mainstreaming scheint (weiterhin) zu sein, zum einen geeignete (qualifizierte und für eine Zusammenarbeit motivierte) „betroffene“ bzw. „erfahrene“ Personen als Mitarbeiter:innen oder Kooperationspartner:innen zu finden. Zum anderen liegen Herausforderungen darin, Unsicherheiten bei „nicht betroffenen“ Teammitgliedern im Umgang mit „betroffenen“ Kolleginnen und Kollegen abzubauen (z. B. DeZIM 2022, S. 54).

Aus Sicht der GE wird mit den genannten Maßnahmen der in den Vorprogrammen von DI! begonnene Prozess der Entwicklung und Erprobung der Organisation diversitätsorientierter pädagogischer Arbeit unter den Bedingungen einer Einwanderungsgesellschaft weiter forciert. Dessen Ergebnis können sowohl übertragungsfähige Blaupausen als auch Lerngelegenheiten zu Bedingungen und Fallstricke diversitätsorientierter Arbeit sein (ebd., S. 55ff.).

Mehrebenenansätze

Sowohl aus den Ergebnissen der Online-Erhebung 2021/22 als auch aus den Befunden der WB geht hervor, dass in der überwiegenden Anzahl von Projekten über alle Modellprojekt-HF hinweg an Neuerungen gearbeitet wird, die mehrere (pädagogische) Handlungs- bzw. Interventionsebenen (Individuum, Gruppe/Organisation, Struktur; Inhalte/ Themen, Methoden, Strukturen bzw. Mikro-, Meso-, Makroebene) umfassen. So konstatiert beispielsweise die WB des Innovationsfonds, dass etwa 50 Prozent der Projekte Innovationen auf zwei Ebenen, z. B. Inhalte und Methoden, anstreben (Karliczek/Prillwitz/Schaffranke 2022, S. 2). In der Vielfaltgestaltung arbeiten Aktive z. B. daran, individuelle Beteiligungskompetenzen und gruppenbezogen ein „Wir-Gefühl“ in Communitys zu entwickeln und zugleich partizipationsfördernd auf Strukturen einzuwirken (DeZIM 2021, S. 61).

Mehrebenenansätze finden sich sowohl in den HF der Innovationsproduktion als auch in den anderen HB: Die in den Projekten Tätigen wollen Weiterentwicklungen auf individueller, organisationaler und/oder struktureller Ebene anstoßen. Dabei fokussiert sich jeweils mehr als die Hälfte von ihnen projektspezifisch auf mindestens zwei der drei genannten Ebenen.

Innovationen entstehen im Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Wandel.

Im Zusammenhang mit Innovationsproduktion ist zu berücksichtigen, dass sich die „Geschichte der Sozialen Dienste [...] als Innovationsgeschichte lesen (lässt, d. V.)“ in dem „die Formen professionellen Handelns [...] seit ihrer Entstehung einem konstanten Wandel“ erfahren (Schröer 2021, S. 10). Das Spannungsverhältnis von Kontinuität und Wandel in der pädagogischen Arbeit zu bewältigen, erfordert von den mit dem Hervorbringen von Innovationen befassten Akteur:innen, das eigene

43 Die WB im HF Vielfaltgestaltung betrachtet in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit in diversen Teams als Ausdruck von „Allyship zwischen unterschiedlichen ‚Betroffenen‘ und ‚Nicht-Betroffenen‘“ (ebd., S. 53).

Handeln an die Erfordernisse von gesellschaftlichem und technologischem Wandel kontinuierlich anzupassen, zugleich allerdings in der Arbeit mit ihren Zielgruppen eine gewisse Kontinuität bzw. Verlässlichkeit herzustellen. Dahingehend sind auch Prozesse der Innovationsproduktion zwischen Kontinuität und („fundamentalem“) Wandel angesiedelt.

In den HB Land und Kommune mit ihren im Wesentlichen reifen Arbeitsfeldern der Demokratieförderung, Rechtsextremismusprävention und Unterstützung von Betroffenen passen die dort Aktiven ihre Arbeitsansätze eher inkrementell und kontinuierlich an sich ändernde Gegebenheiten an. In Ausnahmesituationen, wie Corona, oder beim Auftreten neuer, bisher unbewältigter Problemlagen, wie die Bedrohung von zivilgesellschaftlich Engagierten sowie von Fachkräften in zivilgesellschaftlichen (und auch staatlichen) Organisationen, findet hier jedoch ebenfalls Innovationsproduktion im Sinne gezielter Entwicklung von Neuerungen statt.

Eher „fundamentalen“ Wandel in Form von Neuerungen respektive Innovationen strebt dagegen die Mehrheit der Praktiker:innen im HB der MP und der im Bereich des Innovationsfonds Aktiven an. Dort greifen sie zum einen noch nicht ausgereifte Themen auf, wie z. B. Vielfaltgestaltung, oder arbeiten mit gereiften Themen, die sie für neue Settings aufbereiten (z. B. Strafvollzug) und/ oder mit neuen Methoden oder mit bisher kaum berücksichtigten Zielgruppen (z. B. beeinträchtigte Heranwachsende) bearbeiten.

Transfer ist ein zentrales Merkmal von Innovation und Schlüsselement bei der Sicherung von Nachhaltigkeit im Bundesprogramm.

Wie ebenfalls bereits kurz ausgeführt, dienen Neu- sowie Weiterentwicklungen in Arbeitsansätzen oder in Strukturen der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention im Rahmen des Bundesprogramms dazu, die jeweilige Fachpraxis anzuregen, neue Themen, Methoden und/oder Strukturen für die eigene Weiterentwicklung zu nutzen. Der Grad der Verbreitung (und damit deren raumbezogenen Einstufung als „bundeszentral“) hängt von den jeweiligen Themen- und Arbeitsfeldern ab. So kann etwa an MP, die sich auf Demokratieförderung in der Kita fokussieren, die Erwartung gerichtet werden, dass ihre Produkte (Modelle) bundesweit in großem Umfang skaliert werden. Modellprojekte in der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit hingegen, die auf ein sehr begrenztes Zielpublikum abstellen, sind zumindest in ihrer Kerntätigkeit auf einen eher kleinen Praxissektor beschränkt, in dem sie selbst einen elementaren Teil der Regelpraxis bilden. Das schließt nicht aus, dass Praktiker:innen Modellentwicklung auch außerhalb der ursprünglichen Arbeitskontexte aufnehmen. Insoweit kann es Unterschiedliches bedeuten, erprobte Konzepte (Modelle) „in die Fläche“, das heißt in den Transfer zu bringen.

Die (angepasste) Vermittlung von Neuerungen passiert auf vielfältige Art und Weise. Grundsätzlich ist Transfer keine Einbahnstraße, sondern von Rückkopplungsprozessen geprägt (Singer-Brodowski/Etzkorn/Grapentin-Rimek 2019). So sind Entwicklungen in der Praxis auch im Bundesprogramm in der Regel selbst Ergebnisse von Transfer, nämlich der modifizierenden Übertragung (mehr oder weniger) etablierter Praxis auf den eigenen (Projekt- bzw. Praxis-)Kontext. Beispielsweise integrieren MP im HF Vielfaltgestaltung in der (Regel-)Praxis bereits erprobte

Do-no-harm-Ansätze in die eigene Arbeit oder übertragen bewährte pädagogische Handlungsansätze in neue Settings, woraus Neues entsteht (DeZIM 2022, S. 76; Karliczek/Prillwitz/Schaffranke 2022, S. 3).

Solche Neuentwicklungen zielgerichtet wieder in Regelsysteme (der Sozialen Arbeit, der außerschulischen Bildung, des Strafvollzuges usw.) einzuspeisen, stellt die „gegenläufige“ Transferrichtung dar. Die entsprechenden Modelle bzw. das vorhandene Praxiswissen übernehmen die Praktiker:innen der angeregten Zielsysteme dann jedoch nicht eins zu eins, sondern zumeist in angepasster Form. Das verändert die Innovation selbst und kann neue Innovationsprozesse auslösen.

In den Nachhaltigkeitsuntersuchungen der GE zur 1. Förderphase von DI! zeigt sich, dass die Zielinstitutionen des Transfers von MP-Erkenntnissen v. a. Träger der KJH, Schulen/ Berufsschulen und Organisationen/ Vereine außerhalb der KJH waren (siehe A_Abb. 8 und A_Tab. 12 im Anhang). Transferiert wurden Wissen, Können und Modelle (Blaupausen). Dafür nutzten die befragten Projekte die klassischen Mittel, wie Fortbildungen, Handreichungen, ihre Homepages und teilweise auch die Vielfalt-Mediathek des IDA e. V.

Für die derzeitige 2. Förderphase berichten mehrere WB, dass bereits jetzt der Transfer von MP-Arbeitsergebnissen ein integraler Teil der Projektarbeit ist. Das beschriebene Spektrum an Transfermaßnahmen ist breit und reicht von der Aufbereitung und Weitergabe von Wissen (ebenfalls über Fortbildungen, Arbeitsmaterial, Publikationen, Homepages usw.) bis hin zum Strukturaufbau auf der Basis modellhaft erprobter Strukturlösung z. B. der Vernetzung oder Beratung (vgl. DeZIM 2022, S. 76f.; Ehnert u.a. 2021, S. 31ff.; Ziegler u.a. 2021, S. 37f.; Herding u.a. 2021, S. 31f.).

Betrachtet man sich außerdem die von der GE im Jahr 2021 erhobenen Daten zur Zusammenarbeit zwischen Akteur:innen, die in DI! gefördert werden, mit Angeboten/ Strukturen der Regelpraxis lässt sich Folgendes festhalten: In den einzelnen HB/HF kooperieren zwischen 75 (MP SV und DF) und 95 Prozent (KNW/Z) der befragten Projekte seit Förderbeginn mit der Regelpraxis, um dort methodische Innovationen zu erproben. Zwischen rund 80 (MP SV und EP) und 90 Prozent (KNW/Z) der Träger machen das zum Zweck des Transfers von Projektergebnissen, zwischen 75 (MP EP, SV und DF) bis 92 Prozent (KuF der PfD), um neue Projekte anzuregen.⁴⁴ Zwischen 67 (MP EP) und 84 Prozent (MP VG) nutzen die Zusammenarbeit, um das eigene Konzept weiterzuentwickeln.

Hinsichtlich der in der Zusammenarbeit adressierten Regelsysteme spielen - unter dem Transferaspekt betrachtet - die Kinder- und Jugendhilfe, der Freizeitsektor (Sport, Kultur), Fachverbände sowie Hochschulen und Universitäten eine zentrale Rolle (siehe A_Tab. 8 im Anhang).

Die Gesamtschau der Kooperationsdaten bezüglich programmexterner Akteur:innen ergibt, dass Transfer und Anregung über alle HB hinweg und nicht nur im HB

⁴⁴ Von den Befragten gaben in der Online-Erhebung der GE nahezu 100% an, mit Programm-Externen zu kooperieren (siehe A_Tab. 9 im Anhang).

der MP und den KNW/Z eine Rolle spielt. Die Befunde deuten vor dem Hintergrund vorliegender Erkenntnisse aus der Transferforschung auch darauf hin, dass im Programm auf der Ebene der geförderten Projekte kooperationsbezogen gute Ausgangsbedingungen hergestellt zu sein scheinen, um das in der Projektumsetzung gewonnene Wissen und Können in die relevanten Regelsysteme zu transferieren. Zudem bestätigen die Ergebnisse aus Sicht der GE entsprechende Erkenntnisse zur wechselseitigen Beeinflussung von Anregung und Transfer von Innovationen. Fragen des Skalierungsniveaus und der nachhaltigen Absicherung von Transfer über den Zeitraum der Programmförderung hinaus können hingegen im Moment noch nicht beantwortet werden und bleiben nachfolgenden Untersuchungen vorbehalten.

Das BMFSFJ hat Prozesse von Transfer in der aktuellen Förderphase zusätzlich forciert, indem es zum einen den LDZ in den Fördergrundsätzen zum HB eine Funktion in der Wissensbergung und -aufbereitung sowie -verbreitung im Bundesprogramm zugewiesen hat, die diese beispielsweise mittels der Landes-Demokratiekonferenzen erfüllen. Zum anderen hat es den HB Bund etabliert, in dem sich die KNW/Z in den einzelnen Themenfeldern des Bundesprogramms ausdrücklich dem Transfer widmen; wenngleich nicht als alleinige Aufgabe (ausführlich Heinze u.a. 2021 Kap. 3). Darüber hinaus besorgen einzelne Begleitprojekte und andere Stütz-Angebote den anwendungsbezogenen Transfer programrelevanter Wissens und Können. Zu nennen sind hier insbesondere die einschlägigen Bundesverbände und Bundesarbeitsgemeinschaften.

5.2 Kooperation im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Die Fördergrundsätze der einzelnen Programmbereiche geben den Programmakteur:innen programmbereichsintern oder -übergreifend Kooperationsbeziehungen (also die Zusammenarbeit hinsichtlich gemeinsamer Aspekte/ Themen) vor, etwa zwischen LDZ und Beratungsangeboten der Länder, zwischen KNW/Z und inhaltlich nahestehenden Modellprojekten oder zwischen verschiedenen Akteur:innen in den PFD. Darüber hinaus regt das BMFSFJ mit unterschiedlichen Instrumenten zum (freiwilligen) Austausch und zur Vernetzung weiterer Programmakteur:innen und -bereiche an und es ergeben sich, etwa durch räumliche Nähe, weitere Kooperationsanlässe zwischen den Akteur:innen.

Kooperation ist nicht Selbstzweck, sondern bringt Synergien (im Sinne eines Mehrwerts durch Zusammenarbeit) hervor, wenn ein greifbarer Nutzen aus dem gemeinsamen Wirken gezogen werden kann. Synergiepotenziale liegen dabei vor allem dort vor, wo sich Programmakteur:innen und -bereiche inhaltlich, handlungsstrategisch und zielbezogen ähneln und aufeinander aufbauen oder beziehen können. Die Zusammenarbeit von Programmakteur:innen birgt dabei unterschiedliche Potenziale für die Aufgabenbewältigung, z. B. das Verbessern eigener Angebote durch den Austausch inhaltlicher Expertise oder die Erleichterung von Zielgruppenzugängen. Die mitunter hohe Bedeutung von Kooperation für die Aufgabenbewältigung der Akteur:innen ist bereits aus der ersten DII-Förderperiode sowie aus Vorgängerprogrammen bekannt (vgl. BMFSFJ 2020b, S. 81; Bischoff u.a. 2015).

Im Folgenden wird die bestehende Verteilung von Kooperationsbeziehungen zwischen den Programmbereichen dargestellt und im Spiegel von Synergiepotenzialen (kritisch) reflektiert. Relevant dafür sind sowohl die Inhalte der Kooperationen, der von den Akteuren gesehene Zweck und Nutzen der Zusammenarbeit sowie die Frage, wodurch die Zusammenarbeit angeregt wurde.⁴⁵

5.2.1 Stand der programminternen Zusammenarbeit und Chancen in der Kooperation

Bei den im Bundesprogramm geförderten Akteur:innen ist die programminterne Zusammenarbeit weit verbreitet.

Bezogen auf DII-Projekte⁴⁶, die angegeben haben, mit anderen Akteur:innen außerhalb ihres Trägers zusammenzuarbeiten (337 von insgesamt 411 Befragungsteilnehmenden), ist die Zusammenarbeit innerhalb des Bundesprogramms sehr deutlich ausgeprägt. Die meisten (82,4% bis 100%; Schnitt 92,6%) kooperierenden DII-Projekte arbeiten mit anderen in DII geförderten Projekten zusammen (vgl. Tab. 5).

Häufigste Kooperation innerhalb der eigenen HB/HF, starke Kooperation mit den Strukturbereichen

Ein erster Blick auf die Zahlen der internen Programmkooperation, aufgeschlüsselt nach HB und HF, offenbart eine weitere deutliche Tendenz: Alle Akteur:innen in den HB und HF kooperieren in der Regel mit Abstand am stärksten mit den Trägern/ Projekten ihres eigenen HB bzw. HF. Dies ist stimmig zu der Annahme der funktionalen Differenzierung im Bundesprogramm, die Eigenlogiken der einzelnen HB und HF nahelegt und auch zu den Fördergrundsätzen die entsprechenden Kooperationsaufträge formuliert.

Als Kooperationspartner:innen sind insgesamt die KNW/Z (61,5%) sowie die LDZ-Koordinierungsakteur:innen (58,7%) von den Projekten der jeweils anderen HB/HF am stärksten gefragt, gefolgt von den kommunalen Strukturen der Pfd (KuF/BgA/Amt) (50%). Im Bereich der Modellprojekte kooperieren die Projekte der jeweils anderen HB/HF am häufigsten mit MP im HF DF (40,4%), gefolgt von den MP im HF EP (35,7%), den MP im HF VG (23,5%) und den MP im HF SV (9,1%).⁴⁷ Dies verweist auf eine zweite Auffälligkeit: Bezüglich der Kooperationsbeziehungen lässt sich ein Unterschied zwischen den Programmteilen der „nachhaltigen Strukturen“ (KNW/Z, HB Land, Pfd) und den innovationsbezogenen Programmteilen (Modellprojekte) ausmachen. Die Projekte in den strukturbezogenen Programmteilen sind zum einen als Kooperationspartner:innen gefragt, kooperieren zum anderen stark unter- und miteinander (dunkelblau gefärbter Bereich in Tab. 5).

45 Datengrundlage ist in erster Linie die 2021/22 durchgeführte Online-Erhebung. Ergänzt und abgeglichen wurden diese Daten mit Informationen aus Regionalanalysen und programmbereichsbezogenen Erkenntnissen der WB. Deren teils eigene Erhebungen zur Zusammenarbeit im Bundesprogramm können hier aus Platzgründen nicht ausführlich wiedergegeben werden.

46 „Projekte“ wird hier verstanden als Oberbegriff für Akteur:innen im Bundesprogramm, sowohl in den innovations- als auch in den strukturbezogenen Programmteilen.

47 Quelle: eigene Berechnungen, hier nicht dargestellt, auf Basis der Prozentangaben in Tab. 5. Die Angaben zu den Kooperationsbeziehungen in den eigenen HB/ ins eigene HF hinein wurden dabei jeweils *nicht* berücksichtigt.

In diesem Sektor finden sich besonders viele hohe Prozentangaben, insbesondere ausgehend vom HB Land und Bund.

Das ist aus Sicht der GE v. a. darauf zurückzuführen, dass den strukturbezogenen Programmteilen eingeschrieben ist, sich durch den Aufbau von Vernetzungen als und in Strukturen nachhaltig zu entwickeln und fest zu verankern. Vor diesem Hintergrund sind die häufigen Kooperationen zwischen und in strukturbezogenen Programmteilen folgerichtig. Im Schnitt kooperieren ungefähr zwei Drittel der Träger in den strukturbezogenen Bereichen mit anderen Trägern dieser Bereiche.

**Tab. 5: Programminterne Zusammenarbeit nach Programmbereichen⁴⁸
(Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)**

	Bund (n=21)	Land (n=62)	Kommune (n=161)	HB B, K, L Mittel (n=244)	MP DF (n=14)	MP VG (n=34)	MP EP (n=14)	MP SV (n=6)	MP Mittel (n=68)
Anteil aller in den Programmbereichen Antwortenden	95,5	100	90,4	95,30	82,4	94,4	93,3	85,7	88,95
KompZ/N	90,5	64,5	28,6	61,20	57,1	61,8	57,1	100	69,00
Land – LDZ	61,9	93,5	75,8	77,07	21,4	32,4	42,9	83,3	45,00
Land – Beratungs-/ Ausstiegs-/ Distanzierungsangebote	23,8	79,0	38,5	47,10	14,3	2,9	50,0	50,0	29,30
PfD - KuF/ Begleitausschuss/ Amt	66,7	77,4	86,3	76,80	57,1	32,4	50,0	16,7	39,05
durch PfD geförderte Projekte	14,3	41,9	56,5	37,57	21,4	11,8	7,1	16,7	14,25
MP DF	42,9	51,6	35,4	43,30	85,7	26,5	35,7	50,0	49,48
MP VG	61,9	21,0	29,2	37,37	14,3	79,4	14,3	0,0	27,00
MP EP	38,1	45,2	31,1	38,13	21,4	11,8	92,9	66,7	48,20
MP SV	19,0	19,4	1,9	13,43	0,0	0,0	14,3	100	28,58
Begleitprojekte	28,6	32,3	3,7	30,45	28,6	29,4	28,6	33,3	29,98

Legende: Zusammenarbeit im Bundesprogramm ausgehend von Projekten in der ersten Zeile, z. B.: (Kooperierende) Akteur:innen im HB Bund gaben zu 61,9% an, mit Akteur:innen im HB Land (LDZ) zusammenzuarbeiten. Dunkelblau: Kooperation der Projekte innerhalb und zwischen strukturbezogenen Programmbereichen; hellblau: Kooperation der Projekte in den strukturbezogenen zu innovationsbezogenen Programmbereichen; dunkelgrün: Kooperation der innovationsbezogenen zu strukturbezogenen Programmbereichen; hellgrün: Kooperation innerhalb und zwischen innovationsbezogenen Programmbereichen.

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

⁴⁸ Zu berücksichtigen ist beim Lesen der Tabelle, dass nicht alle angeschriebenen Akteure in den HB und HF an der Online-Befragung teilgenommen haben. Im Bereich SV schränkt die Anzahl und Art der dort geförderten Projekte die Wahrscheinlichkeit deutlich ein, überhaupt als Kooperationspartner:in gewählt werden zu können. Darüber hinaus zeigte sich bei den qualitativen Interviews im Zuge der Regionalanalysen, dass den Akteuren nicht immer bewusst ist, dass Projekte, mit denen sie kooperieren, Modellprojekte im BP sind oder welchem Handlungsfeld diese angehören. Diese Aspekte können unter Umständen erklären, warum sich Bereiche in der gegenseitigen Nennung der Zusammenarbeit unterscheiden.

Kooperation von Strukturbereichen mit Innovationsbereichen unterschiedlich intensiv

Die Kooperationshäufigkeit von strukturbezogenen zu innovationsbezogenen Programmbereichen (hellblau gefärbter Bereich in Tab. 5) ist geringer als die Kooperation innerhalb und zwischen den Strukturbereichen. Dies ist durch die strukturelle Nähe, inhaltliche Passung und den Auftrag erklärbar, den strukturbezogene Programmteile haben.

Die KNW/Z haben dezidiert den Auftrag, mit den MP zusammenzuarbeiten. Dieser Auftrag wird mit Blick auf die Daten in Abhängigkeit der Modellprojektbereiche (für die natürlich auch nur jeweils spezielle KNW/Z relevant sind) in unterschiedlicher Intensität erfüllt (zur Anregung der Zusammenarbeit zwischen MP durch KNW/Z vgl. Kap. 5.2.3; zur Zusammenarbeit zwischen KNW/Z und Modellprojekten vgl. Heinze u.a. 2022; Heinze u.a. 2021).

Modellprojekte finden Anknüpfungspunkte in Strukturbereichen, kooperieren häufig innerhalb ihres Handlungs-/ Themenfelds und selten mit Modellprojekten anderer Handlungs-/ Themenfelder.

Die Häufigkeiten in der Kooperation ausgehend von den innovationsbezogenen zu den strukturbezogenen Programmteilen liegen (mit Ausreißern nach unten und oben) im mittleren Bereich (dunkelgrün gefärbter Bereich in Tab. 5). Die MP finden also durchaus Anknüpfungspunkte zur Kooperation bei den „Strukturbereichen“, mitunter sogar sehr deutlich (z. B. MP im Strafvollzug zum HB Bund und HB Land oder MP der VG zum HB Bund). Ansonsten zeigt sich, dass MP der Vielfaltsgestaltung eher selten mit den HB Land und Kommune zusammenarbeiten. Das ist insofern erstaunlich, da die Themen des Handlungsfeldes Vielfaltgestaltung eine wichtige Rolle in der Arbeit auf der kommunalen und Landes-Ebene spielen, d. h. einige inhaltliche Anknüpfungspunkte für Zusammenarbeit vorhanden wären.

Eine Kooperation zwischen den innovationsbezogenen Handlungs- und Themenfeldern der MP findet generell selten statt, innerhalb der HF oder TF allerdings sehr häufig (hellgrün gefärbter Bereich in Tab. 5). Das heißt, wenn es nicht um die Beziehungen zu den „eigenen“, inhaltlich verwandten Modellprojekten geht, kooperieren die innovationsbezogenen Programmteile häufiger in Richtung strukturbezogener Programmteile als untereinander. Dies muss, auch vor dem Hintergrund der begrenzten Ressourcen der MP, nicht unbedingt negativ bewertet werden. Die hohen Häufigkeiten der Zusammenarbeit von MP innerhalb desselben HF/TF können vielmehr ein Anzeiger dafür sein, dass Modellprojekte in erster Linie inhaltlich zusammenarbeiten (siehe Kap. 5.2.2).

Die Bedeutung von Demokratieförderung als zentrales Thema im Bundesprogramm zeigt sich auch in den Kooperationsbeziehungen.

Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass die Akteur:innen in den HF der VG und EP in Relation zu den anderen Werten⁴⁹ am stärksten mit MP des HF der DF zusammenarbeiten. Da auch die Projekte in den HB Land und Kommune angaben, häufiger mit MP der DF zu kooperieren als mit anderen Modellprojekten, lässt sich

⁴⁹ Und unter Auslassung der Modellprojekte Strafvollzug, die auch aufgrund ihrer geringen Anzahl eine Sonderrolle einnehmen.

die These aufstellen, dass diese Kooperation thematisch begründet ist und Demokratieförderung ein, wenn nicht das bedeutendste Thema im Bundesprogramm ist. Stimmig ist dies zu anderen Befunden der Online-Erhebung 2021/22 (vgl. im Anhang A_Abb. 1).

Sonderfall Begleitprojekte als möglicherweise bekannttheithemmendes Label

Kooperationsbeziehungen zu den Begleitprojekten können als Sonderfall gelten. Die Werte diesbezüglich sind eher gering (im Schnitt 16,7%), die Zusammenarbeit zwischen den Pfd und Begleitprojekten scheint mit 3,7 Prozent kaum vorhanden zu sein. Dieser niedrige Wert hängt sehr wahrscheinlich damit zusammen, dass an den meisten Begleitprojekten für den HB Kommune nur eine sehr begrenzte Anzahl an Pfd teilnehmen kann. Das Angebot der „Modularen Weiterbildung zur Stärkung der Kompetenzen der Partnerschaften für Demokratie“ wird außerdem offiziell nicht als Begleitprojekt, sondern als „sonstige Maßnahme“ geführt, und eventuell auch so verstanden. Gerade der geringe Wert im HB Kommune fällt allerdings in der Gesamtzahl stark ins Gewicht, da alle anderen Bereiche bei mindestens 28,6 Prozent Nennungen liegen. Darüber hinaus kann bei der Beurteilung dieser Kooperationsbeziehungen zu den Begleitprojekten davon ausgegangen werden, dass weitere, tiefere Einblicke nötig sind. So sind Begleitprojekte zum einen thematisch eng gestrikt, zum anderen vermutlich selten unter dem Label „Begleitprojekte“ bekannt, sondern unter ihrem Projekttitel. Im Fall der Begleitprojekte „Dachverband Opferberatung“ und „Bundesverband Mobile Beratung“ lässt sich dies in Erhebungen der WB Land empirisch nachweisen (vgl. Dittrich 2022; Rottinghaus 2022). Die Qualität und vermutlich auch die Häufigkeit der Kooperationsbeziehungen zu den Begleitprojekten bedarf daher der Anreicherung weiterer Daten und WB-Berichte (zur Kooperation des Begleitprojekts „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ innerhalb von DI! vgl. Stärck 2022).

5.2.2 Nutzen und Aspekte der programminternen Zusammenarbeit

Generell wird der Nutzen der Zusammenarbeit hoch bewertet.

In der Online-Erhebung wurde erfragt, wie der Nutzen der programminternen Zusammenarbeit insgesamt beurteilt wird⁵⁰. Diese Frage wurde, bezogen auf ganze HB und HF, mit hohen Werten beantwortet. Bei einer Skala von 1-6⁵¹ wird der Nutzen im Schnitt mit 4,49 bewertet. Dabei gibt es wenig Auffälligkeiten (von MP im SV mit 4,0 bis Pfd mit 4,9).

Interessanter als diese generelle Einschätzung sind die Angaben zur Frage, zu welchen Aspekten Projekte mit anderen Programmakteur:innen kooperieren und was sich daraus ableiten lässt.

50 In der Erhebung wurde ebenfalls nach einer Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit Strukturen außerhalb des Bundesprogramms gefragt. Die Ergebnisse können aus Platzgründen nicht ausführlich interpretiert werden, sind aber im Anhang A_Abb. 3 – A_Abb. 7 dargestellt.

51 Dabei heißt 1=sehr niedrig und 6=sehr hoch.

Zusammenarbeit häufig zur Bearbeitung bestimmter Themen und Inhalte – Vielfaltskooperationen und Radikalisierungs-Hotspots

Die Inhalte sind für die Zusammenarbeit im Bundesprogramm entscheidend. Zu dem Zweck „Bearbeitung bestimmter Themen/Inhalte“ arbeiten die kooperierenden Befragten am häufigsten zusammen (Struktur gesamt 81,3%, MP gesamt 70,7%, vgl. Tab. 6).

Tab. 6: Programminterne Zusammenarbeit nach Aspekten und Programmbereichen (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)

Aspekte der programminternen Zusammenarbeit	Bund (n=22)	Land (n=62)	Kommune (n=178)	Struktur gesamt (n=262)	MP DF (n=17)	MP VG (n=36)	MP EP (n=15)	MP SV (n=7)	MP gesamt (n=75)
Bearbeitung bestimmter Themen/Inhalte	95,5	96,8	74,1	81,3	58,8	72,3	86,7	57,1	70,7
Verweisung an weitergehende oder anders gelagerte Angebote	72,7	96,8	51,7	64,1	41,1	44,5	60,0	71,4	49,3
Bereitstellung von Unterstützungsangeboten	63,7	83,9	52,8	61,1	35,3	41,7	46,6	42,9	41,3
Bereitstellung von Beratungsangeboten	40,9	85,5	58,5	63,4	23,5	25,0	40,0	42,9	29,3
Entwicklung/ Erprobung methodischer Innovationen	59,1	53,2	41,6	45,8	17,6	44,4	53,3	57,1	41,3
Transfer/ Nachhaltigkeit von Projektergebnissen	54,6	48,4	27,5	34,7	41,2	47,2	40,0	71,4	46,6

Legende: Die Programmbereiche sind hier in strukturbezogene und innovationsbezogene Programmbereiche unterteilt. Zu den strukturbezogenen Programmbereichen gehören die HB Bund, Land und Kommune; zu den innovationsbezogenen Programmbereichen zählen die Handlungsfelder der Modellprojekte DF, VG, EP und SV.

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Dieses Ergebnis der Online-Erhebung spiegelt sich auch in den Regionalanalysen wider. Dort gibt es in Interviews zahlreiche Aussagen, die die Kooperation entlang der Themenschwerpunkte des Bundesprogramms qualifizieren. So wird beispielsweise in einer Region mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und einer großen Diversität an kultureller und sozialer Vielfalt von einem Akteur der Pfd die Bedeutung von Kooperation wie folgt hervorgehoben:

„Da versuchen wir jetzt auch im Rahmen von ‚Demokratie leben!‘ drauf zu reagieren, in dem wir sagen, wir wollen eigentlich so Vielfaltskooperationen, nicht irgendwelche, sondern die sollen einen Bezug haben zu bestimmten Sozialräumen, zu bestimmten Stadtteilen und wirklich mit der Intention, hier Menschen einfach mal zu stimulieren, versuchen sie zu erreichen und aktiv zu etwas mit einzubinden“.

R_2_6, Z. 432

Deutlich wird hier, dass die Kooperation der Stärkung von Vielfaltsaspekten dienen soll und damit inhaltlich geleitet ist.

Eine andere Form der inhaltlichen Kooperation zeigt sich in einer zweiten Region, die seit vielen Jahren ein Problem mit Rechtsextremismus hat. Ein Akteur eines Modellprojekts äußert sich dort zur Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt:

„Es gibt eine gute Zusammenarbeit. Ich glaube, der Knackpunkt ist halt, der immer bestehen wird zwischen städtischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, dass für die Stadt das größte Interesse besteht, das ganze Thema aus der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen und für zivilgesellschaftliche Akteure ein Problembewusstsein zu schaffen und das eben nicht verschwinden zu lassen [...]. Aber ich glaube, so die Gemeinsamkeit ist, dass man schon erkannt hat, es gibt so was wie so Radikalisierungs-Hotspots, die sich entwickeln in der Stadt, die sich auch etablieren und dass man eine gemeinsame Strategie braucht, um zu verhindern, dass neue entstehen, und an denen, die es schon gibt, dem entgegenzuwirken.“

R_1_1, Z. 205

Hier geht es also nicht mehr um Vielfaltskooperationen, sondern um eine gemeinsame Vor-Ort-Strategie gegen Radikalisierungs-Hotspots, für die man als MP-Träger trotz unterschiedlicher Interessenslagen mit der kommunalen Verwaltung zusammenarbeitet. Zusätzlich zu inhaltlichen Überschneidungen erweisen sich geteilte lokale Bezüge und die Notwendigkeiten einer Zusammenarbeit vor Ort als zentrale Motive für die Zusammenarbeit.

Erkenntnisse der WB HB Land zeigen, dass Nutzen-Erwartungen an eine gemeinsame inhaltliche Arbeit eine wichtige Rolle in der Aufnahme von Kooperationen spielen, hier formuliert von LDZ an Bundesverbände und Bundesarbeitsgemeinschaften (vgl. Rottinghaus 2022, S. 29). Auch die von KNW/Z ausgehende Kooperation ist nach Erkenntnissen der WB HB Bund nicht beliebig, sondern es geht etwa um „Kooperationen mit anderen fachlich relevanten, nichtstaatlichen Organisationen oder zentralen Institutionen im Themenfeld [...] oder die Vernetzung mit und unter den zugeordneten Modellprojekten [...]“ (Heinze u.a. 2022, S. 56).

Die Kooperation von Akteur:innen in den „nachhaltigen Strukturen“ haben vor allem Unterstützungs- und Scharnierfunktion.

Die Motive für eingegangene Kooperationen unterschieden sich zwischen struktur- und innovationsbezogenen Programmteilen deutlich. Zur Verweisung an weitergehende oder andersgelagerte Angebote kooperieren strukturbezogene Bereiche häufiger als innovationsbezogene (64% zu 49%). Besonders der HB Land (97%) fällt hier als „Scharnier“ stark ins Gewicht (vgl. Tab. 6).

Weitere Unterschiede zeigen sich in den Angaben darüber, ob Kooperation zur Bereitstellung von bestimmten Angeboten genutzt wird. Im Schnitt kooperieren strukturbezogene Programmteile hierzu klar häufiger als innovationsbezogene (Kooperation zur Bereitstellung von Beratungsangeboten 63% zu 29%, Kooperation zur Bereitstellung von Unterstützungsangeboten 61% zu 41%). Auch hier wird die große Bedeutung des HB Land sichtbar (Beratung 86%, Unterstützung 84%).

Die Bereitstellung von und Verweisung an Angebote ist also ein besonderer Kooperationszweck in den verschiedenen Strukturbereichen. Gleichzeitig lässt sich festhalten, dass die Funktion der verschiedenen Strukturbereiche darin besteht, für

die unterschiedlichen Ebenen von Kommune, Land und Bund jeweils Vernetzungen sicherzustellen und Verweiswissen vorzuhalten. Diese Funktion bildet sich also in den Kooperationsbeziehungen ab.

Bei Modellprojekten dient die Kooperation in besonderem Maße dem Transfer.

Die innovationsbezogenen Modellprojektbereiche scheinen im Vergleich zu den Strukturbereichen ein besonderes Augenmerk auf eine Kooperation zum Transfer/der Nachhaltigkeit von Projektergebnissen zu legen (47% zu 35%). Das ist angesichts des Transferauftrages dieser Bereiche nachvollziehbar und ein Indiz dafür, wie ernst die Modellprojekte diesen Auftrag nehmen.

Bezüglich der Angaben zur Kooperation zur Entwicklung und Erprobung methodischer Innovationen ist der Unterschied zwischen den Strukturbereichen und Modellprojektbereichen zwar nicht allzu groß (46% zu 41%). Dennoch ist es bemerkenswert, dass innovationsbezogene Bereiche eher selten zu Innovationsentwicklung zusammenarbeiten. Insbesondere der Bereich der MP der Demokratieförderung weist hier eine auffällig niedrige Angabe auf (18%). Denkbar ist, dass Konkurrenzbeziehungen zwischen den MP hierbei eine Rolle spielen.

5.2.3 Anregung der programminternen Zusammenarbeit

Die Frage danach, wer Kooperationen gegenwärtig anregt, liefert Hinweise darauf, wie Kooperationen innerhalb des Bundesprogramms aufgebaut und gehalten werden können und damit auch darauf, wie zukünftig Zusammenarbeit angestoßen werden kann. Daher wurde in der Online-Erhebung danach gefragt, wodurch die programminterne Zusammenarbeit angeregt wurde (vgl. Tab. 7). Zur Auswahl standen Aktivitäten von Programmstrukturen (KNW/Z, LDZ, Pfd, Modell- und Begleitprojekte), aber auch darüberhinausgehende Anregungsmöglichkeiten (bereits bestehende Zusammenarbeit, Fachaustausche, DI!-Homepage, IDA-Mediathek, persönliche Kontakte, externe Netzwerke).

Langfristige, persönliche Kontakte sind als Anregung zur Zusammenarbeit entscheidend.

Im Schnitt wurde über alle HB und HF hinweg am häufigsten auf die genannte Frage mit der Nennung „die Zusammenarbeit bestand bereits vor Förderbeginn in ‚Demokratie leben!‘“ reagiert (75%). Dies verweist auf die hohe Bedeutung von langfristigen Kooperationen. Nicht ganz unpassend dazu besagt die zweithöchste Nennung (68,3%), dass persönliche Kontakte für die Anregung der Zusammenarbeit sehr entscheidend sind. Dies zeigt sich auch in Interviews der Regionalanalysen.

Tab. 7: Anregungen der programminternen Zusammenarbeit (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)

	Bund (n=21)	Land (n=62)	Kommune (n=161)	MP DF (n=14)	MP VG (n=34)	MP EP (n=14)	MP SV (n=6)	Gesamt
Die Zusammenarbeit bestand bereits vor Förderbeginn in „Demokratie leben!“	81,0%	82,3%	76,4%	50,0%	55,9%	78,6%	100%	75,0%
Die programminterne Zusammenarbeit wurde durch Teilnahme an Fachaustauschen im Rahmen des Bundesprogramms (z.B. durch das BAFzA) angeregt	47,6%	16,1%	61,5%	64,3%	58,8%	57,1%	66,7%	51,3%
Die programminterne Zusammenarbeit wurde durch Informationen auf der Demokratie-Plattform von „Demokratie leben!“ angeregt	0,0%	9,7%	23,0%	28,6%	11,8%	14,3%	16,7%	17,3
Die programminterne Zusammenarbeit wurde durch Angebote der IDA-Mediathek angeregt	9,5%	12,9%	10,6%	14,3%	14,7%	7,1%	0,0%	11,2%
Die programminterne Zusammenarbeit wurde durch Aktivitäten einzelner Landesdemokratiezentren angeregt	28,6%	64,5%	67,1%	21,4%	17,6%	28,6%	50,0%	54,5%
Die programminterne Zusammenarbeit wurde durch Aktivitäten einzelner kommunaler Partnerschaften für Demokratie angeregt	42,9%	56,5%	76,4%	57,1%	20,6%	28,6%	16,7%	59,9%
Die programminterne Zusammenarbeit wurde durch Aktivitäten einzelner Modellprojekte angeregt	42,9%	30,6%	27,3%	78,6%	50,0%	78,6%	50,0%	36,5%
Die programminterne Zusammenarbeit wurde durch Aktivitäten einzelner Begleitprojekte angeregt	28,6%	25,8%	5,0%	7,1%	23,5%	35,7%	16,7%	14,4%
Die programminterne Zusammenarbeit wurde durch persönliche Kontakte angeregt	61,9%	71,0%	70,8%	57,1%	55,9%	78,6%	66,7%	68,3%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Anregung der Kooperation erfolgt häufig durch eigene HB/HF, Strukturbereiche und Fachaustausche.

Ähnlich wie bei den in Tabelle 6 aufgezeigten Angaben zur Kooperation zeigt sich auch bei den Antworten auf die erwähnte Frage zur Anregung dieser Kooperation, dass die eigenen HB und HF für die Projekte entscheidend sind. Jeweils hohe bis sehr hohe Werte gibt es also bei der Kooperationsanregung durch MP für Modellprojekttträger (vor allem DF und EP, jeweils 78,6%), Anregung durch Pfd für den HB Kommune (76,4%) usw.. Eine Anregung könnte hier etwa schlicht ein formulierter Kooperationswunsch sein. Unterteilt nach struktur- und innovationsbezogenen Programmteilen regen die Aktivitäten der Strukturbereiche im Schnitt bei 53,3

Prozent der Kooperierenden (aus allen Programmbereichen) die Kooperation an, die Aktivitäten der Modellprojektbereiche bei 36,5 Prozent. Hier zeigt sich erneut die hohe Bedeutung der strukturbezogenen Programmteile für die Kooperation im Bundesprogramm. Ein letzter relativ hoher Wert ist die Angabe, dass die Teilnahme an Fachaustauschen im Rahmen des Bundesprogramms (z. B. durch das BAFzA) die Kooperation anregt (51,3%). Auch diese Formate scheinen also ihre kooperationsanregenden Ziele zu erreichen.

Kompetenzzentren und -netzwerke regen Kooperation von Modellprojekten auftragsgemäß an.

KNW/Z werden an dieser Stelle noch einmal genauer betrachtet, da sie Kooperation, vor allem in den Modellprojektbereichen, anregen sollen. Ziel ist dabei der Transfer von Ansätzen und die Weiterentwicklung von Expertise bzw. der Praxis als „Transmitter für die Diffusion von innovativen Ansätzen (u. a. aus MP-Erfahrungen)“ (Heinze u.a. 2022, S. 5).

In der folgenden Tabelle 8 sind die Angaben in den einzelnen HB und HF zur Aussage abgebildet, dass die programminterne Zusammenarbeit durch Aktivitäten einzelner KNW/Z angeregt wurde.

Tab. 8: Anregung der programminternen Zusammenarbeit durch KNW/Z (Angaben in %)

	Bund (n=21)	Land (n=62)	Kommune (n=161)	MP DF (n=14)	MP VG (n=34)	MP EP (n=14)	MP SV (n=6)	Gesamt (n=312)
Die programminterne Zusammenarbeit wurde durch Aktivitäten einzelner KNW/Z angeregt.	76,2%	37,1%	35,4%	71,4%	61,8%	71,4%	83,3%	45,5%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

In den Befunden wird deutlich, dass die KNW/Z die programminterne Zusammenarbeit in einem hohen Maß für alle MP-Bereiche (und für den HB Bund selbst) anregen. Damit zeigt sich, dass die KNW/Z ihrem Anregungsauftrag, der insbesondere für die MP-Kooperation gilt, entsprechen.

Für die Anregung von Kooperationen in den HB Land und Kommune sind die KNW/Z dagegen weniger relevant. Für den HB Kommune ist hierbei zu beachten, dass die kommunale Ebene keine unmittelbare Zielgruppe der Arbeit im HB Bund darstellt und deshalb plausibel ist, dass die Nennungen geringer ausfallen als in den MP-Bereichen. Die Werte für den HB Land könnten zum einen damit zusammenhängen, dass die dort befragten Akteur:innen der Beratungs- und sonstigen Angebote bereits in landesweite Netzwerkstrukturen eingebunden sind, sodass eine Kooperationsanregung durch die KNW/Z von der Bundesebene aus eher anlassbezogen erfolgt und sich nur auf ausgewählte Themenfelder bezieht (z. B. Rechtsextremismus, Islamismusprävention, Rassismus, Antisemitismus). Zum anderen könnten die Zahlen damit zu erklären sein, dass die Beratungsangebote der Betroffenenberatung und Mobilen Beratung im HB Land ihren Bedarf zur Anbahnung bundesweiter Zusammenarbeit im Wesentlichen nicht über den HB Bund, sondern durch

die als Begleitprojekte geförderten Bundesverbände der Betroffenenberatung und der Mobilen Beratung decken.

Im Großen und Ganzen arbeiten die Akteur:innen im Bundesprogramm angemessen zusammen; gegebenenfalls ist Synergiepotenzial im Bereich der MP noch nicht ausgeschöpft.

In der Gesamtbetrachtung der Befunde zur Kooperation wird deutlich, dass die Akteur:innen innerhalb des Bundesprogramms DI! in vielfältiger Weise zusammenarbeiten und das als nützlich betrachten. Für das Zustandekommen der Zusammenarbeit sind erwartungsgemäß inhaltliche und thematische Schnittmengen entscheidend. Das entspricht Befunden aus den Vorgängerprogrammen. Da in komplexen Programmen wie „Demokratie leben!“ eine Kooperation aller Akteur:innen miteinander unmöglich und auch nicht sinnvoll ist, setzen die geförderten Akteur:innen hier mit Blick auf die verfügbaren Ressourcen Schwerpunkte. Das ist aus Sicht der GE grundsätzlich angemessen.

Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen und die Anregungsmodi für Kooperation führen dazu, dass die Mitarbeiter:innen der Projekte vielfach primär innerhalb der HB und HF kooperieren und weniger über die HB/HF-Grenzen hinweg. Auffällig ist, dass MP stärker mit Trägern in den „nachhaltigen Strukturen“ kooperieren als mit MP anderer HF. Das ist ein Indikator dafür, dass diese Strukturen in ihrer Unterstützungs- und Scharnierfunktion wahr- und in Anspruch genommen werden. Eine besondere Rolle kommt in diesem Zusammenhang den KNW/Z zu, die die Kooperation zwischen Modellprojekten der einzelnen HF anregen.

Unbeschadet dieser positiven Kooperationsbefunde könnte mit Blick darauf, dass die MP trotz der oben beschriebenen zu bewältigenden geteilten Handlungsaufträge und fachlichen Herausforderungen eher selten über ihre HF-Grenzen hinweg kooperieren, zur Förderung des Voneinander-Lernens der MP überlegt werden, inwieweit durch das Bundesprogramm gezielt weitere Kooperationsanlässe etwa zu Fragen der Produktion und Diffusion von Innovation geschaffen werden sollten.

5.3 Wer ist die Zielgruppe – Zielgruppe generell: Vorgaben des Programmgebers versus Umsetzung

Die Fördergrundsätze und Ausschreibungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (vgl. BMI 2019, S. 1365–1368) beinhalten eine sehr heterogene und weitgefasste Beschreibung der Zielgruppen, die vom Gesamtprogramm direkt und/oder indirekt erreicht und bei denen Veränderungen (Lernen) ausgelöst werden sollen. Zielgruppenbestimmungen stehen hierbei in Relation zur angestrebten Zielumsetzung (vgl. Lassnigg 2010, S. 5), also welche Veränderungen bei der Zielgruppe ausgelöst werden sollen. Fokussierte Zielgruppen von DI! sind einerseits Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien sowie Tätige in den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe und ferner die mit ihnen verbundenen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Multiplikator:innen. Andererseits sind es aber auch Zielinstitutionen wie z. B. Kommunen, LDZ, Dachverbände, Organisationen, die das

Programm adressiert. Die Gesamtheit der adressierten Zielgruppen wird anhand von demografischen, sozialräumlichen, sozioökonomischen, psychografischen, habituellen sowie strukturellen Merkmalen in den Fördergrundsätzen der einzelnen HB und HF dezidiert beschrieben, wie beispielsweise von Diskriminierung Betroffene, Radikalisierte, Ideologisierte (vgl. BMFSFJ 2022b). Doch es bleibt Aufgabe der geförderten Träger und Strukturen, aus diesen allgemeinen Vorgaben konzeptionell spezifische Zielgruppen für ihre Projekte zu identifizieren und die Projekte entsprechend auszurichten. Neben der direkten Zielgruppe adressiert das Bundesprogramm auch mittelbare indirekte Zielgruppen, bei denen ebenfalls Wirkungen erzielt werden sollen, z. B. die breite Öffentlichkeit oder Stadtteilgesellschaft, Mitarbeitende kooperierender Organisationen oder Multiplikator:innen (vgl. u.a. DeZIM 2022, S. 33–34).

Ein differenziertes Bild zur Beschreibung der adressierten Zielgruppen in der aktuellen Förderphase ergibt sich aus den Befunden der Online-Befragung der GE von 2021/22. Alle Programmpartner:innen geben an, mehrere bzw. verschiedene Zielgruppen parallel anzusprechen. „Personen ohne erkennbare, konkrete Gefährdung durch demokratie-/menschenfeindliche Ideologien“, „Fachkräfte“ sowie „Engagierte/ Ehrenamtliche“ stellen die Hauptzielgruppen der Programmpartner:innen dar und werden von allen HB in unterschiedlicher Ausprägung adressiert (vgl. Tab. 9). Die feststellbaren Unterschiede folgen der spezifischen Ausrichtung der HB, HF und TF. Weitere Zielgruppen, die programmhistorisch mit der Implementierung des Ziels „Vielfalt gestalten“ seit Beginn der 2. Förderphase 2020 stärker in den Fokus der HB und HF rücken, sind von „Gewalt und Diskriminierung Betroffene“ sowie „gesellschaftlich marginalisierte Personen und Gruppen“. Während in der Vergangenheit diese Zielgruppen im Programmkontext v. a. von der Opferberatung im HB Land und in der 1. Förderphase teilweise im Programmbereich D (MP zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum) und in den Partnerschaften für Demokratie adressiert wurden, richtet sich seit 2020 das neu geschaffene HF Vielfaltgestaltung ausdrücklich an diese Personengruppen (vgl. DeZIM 2022, S. 3ff.). Zudem sind diese Zielgruppen ebenfalls im HB Kommune im Vergleich zur 1. Förderperiode stärker in den Fokus gerückt (87% bzw. 88% der Antwortenden aus diesem Bereich geben an, u. a. auch diese Zielgruppe zu adressieren, vgl. Tab. 9). Dies geht einher mit der Etablierung des Programmziels und des HF Vielfaltgestaltung (vgl. Bohn u.a. 2019, S. 71).

Tab. 9: Welche Zielgruppen adressieren Sie? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)

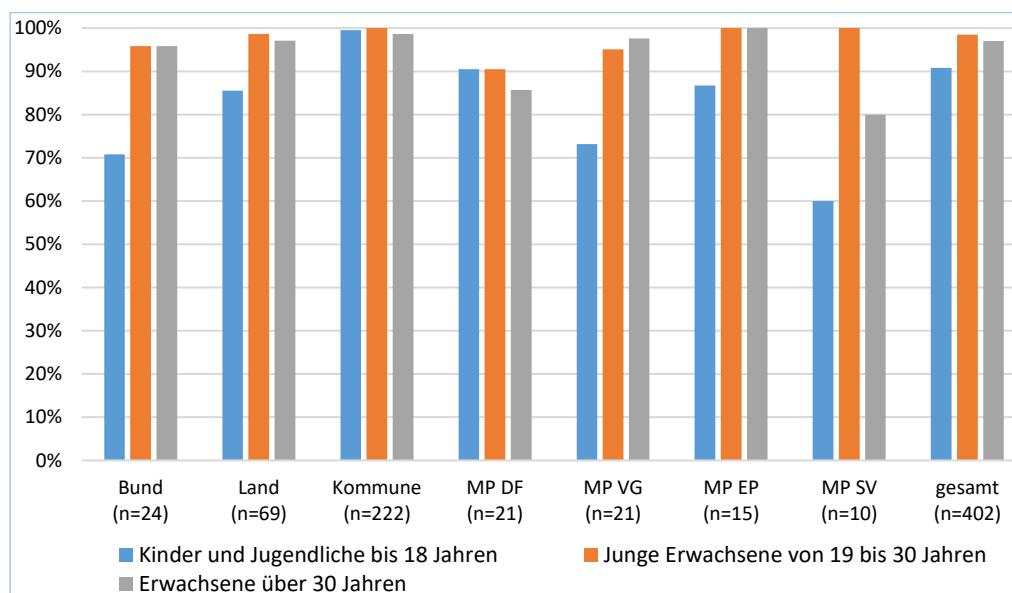
Welche Zielgruppen adressieren Sie?	Bund (n=24)	Land (n=69)	Kommune (n=222)	MP DF (n=21)	MP VG (n=41)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)
Personen ohne erkennbare, konkrete Gefährdung durch demokratie-/ menschenfeindlichen Ideologien	79,2%	73,9%	98,6%	85,7%	82,9%	73,3%	80,0%
Personen mit demokratie-/ menschenfeindlichen Orientierungen/ Einstellungen	41,7%	30,4%	62,6%	28,6%	26,8%	66,7%	90,0%
Personen, unmittelbar gefährdet demokratie-/ menschenfeindl. Orientierungen/ Einstellungen auszubilden	37,5%	36,2%	72,5%	38,1%	29,3%	80,0%	100%
Personen in weltanschaulich begründeten Militantisierungsprozessen	4,2%	15,9%	26,6%	9,5%	4,9%	33,3%	60,0%
von Gewalt und Diskriminierung Betroffene	66,7%	55,1%	86,9%	57,1%	87,8%	33,3%	50,0%
gesellschaftlich marginalisierte Personen und Gruppen	70,8%	66,7%	87,8%	66,7%	82,9%	53,3%	60,0%
pädagogische Fachkräfte	95,8%	88,4%	95,0%	95,2%	82,9%	86,7%	70,0%
Fachkräfte in nichtpädagogischen Arbeitsfeldern (Justiz, Verwaltung, Polizei)	70,8%	81,2%	72,5%	23,8%	48,8%	60,0%	80,0%
Engagierte/ Ehrenamtliche	70,8%	82,6%	96,8%	61,9%	82,9%	80,0%	50,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Des Weiteren geben die Daten Auskunft darüber, dass dezidiert thematisch ausgerichtete Handlungs- und Themenfelder – wie die MP-Bereiche Extremismusprävention und Strafvollzug – die angestrebten spezifischen Zielgruppen adressieren, beispielsweise „Personen mit demokratiefeindlichen Einstellungen“, „Personen, die unmittelbar gefährdet sind, demokratie-/ menschenfeindliche Orientierungen/ Einstellungen auszubilden“ und „Personen in weltanschaulich begründeten Militantisierungsprozessen“.

Die in Abbildung 9 aufgeführten Zielgruppen bilden ein insgesamt breites Altersspektrum ab. Nach Angaben der Programmakteur:innen zählen Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre, junge Erwachsene von 19 bis 30 Jahren sowie Erwachsene über 30 Jahre zu den benannten Personengruppen. Mit Blick auf die altersgruppenbezogene Verteilung zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren vergleichsweise weniger adressiert werden. In der Selbstbeschreibung der MP finden sich im HF Demokratieförderung nur neun, im HF Vielfaltgestaltung fünf und in der HF Extremismusprävention ein Projekt, die explizit Kinder und Jugendliche als Zielgruppe thematisieren, hingegen stehen Jugendliche und junge Erwachsene wesentlich stärker im Fokus der MP.

Abb. 9: Adressierung der Zielgruppen nach Alter (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Mit der großen Altersspanne geht eine Vielzahl an methodischen Zugängen und Mitteln zur Erreichung von Zielgruppen einher. Die folgenden Abschnitte stellen dar, wie die geförderten Akteur:innen ihre relevanten Zielgruppen ansprechen, welche Zugangswege dabei einen förderlichen Einfluss auf die Zielgruppenerreichung zeigen und welche Herausforderungen bestehen.

5.3.1 Wie erreichen die Angebote ihre Zielgruppen?

Die Zielgruppenerreichung ist zum einen eine zentrale Voraussetzung von DI! und zum anderen eine generell große Herausforderung, da im Programm systematisch bislang kaum erreichte Zielgruppen in die Maßnahmen eingebunden werden sollen. Als wichtige Instrumente für die Ansprache der verschiedenen Zielgruppen erweisen sich vor allem Kooperation und zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit (vgl. Ehnert u.a. 2021, S. 36; DeZIM 2022, S. 42, 48, 66, 68; Becker u.a. 2020b, S. 20; Becker u.a. 2022, S. 31).

Öffentlichkeitsarbeit umfasst hierbei sowohl digitale als auch analoge Kommunikationsinstrumente (z. B. Pressemitteilungen, Informationsmaterialien, Briefkastensendungen, Veranstaltungen und Beratungen). Aufgrund der Rahmenbedingungen durch die Corona-Pandemie (siehe Kap. 4 zu Rahmenbedingungen) und der damit verbundenen Erschwernis persönlicher Kontakte bei Zielgruppenzugängen werden seit 2020 digitale Formate zur Zielgruppenerreichung durch die Programmpartner:innen vorangetrieben und ausgebaut. 73 Prozent aller antwortenden Träger/Projekte (Basis n=389)⁵² gaben an, dass sie (inzwischen) digitale Medien für die Zielgruppenansprache nutzen. Insbesondere die MP der HF Demokratieförderung

52 Quelle: OnlineErhebung 2021/22.

(85%) und Vielfaltgestaltung (91%) berichten, dass digitale Medien wie social media, Träger-Website und E-Mail für das Erreichen der Zielgruppe relevant sind (siehe Kap. 5.5) Zugleich werden diesbezüglich von jeweils etwa einem Drittel der genannten MP Herausforderungen artikuliert, da die technische Ausstattung für die Arbeit mit digitalen Medien nicht ausreiche.

Für die Zielgruppenerreichung ebenfalls als wichtig erweisen sich neue wie auch bereits bestehende Kooperationen sowohl mit Organisationen, Strukturen und Partner:innen innerhalb als auch außerhalb des Bundesprogramms (vgl. Kap. 5.3). Insbesondere Kooperationen außerhalb des eigenen Trägers sind für 98 Prozent (Basis n=372)⁵³ der antwortenden Befragten für die spezifische Zielgruppenerreichung bedeutsam. Hierbei wird, wie Berichte der WB zeigen – je nach HF –, den sogenannten Schlüsselpersonen, Multiplikator:innen, Brückenbauer:innen und Gatekeepern im ländlichen Raum eine besondere Rolle zugewiesen, die die Projekte entweder mit den Zielgruppen in Kontakt bringen oder auf bestimmte Personen bzw. Gruppen aufmerksam machen (vgl. Ehnert u.a. 2021, S. 37; Ziegler u.a. 2021, S. 42; DeZIM 2022, S. 48, 67).

Weiterhin geben 62 Prozent der Antwortenden an (Basis n=312)⁵⁴, dass sie innerhalb der Strukturen von DI! Bündnisse mit anderen geförderten Trägern/Projekten eingehen, um zielgruppenadäquate Zugänge zu schaffen.

5.3.2 Förderliche Faktoren für die Erreichung der Zielgruppen

Eine möglichst diverse Zusammensetzung der Projektteams, so die Ergebnisse der WB im HF DF und VG, kann die Teilnahmeschwellen für adressierte Zielgruppen herabsetzen und damit auch die Zugänge zu bestimmten Gruppen (z. B. von Diskriminierung Betroffene) erleichtern. Zugleich erhöht sich dadurch das Potential, spezifische Ziele wie die Förderung von Empowerment bei diesen Zielgruppen zu realisieren. Darüber hinaus empfiehlt es sich aus Sicht der WB, hierzu mit Neuen Deutschen Organisationen (NDO) und Migrantischen (Selbst)Organisationen (M(S)O) zu kooperieren bzw. diese zu berücksichtigen (vgl. Ehnert u.a. 2021, S. 58; DeZIM 2022, S. 10).

Neben Kooperationen kann eine längere lokale/regionale Verankerung der Projekte in bestimmten Sozialräumen die Zielgruppenerreichung erleichtern. Der lokale/regionale Raum bzw. Kommunen und Städte sind Orte, in denen die Mehrheit der Zielgruppen adressiert wird – insbesondere im HB Kommune, aber auch in den HF der MP. Die Spezifik einzelner HF des Bundesprogramms wird bei der Frage, woher die Adressat:innen kommen, sichtbar⁵⁵. Im TF Strafvollzug geben acht von zehn MP an, dass ihre Zielgruppe aus dem gesamten Bundesland kommt, was angesichts des Arbeitskontextes Haft(anstalt) im Zusammenhang mit den Landesjustizgesetzen, der Verteilung der Haftanstalten sowie der Anzahl der MP pro Bundesland⁵⁶

53 Quelle: Online-Erhebung 2021/22.

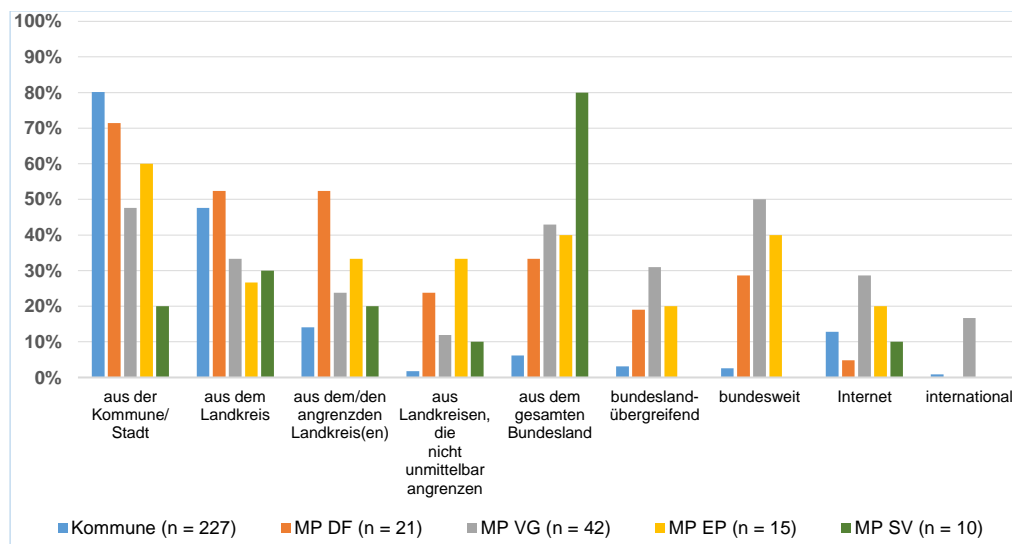
54 Quelle: Online-Erhebung 2021/22.

55 Quelle: Online-Erhebung 2021/22.

56 Im TF „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ erhalten 15 MP eine Förderung, pro BL ist ein MP tätig. Das BL Bayern stellt eine Ausnahme dar, dort wurde das MP 2019 bereits aus Landesmitteln verstetigt (vgl. Jukschat/Jakob/Herding 2020, S. 189.).

steht. Aus den Angaben der übrigen MP der Themenfelder geht hingegen hervor, dass bis zu 50 Prozent der Adressat:innen aus dem gesamten Bundesgebiet kommen. Bedeutsame Unterschiede zeigen sich hierbei nicht.⁵⁷ Die Zielgruppen der PfdD kommen erwartungsgemäß aus den Kommunen.

Abb. 10: Woher kommen die adressierten Zielgruppen?⁵⁸ (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

5.3.3 Probleme bei der Zielgruppenerreichung

Eine Herausforderung für die Programmpartner:innen stellen Zugänge zu sogenannten schwer erreichbaren bzw. „kaum erreichte[n] Zielgruppen“ (BMFSFJ 2019, S. 5) dar, die der Programmgeber unter anderem als marginalisierte Gruppen und/oder bildungsbenachteiligte Jugendliche definiert oder solche, „die sich in ihren Sozialräumen nicht (mehr) von der Politik vertreten fühlen“ (ebd., S. 5–6). Thomas Gurr u. a. sprechen bei schwer erreichbaren Zielgruppen von einer Diskrepanz zwischen „Individuum und Angeboten der Organisation“ (2016, S. 10). Diese Diskrepanz kann darin bestehen, dass adressierte Zielgruppen aus verschiedenen Gründen Angebote entweder nicht in Anspruch nehmen können (z. B. wegen räumlicher Nicht-Erreichbarkeit oder bestehender anderer Zugangsschwellen, wie Sprach- oder andere Barrieren) oder dies nicht wollen.

Konkretisierende Beschreibungen sogenannter schwer erreichbarer Zielgruppen liegen insbesondere bei den Betroffenenberatungen und den Angeboten der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im HB Land sowie bei den MP der Vielfaltgestaltung vor. So beschreiben die WB Zugangsschwierigkeiten v. a. bei benachteiligten Jugendlichen, wohnungslosen Menschen, Menschen mit Behinderung, von rechter

⁵⁷ Trotz der scheinbaren Unterschiede in den HB und HF ergab der Chi-Quadrat-Test kein signifikantes Ergebnis ($\chi^2(2) = 2.674$; $p = .263$).

⁵⁸ Die HB Bund und Land wurden bei dieser Frage der Erhebung ausgeklammert, da sie aufgrund der Zuschreibungen in den Förderrichtlinien bundesweit bzw. landesweit agieren.

Gewalt Betroffenen, LGBTIQ+ sowie Betroffenen von Antisemitismus und Antiziganismus (Haase 2021, S. 24; DeZIM 2022, S. 44). Darüber hinaus können Zielgruppen des Programms aufgrund von infrastrukturellen Problemen (sowohl im Nahverkehr als auch der digitale Ausbau) im ländlichen Raum (vgl. Becker u.a. 2022, S. 74; DeZIM 2020; Ehnert u.a. 2021, S. 27) sowie ältere Menschen im Bereich der spezifischen Zielgruppen mittels digitaler Medien schwerer erreicht werden (vgl. DeZIM 2020, S. 44). Mädchen und Frauen werden nach wie vor als herausforderungsvolle und schwer zu erreichende Zielgruppe von den Angeboten der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit thematisiert (vgl. Figlestahler/Schau 2021, S. 17, 32, 49). Die Schwierigkeiten bei den Zugängen zu dieser Zielgruppe wurden bereits in den Vorgängerprogrammen thematisiert (vgl. Glaser/Greuel/Hohnstein 2015, S. 31–34).

Trotz des Programmquerschnittziels „Inklusion“ werden inklusive Zielgruppen und das Adressieren dieser Zielgruppen kaum thematisiert. Ausnahmen bilden einzelne Projekte, die im Rahmen des Innovationsfonds (und den HF DF und VG) gefördert werden. Hier werden Ansätze und Zugänge in der Arbeit mit kognitiv beeinträchtigten Jugendlichen erprobt.

Unabhängig von Zugängen zu spezifischen Zielgruppen signalisieren 60 Prozent (Basis n=264) der antwortenden Programmpartner:innen generelle Schwierigkeiten beim Herstellen von Zielgruppenzugängen und artikulieren diesbezüglich Unterstützungsbedarfe. Zugleich geben anteilig 37 Prozent (entspricht n=58) an, dass sie hierzu bereits Unterstützung erhalten bzw. erhalten haben.⁵⁹ Die geleistete Unterstützung scheint daher nur zum Teil die Bedarfe der Akteur:innen abzudecken.

5.4 Stand der Berücksichtigung von Gender Mainstreaming⁶⁰

Den internationalen Begriff „Gender Mainstreaming“ (GM) übersetzt das BMFSFJ mit „Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit“. „Das Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit bedeutet, bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern grundsätzlich und systematisch zu berücksichtigen“ (BMFSFJ 2021). Als politische Strategie zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen ist GM auch für Maßnahmen und Programme relevant, die nicht dezidiert gleichstellungspolitische Ziele verfolgen (vgl. Döge/Stiegler 2004, S. 136f.; BMFSFJ 2020a, S. 32, 107). In „Demokratie leben!“ stellt die Beachtung von Gleichstellungsaspekten daher ebenfalls eine Anforderung dar und ergibt sich zudem aus den Zielstellungen des Bundesprogramms. Demzufolge sind Frauen und Männer aber auch

⁵⁹ Quelle: Online-Erhebung 2021/22.

⁶⁰ Im Bundesprogramm bilden die Leitprinzipien Gender Mainstreaming, Diversity Mainstreaming und Inklusion (GDI) einen Dreiklang. Die Beachtung der Prinzipien ist für alle Projekte verbindlich. Auf Basis der in der 1. Förderphase gemachten Erfahrungen in der Evaluation von GDI hat sich die GE aus forschungspragmatischen Gründen darauf konzentriert, für diesen Zwischenbericht zunächst nur Aspekte der Umsetzung von GM in der Online-Befragung im Jahr 2021 zu erheben und eine Gesamtschau für GDI im Abschlussbericht vorzunehmen.

Geschlechter jenseits binärer Identitäten unter der Berücksichtigung von gleichstellungsrelevanten Aspekten konsequent in die Programm- und Projektumsetzungen einzubinden.⁶¹

Der aktuelle Umsetzungsstand von GM soll hier vor allem auf Basis der Online-Erhebung der GE beschrieben werden, um eine Vergleichbarkeit des Umsetzungsstandes über die verschiedenen Bereiche des Programms hinweg zu gewährleisten.⁶² Zudem liegen aus dem HB Kommune konkrete empirische Daten zu GM vor, die in den nachstehenden Ausführungen punktuell Berücksichtigung finden (Becker u.a. 2020a, S. 49ff.).

Das Leitprinzip GM wird in der Arbeit der Programmakteur:innen berücksichtigt.

Die Befunde aus der Online-Erhebung 2021/2022 spiegeln wider, dass eine allgemeine Berücksichtigung von Genderaspekten über die Förderkontexte der Programmakteur:innen hinweg gleichermaßen stattfindet (gesamt: 93%, Basis n=367). Dementsprechend wird auch die Sensibilität für GM in den jeweiligen Arbeitsteams von den Antwortenden insgesamt zwischen „eher hoch“ (HB Kommune: Mittelwert=4.46) und „hoch“ (HB Bund: Mittelwert=5.13) eingeschätzt.⁶³ Bei dem Großteil der befragten Akteur:innen des Bundesprogramms war bereits vor der aktuellen Projektförderung GM als verbindliches Prinzip der Arbeit des Trägers verankert, wodurch auch in der aktuellen Förderphase GM fortlaufend berücksichtigt wird (vgl. A_Tab. 13 im Anhang). Auch bei der vergleichenden Betrachtung der HB/HF zeigt sich dieses Bild. Zwischen 80 und 90 Prozent geben an, dass GM bereits in vergangenen Förderphasen ein verbindliches Leitprinzip darstellte. Lediglich das HF Demokratieförderung (100%) und der HB Kommune (71%) liegen darüber bzw. darunter.⁶⁴

Ein Teil der Programmakteur:innen begreift die Verankerung von GM in den Förderrichtlinien des Bundesprogramms als Anregung, um Genderaspekte in der aktuellen Förderphase zu berücksichtigen (gesamt 31%, Basis n=390). Vor allem in den

61 In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass gleichstellungs- und geschlechterpolitische Maßnahmen im Bundesprogramm nicht nur durch das Leitprinzip GM gefördert und umgesetzt werden. Auch die Zielvorgaben in den Fördergrundsätzen des Programms sind punktuell auf die Berücksichtigung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ausgerichtet. Förderkontexte, die sich an diesen orientieren (insbesondere in den Bereichen KNW/Z und MP zur Vielfaltgestaltung im TF „Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit“) setzen unter Umständen gleichstellungspolitische Maßnahmen um und beziehen sich dabei nicht immer ausdrücklich auf die Berücksichtigung des Leitprinzips GM. Zudem ist zu berücksichtigen, dass geschlechtergerechtes Arbeiten in den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit zu den allgemein anerkannten Standards zählt und wie in § 9 SGB VIII gesetzlich kodifiziert ist.

62 Die Inhalte der Abfrage speisen sich konzeptionell aus zwei Quellen: a) der theoretischen Auseinandersetzung mit der Evaluation von GM als Leitprinzip (vgl. Roscher/Johann 2021) und b) einer von der GE beauftragten und 2021 vorgelegten Expertise zur Erfassung und Systematisierung relevanter, typischer Instrumente des GM in den Praxisfeldern des Bundesprogrammes.

63 Die Befragten hatten die Möglichkeit auf einer Skala von 1 (sehr niedrig) bis 6 (sehr hoch) auf die Frage „Wie hoch schätzen Sie aktuell die Sensibilität für Geschlechteraspekte in Ihrem Team insgesamt ein (unabhängig davon, ob Geschlecht auf den Ebenen Inhalt, Methoden, Teamarbeit eine Rolle spielt)?“ zu antworten.

64 Online-Erhebung 2021/22, n=390.

PfD scheint das GM-Leitprinzip anregenden Charakter für die kommunale Demokratieförderung zu besitzen (45% von n=216 Antwortenden). Da für den Großteil der Programmakteur:innen aus dem HB Kommune GM bereits in vergangenen Projektförderungen als verbindliches Arbeitsprinzip galt, ist der artikulierte Anregungscharakter in der aktuellen Förderperiode auf seine praktische Bedeutung hin auszuweisen. Offensichtlich geht es weniger um eine inhaltliche Anregung als vielmehr um die Anregung von formalen Aspekten zur Berücksichtigung des Leitprinzips. Schließlich setzen nach eigenen Angaben 65 Prozent der Befragten der Koordinierungs- und Fachstellen (n=300) das Leitprinzip um, ohne jedoch dabei eine systematische Strategie zu verfolgen (Becker u.a. 2020a, S. 50). Entsprechend der Befunde der Online-Befragung 2021/2022 scheint die Umsetzung des Leitprinzips von GM dazu geführt zu haben, dass sich auch andere Projekte bzw. weitere Organisationseinheiten bei einem Teil der PfD mit Geschlechterfragen auseinandersetzen (18%, Basis n=216).⁶⁵ In den übrigen HB und HF lassen sich dagegen größtenteils keine Anregungsmomente in Richtung ihrer Trägerstruktur insgesamt bzw. zu angrenzenden Projekten konstatieren.

Die GE hat außerdem erhoben, durch welche Mittel und Instrumente die Berücksichtigung von Geschlechteraspekten in den Förderkontexten konkret erfolgt. Die Angaben der Antwortenden lassen sich drei Ebenen zuordnen: 1.) Instrumente im Bereich Inhalte und Ziele, 2.) Instrumente im Bereich Methoden und Arbeitsweisen mit Zielgruppen sowie 3.) Instrumente der Team-, Struktur- und Organisationsgestaltung.⁶⁶ Wie aus Abbildung 11 ersichtlich wird, gibt ein Großteil der Antwortenden aus den HB und HF an, entsprechende Instrumente auf den einzelnen Ebenen einzusetzen. Dabei zeigt die Befundlage aufgeschlüsselt nach den Einzelinstrumenten, dass die Mittel und Instrumente des GM entsprechend der Ausrichtung der Projektarbeit in unterschiedlicher Intensität genutzt werden. Dies betrifft sowohl die Ausrichtung ihrer Ziele, Konzepte und Inhalte, die Wahl und Ausgestaltung ihrer Methoden als auch die Team- und Organisationsgestaltung.

65 Das entsprechende Item aus dem Fragebogen lautet: „Die Beschäftigung mit dem Leitprinzip Gender Mainstreaming im Bundesprogramm hat dazu geführt, dass sich auch andere Projekte bzw. weitere Organisationseinheiten bei unserem Projektträger mit Geschlechterfragen auseinandersetzen.“

66 Im Fragebogen sollten die Programmakteur:innen Angaben zur Umsetzung von 17 vorgegebenen Einzelinstrumenten machen, die den drei genannten Ebenen zugeordnet werden können.

Abb. 11: Mittel und Instrumente zur Berücksichtigung von GM (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



Legende: orange: Inhalte, Konzepte, Ziele; blau: Methoden und Arbeitsweisen; grün: Team- und Organisationsgestaltung

Quelle: Online-Erhebung; alle Programmbereiche; n=390

Aus den Angaben ist abzuleiten, dass GM-Instrumente, die (potenziell) direkten Einfluss auf die Projektumsetzung bzw. die Praxis mit Zielgruppen haben, eine tendenziell geringere Umsetzungsrate aufweisen, als Instrumente, die die konzeptionell-inhaltliche Ausrichtung der Projekte betreffen. Zum Beispiel richten über 70 Prozent ihr Projektkonzept an Geschlechteraspekten aus, aber nur gut 40 bzw. 50 Prozent achten in der Auswahl bzw. Ansprache ihrer Zielgruppen auf Geschlechterspezifika. Hierbei deuten sich zwischen den HB und HF keine Effekte an (vgl. A_Tab. 14 im Anhang).⁶⁷ Wiederum zeigen sich beim Einsatz einzelner GM-

⁶⁷ Ausrichtung der Projektkonzepte an Geschlechteraspekten: $\chi^2(6) = 1.521$; $p = .958$; Auswahl von Zielgruppen: $\chi^2(6) = 10.325$; $p = .112$; Ansprache von Zielgruppen: $\chi^2(6) = 5.331$; $p = .502$.

Instrumente zwischen den Programmakteur:innen aber auch Unterschiede, die jedoch kein eindeutiges Muster zugunsten eines HB/HF aufweisen.⁶⁸

Die Daten lassen außerdem erkennen, dass die Umsetzungsrate von GM-Instrumenten tendenziell höher ist, wenn diese einen vergleichsweise geringen (zusätzlichen) Ressourcenaufwand erfordern. So liegt etwa die Umsetzungsrate der Instrumente „Ausrichtung unserer Ziele (u. a.) auch auf Geschlechtergleichstellung/-gerechtigkeit“, „Herstellung von Bezügen zu Geschlechteraspekten in den vermittelten Inhalten“, „Einbezug des Geschlechteraspektes in unserer Konzeption“ und „Verwendung geschlechtergerechter Sprache“ zwischen 61 und 91 Prozent. Demgegenüber liegt die Umsetzungsrate der Instrumente „Bereitstellung einer Ansprechperson/-stelle für Gleichstellungsfragen“, „Durchführung einer Problemanalyse“, „Durchführung von Weiterbildungsangeboten zu Genderfragen für Mitarbeitende“ bei nur 18 bis 29 Prozent. Für die HB Bund und Land sowie die MP DF und EP deuten sich für die zuletzt genannten GM-Instrumente tendenziell etwas höhere Raten der praktischen Umsetzung an (vgl. A_Tab. 14 im Anhang). Generell muss die Befundlage vor dem Hintergrund der Bedarfe und strukturellen Beschaffenheit der jeweiligen Förderkontexte individuell bewertet werden. Beispielsweise existieren in den Kommunen, Landesbehörden und in vergleichsweise größeren Trägern meist bereits feste GM-Strukturen, sodass die Anwendung von einigen der oben genannten GM-Instrumente aus den Projekten ausgelagert ist. Wenn dies nicht der Fall ist, scheint die eigenständige Anwendung von GM-Instrumenten immer auch vor dem Hintergrund knapper Ressourcen gefährdet. Entsprechend wären in einem weiteren Evaluationsschritt kleinere Träger oder vergleichsweise kleinere MP noch einmal gezielt in den Blick zu nehmen und ihre Bedarfe hinsichtlich der Umsetzungspraxis von GM explizit zu ermitteln, um eventuelle Unterstützungsbedarfe zu identifizieren.

Die Gesamtschau der empirischen Befunde lässt den Schluss zu, dass GM als Leitprinzip allgemein anerkannt ist und in der praktischen Arbeit fast ausnahmslos Berücksichtigung findet. In der Praxis kommt im Einzelfall kontext- und bedarfsabhängig zunächst ein breites Spektrum an entsprechenden Maßnahmen zum Einsatz, wobei sich Unterschiede in den Umsetzungspraktiken von GM-Instrumenten abzeichnen. Insgesamt werden spezifische Umsetzungsinstrumente für GM, wie z. B. Ansprechstellen für Gleichstellung, Problemanalysen oder die geschlechterreflektierte Gewichtung von Zielgruppen scheinbar weniger genutzt. Dabei scheint auch die Frage der dafür verfügbaren Ressourcen eine Rolle zu spielen.

68 Die Befunde deuten auf signifikante Unterschiede bei den folgenden Items hin: Durchführung einer Problemanalyse; Herstellung von Bezügen zu Geschlechteraspekten in den vermittelten Inhalten; geschlechterspezifische Ausgestaltung von Methoden; genderreflektierte Verteilung von Ressourcen; geschlechterspezifische Infrastruktur; Personalauswahl; Auswahl von Personen für relevante Gremien; Ansprechpersonen für Gleichstellungsfragen; Reflexion und Reaktion auf sichtbar werdende genderbezogene Defizite.

5.5 Digitale Transformation von Angeboten

Digitale Transformation hat sich innerhalb der Sozialen Arbeit sowie politischen Bildung zu einem relevanten Querschnittsthema entwickelt (vgl. Seelmeyer/Kutscher 2021, S. 17–30; Zumbrägel 2020). Die Digitalstrategie der Bundesregierung definiert Digitalisierung als eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe aller Bundesministerien, was u. a. zum einen auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur und zum anderen auf digitale Chancengleichheit sowie die Stärkung der digitalen Zivilgesellschaft abzielt (vgl. <https://digitalstrategie-deutschland.de/>). Angesichts der übergreifenden Bedeutung von Digitalisierung stellt sich die Frage, inwiefern es auch im Bundesprogramm relevant ist bzw. wie sich die damit verbundenen Entwicklungen niederschlagen.

Digitalisierung stellt das Bundesprogramm DI! gleich vor mehrere Herausforderungen. Teile der Zielgruppe (Jugendliche und junge Erwachsene) sind als „digital Natives“ aufgewachsen und stellen eine mediatisierte Generation, während zugleich die Konzeptionen von formalen und non-formalen Angeboten ihre Mediatisierung wenig berücksichtigen (vgl. Zumbrägel 2020, S. 35; Tab. 10). Für die Projektarbeit von DI! ist digitale Transformation seit 2020 als Innovationstreiber zu betrachten. Die Konsequenzen der Covid-19-Pandemie-Maßnahmen und die damit erschwerten Zugänge zu den Zielgruppen und deren Bindung sowie die Durchführung der Projektarbeit stellten die Programmpartner:innen ab Frühjahr 2020 vor die große Herausforderung, Präsenzformate ins Digitale und in den digitalen Raum zu übertragen bzw. neue Digital- und Online-Formate zu entwickeln. Bis dato waren digitale Medien und Digitalität vorrangig nur in bestimmten Bereichen wie beispielsweise Organisationsentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit Bestandteil der Arbeit für die Projekte/ Träger (vgl. Tab. 10).⁶⁹ In der Corona-Pandemie erfolgte nicht nur eine Übersetzung der analogen Konzepte ins Digitale bzw. deren Weiterentwicklung. Vielmehr gibt die Mehrheit bei der Online-Erhebung 2021/22 an, explizit digitale Angebote neu entworfen zu haben (vgl. ebd.). Es zeigt sich aber, dass es Unterschiede zwischen den HB und HF gibt, die teilweise aus der Logik der HB und HF und deren spezifischen Zielgruppenzugängen heraus erklärt werden können. So berichtet die WB der MP im Strafvollzug auch in ihrem Bericht von Schwierigkeiten der Digitalisierung im Haftkontext (Herding u.a. 2021, S. 29ff.). Ferner analysiert die WB der MP der Extremismusprävention, dass Projektmitarbeiter:innen bei Personen mit einem vermuteten geschlossenen Weltbild, nicht davon ausgehen, mittels „digitale[r] Intervention Impulse setzen zu können“ (Ziegler u.a. 2021, S. 28).

Die digitale Transformation hat aufgrund der Corona-Pandemie einen großen Innovationsschub erfahren. Die Programmpartner:innen haben explizit neue Angebote für digitale Räume entwickelt und/ oder bereits bestehende modifiziert. Das Arbeiten in digitalen Räumen soll zukünftig beibehalten und ergänzend zu den analogen Möglichkeiten genutzt werden. Nichtsdestotrotz zeichnen sich auch Skepsis und Grenzen hinsichtlich des Arbeitens mit digitalen Medien und im digitalen Raum

69 In der GE-Online-Befragung 2020 wurden die Teilnehmenden gebeten, einzuordnen, wie hoch der Anteil der analogen und digitalen Arbeiten jeweils ist („Bitte denken Sie nun an alle Maßnahmen Ihres Projektes, die sich an die Zielgruppe wenden. Wie viel Prozent von diesen finden ausschließlich digital, ausschließlich analog oder als eine Kombination aus beiden Formaten statt?“). Die Antworten finden sich im Anhang in den Grafiken A_Abb. 9-10.

ab, dass die Projektarbeit im Vergleich zu den analogen Formaten nicht die intendierten Effekte erzielt. Perspektivisch könnte die digitale Transformation weitere Potentiale erfahren, wenn dezidiert neue Formate für den digitalen Raum entwickelt und erprobt werden würden.

Tab. 10: Entwicklung und digitale Projektarbeit bei den Programmpartner:innen (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)

	Bund (n=23)	Land (n=63)	Kommune (n=215)	MP DF (n=20)	MP VG (n=42)	MP EP (n=15)	MP SV (n=9)	Gesamt (n=387)
Digitale Medien waren auch schon vor 2020 primärer Bestandteil unserer Arbeit und sind es weiterhin.	13,0%	22,2%	16,7%	15,0%	16,7%	13,3%	22,2%	17,3%
Wir haben analoge Angebote seit Anfang 2020 möglichst identisch ins Digitale übertragen.	43,5%	49,2%	43,3%	30,0%	42,9%	46,7%	0,0%	42,6%
Wir haben seit Anfang 2020 explizit digitale Angebote neu entwickelt.	78,3%	81,0%	68,8%	95,0%	71,4%	93,3%	66,7%	73,9%
Es wurden seit Anfang 2020 hybride Angebote entwickelt (analoge Konzepte wurden teilweise mit digitalen Methoden, Inhalten etc. erweitert).	60,9%	66,7%	60,0%	70,0%	73,8%	66,7%	66,7%	63,6%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Etwa 98 Prozent (Basis n=357)⁷⁰ der Antwortenden, die Veränderungen in Bezug auf die Nutzung digitaler Medien berichten, geben an, dass diese Verschiebung aufgrund der Pandemie stattfand (vgl. im Anhang A_Tab. 15). Die Programmpartner:innen beschreiben dabei den digitalen Innovationsschub nicht als ein pandemiebegrenztes Phänomen, sondern als eine Chance, fortan digitale Möglichkeiten ergänzend zu analogen Potentialen nutzen zu wollen (vgl. DeZIM 2022, S. 6; Ehnert u.a. 2021 S. 54; Becker u.a. 2020a, S. 36–44).

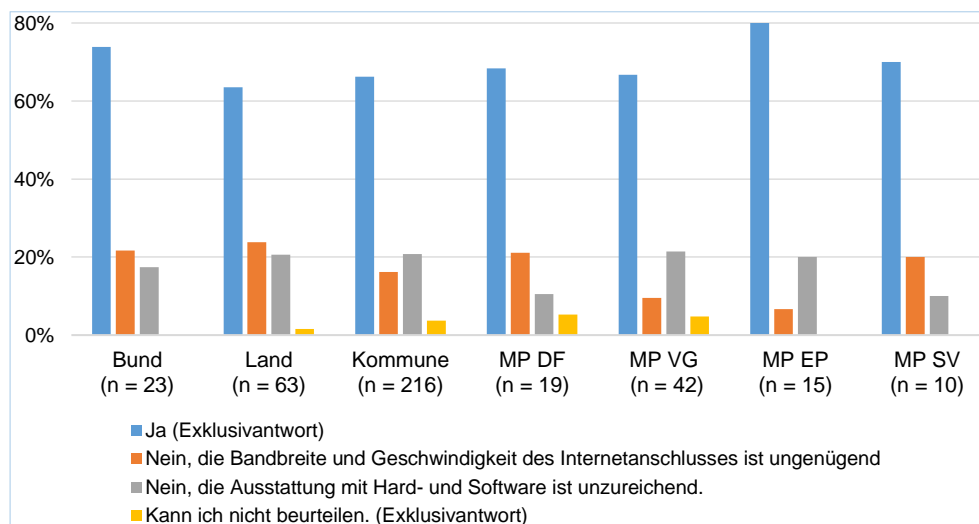
Die Projekte/ Träger mussten mit Beginn der Corona-Pandemie in 2020 zusätzliche Ressourcen für die digitale Transformation aufbringen und die eigene technische Infrastruktur aufrüsten sowie ausbauen (vgl. Haase 2021, S. 27; Heinze u.a. 2022, S. 16). Die Befunde der Online-Erhebung zeigen, dass bei der Mehrheit der Programmpartner:innen 2021/22 die digitale Ausstattung ausreichend ist. Etwas problematischer ist die Realisierung digitaler Formate aufgrund der deutschlandweit unterschiedlichen Breitbandversorgung (insbesondere im ländlichen Raum vgl. (Bundesnetzagentur 2022). Etwa 20 Prozent aller Antwortenden geben an, dass die Bandbreite und Internetgeschwindigkeit unzureichend ist, die „Förderregion [ist]

⁷⁰ Online-Erhebung 2020.

nicht gut digital erschlossen“ (Online-Erhebung 2021/22, offene Antwort), um die Ziele im Kontext digitaler Formate umzusetzen.

Die Unterschiede hinsichtlich der flächendeckenden digitalen Infrastruktur und Breitbandversorgung in den Regionen sind dabei nicht nur für die Träger relevant (vgl. Becker u.a. 2020a, S. 41; DeZIM 2022, S. 44), sondern auch für die zu adressierenden Zielgruppen und Zielinstitutionen. Besonders deutlich wird dies bei Projekten, die in Kontexten wie Haftanstalten arbeiten: „Ideen für digitale Angebote trafen auf eine weniger entwickelte digitale Infrastruktur der Anstalten, die den Projekten zu schaffen machte.“ (Herding u.a. 2021, S. 30). „Wir haben digitale Angebote entwickelt, die aber im Rahmen des Projektes nur bedingt abgefragt wurden.“ (Online-Erhebung 2021/22, offene Antworten MP SV).

Abb. 12: Reicht die technische Ausstattung bei Ihrem Träger für die Arbeit mit digitalen Medien bei der Umsetzung Ihrer Ziele gegenwärtig aus? (teilweise Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Die Digitalisierungsdynamik zeigt große Ambivalenzen. Die Integration digitaler Formate kann trotz aller Schwierigkeiten hinsichtlich der Zielgruppenerreichung und Projektumsetzungen gelingen. Die empirischen Daten der WB und GE zeigen, dass zumindest ein Teil der Projekte ihre Zielgruppen besser über digitale als analoge Zugangswege ansprechen/ erreichen können, wenn diese beispielsweise nicht lokal verortet sind und die Teilnahme örtlich nicht beschränkt ist. Weiterhin zeigen sich auch abseits der konkreten Arbeit mit Zielgruppen deutlich positive Effekte. So werden digitale Veranstaltungen mit bekannten Vernetzungsträgern und Kooperationspartnern als Chance aufgefasst, sich mit Trägern/ Projekten außerhalb der lokalen/ regionalen Verankerung auszutauschen. Ferner führte die digitale Transformation zur Verbesserung der digitalen Arbeitsorganisation der Programmpartner:innen (vgl. Kap. 5.3; DeZIM 2022, S. 28, 41; Heinze u.a. 2021, S. 16; Ziegler u.a. 2021, S. 40).

Andererseits zeigen die Daten auch, wo die Grenzen der digitalen Transformation liegen. „Digitalisierung ist nicht nur eine technische, sondern auch eine soziale Tatsache.“ (Gapski 2020, S. 156). Schwierig gestalten sich insbesondere vertrauensbildende Prozesse mit den Zielgruppen, Gruppenbildungsprozesse (Ziegler u.a. 2021, S. 8), die Einbeziehung digital schwer erreichbarer Zielgruppen (DeZIM 2022, S. 26), der Aufbau neuer Kooperationen mit neuen Trägern (vgl. Heinze u.a. 2021, S. 16) und das Arbeiten mit spezifischen Zielgruppen der Extremismusprävention (vgl. Ziegler u.a. 2021, S. 80). Nicht zuletzt äußern sich Programmpaktiker:innen aus den HB/HF in den offenen Antworten der GE-Online-Erhebung 2021/22 hinsichtlich der Etablierung und der Wirksamkeit digitalisierter Angebote skeptisch: Ein Träger im HB Bund dazu: „Digitale Angebote sind fast ausschließlich ein Ausweichformat, da sie in der Wirkung in Bezug auf Einstellungen begrenzt sind.“ Ein MP im HF Extremismusprävention äußert, „digital war zwingend angezeigt, entfaltet aber nicht im gleichen Maße Wirksamkeit und Erreichbarkeit wie analog, sobald es um Inhalte geht“ (Online-Erhebung 2021/22, offene Antworten).

Nichtsdestotrotz sind Mixed-Reality-Ansätze, also die Weiterentwicklung und Etablierung von neuen expliziten digitalen Lernräumen in Verbindung mit analogen Lernwelten sowie digitalen und hybriden Angeboten im Bundesprogramm noch kaum vertreten. Denkbar wären zum Beispiel digitale Formate abseits der etablierten Konzepte, die die Zielgruppen in den (virtuellen) Räumen ansprechen, in denen sie sich bewegen (vgl. Papendick u.a. 2022, S. 36, 43–45).

6 Unterstützungsbedarfe der im Programm geförderten Akteur:innen

Weiter oben im Text haben wir bereits darauf hingewiesen, dass „Demokratie leben!“ zivilgesellschaftliches Engagement und die Arbeit zivilgesellschaftlicher und staatlicher Organisationen im Programm durch bereichsübergreifende Maßnahmen u. a. der Qualifizierung, Begleitung oder Vernetzung unterstützt. Vor diesem Hintergrund haben sowohl die WB als auch die GE bei den Programmakteur:innen erhoben, inwieweit sie die angebotenen Maßnahmen als ausreichend betrachten.

Die Programmakteur:innen wünschen sich weiterhin Unterstützung bei der Projektumsetzung.

In den Erhebungen zu Unterstützungsbedarfen zeigten die Befragten an, dass nicht alle ihrer Bedarfe durch die gegenwärtigen Unterstützungsangebote ausreichend gedeckt werden. So ergaben die Befunde u. a. der GE-Online-Befragung 2021/22, dass beispielsweise über die Hälfte der Antwortenden aus den HB/HF Unterstützung zu den Aspekten „Zielgruppenerreichung/Zielgruppenbindung“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Fortbildungen/Schulungen“ erhalten hat (siehe Tab. 11).

Tab. 11: Erhaltene Unterstützung bei ...

	Bund	Land	Kommune	MP DF	MP VG	MP EP	MP SV
... der Zielgruppenerreichung/ -bindung	72,7% (von 11)	78,4% (von 37)	63,2% (von 144)	61,5% (von 13)	56,5% (von 23)	81,8% (von 11)	88,9% (von 9)
... der Öffentlichkeitsarbeit	72,7% (von 11)	71,4% (von 35)	70,1% (von 137)	57,1% (von 14)	57,1% (von 26)	61,5% (von 13)	77,8% (von 9)
... Fortbildungen/Schulungen	81,8% (von 11)	85,0% (von 40)	74,5% (von 137)	80,0% (von 15)	81,8% (von 22)	91,7% (von 12)	85,7% (von 7)

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Zugleich lässt sich aus den Angaben der Wunsch nach weitergehender Unterstützung ableiten (siehe Tab. 12). Das betrifft in den genannten Aspekten v. a. die HB Kommune und Land sowie das HF MP Vielfaltgestaltung.

Tab. 12: Benötigte Unterstützung bei ...

	Bund	Land	Kommune	MP DF	MP VG	MP EP	MP SV
... der Zielgruppenerreichung/ -bindung	23,8% (von 21)	53,7% (von 41)	70,8% (von 144)	52,9% (von 17)	50,0% (von 26)	58,3% (von 12)	0,0 % (von 3)
... der Öffentlichkeitsarbeit	21,1% (von 19)	61,7% (von 47)	68,5% (von 149)	37,5% (von 16)	50,0% (von 28)	50,0% (von 12)	33,3% (von 3)
... Fortbildungen/Schulungen	36,8% (von 19)	45,0% (von 40)	69,1% (von 136)	43,8% (von 16)	74,1% (von 27)	15,4% (von 13)	60,0% (von 5)

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Darüber hinaus hat die Notwendigkeit der Digitalisierung von Angeboten nicht zuletzt im Zuge der Corona-Pandemie zusätzlichen Unterstützungsbedarf generiert.

Insbesondere im HB Land und in verschiedenen Projekten des HF der MP im Strafvollzug wurde dafür 2021/22 beispielsweise mehr technische Unterstützung bzw. eine bessere technische Ausstattung gewünscht (vgl. Kap. 5.5). Einen Teil dieser Bedarfe konnte das Bundesprogramm inzwischen (Ende des Jahres 2022) durch zusätzliche Mittel auffangen.

Bereits in der 1. Online-Erhebung im Jahr 2020 wurden in einer offenen Befragung der Programmakteur:innen kurzfristige und langfristige Unterstützungsbedarfe erhoben. Schon dort zeichneten sich solche Bedarfe in den genannten Themen ab.

Insoweit scheint es sich mit „Öffentlichkeitsarbeit“, „Zielgruppenerreichung/Zielgruppenbindung“, „Fortbildungen/ Schulungen“ (u. a. mit dem Schwerpunkt Digitalisierung) und „Vernetzung“ um Themenbereiche zu handeln, die einen mehr oder weniger kontinuierlichen Unterstützungsbedarf im Programm generieren, zumal es sich um Standardprojektaktivitäten handelt. Diesem kann beispielsweise durch wiederkehrende, bedarfsangepasste Fortbildungsangebote für alle Programmakteur:innen, Praxisaustausche und gegebenenfalls durch individuelles Projekt-Coaching entsprochen werden, wie es insbesondere die GesBit und gsub bisher zumindest für Teilgruppen der geförderten Projekte angeboten haben.

Unterstützung in Bedrohungslagen

Außerdem haben die im Programm tätigen Fachkräfte v. a. im HB Land und im HF Extremismusprävention – wie bereits thematisiert worden ist – Unterstützungsbedarfe in Fragen der Sicherheit und des Schutzes der Mitarbeitenden vor Bedrohungen artikuliert (vgl. Ziegler u.a. 2021, S. 21, 115; Figlestahler/Schau 2021, S. 12). Hier geht es beispielsweise darum, dass eine unkomplizierte Beantragung einer Auskunftssperre bei den Einwohnermeldeämtern für Berater:innen unterstützt werden sollte. Darüber hinaus gehen Bedrohungen insbesondere vom rechtsextremen Spektrum aus, die sich nicht nur gegen Programmakteur:innen selbst richten, sondern auch gegen Zielgruppen der Projektaktivitäten sowie die vor Ort engagierte Zivilgesellschaft, mit denen zusätzlicher Unterstützungsbedarf für alle hiervon Betroffenen einhergeht (vgl. Becker u.a. 2020b; DeZIM 2022; S. 44).

Verlässliche Förderung als bedeutsame Form der Unterstützung

Aus dem Kreis der im Programm geförderten Akteur:innen wird immer wieder moniert, dass das Programm nicht in jedem Fall eine verlässliche Förderung über den gesamten Programmzeitraum garantiere (selbstläufige Mehrjahresförderung) oder dass der bestehende Förderzeitraum zu kurz bemessen sei. Daraus würden u. a. Schwierigkeiten in der Personalrekrutierung und -bindung oder in der Arbeit mit Zielgruppen erwachsen, die in besonderer Weise Kontinuität und/ oder Langfristigkeit erfordert (z. B. Beratungsarbeit). Auch in den Daten der 2. Online-Erhebung von 2021/22 zeigt sich das:

„Wir brauchen eine bessere und langfristige finanzielle Förderung. [...] Prekäre Arbeitsbedingungen mit Jahresverträgen führen zu Unsicherheiten und auch höherer Fluktuation unter den Mitarbeitenden. Die Beratung braucht stabile Vertrauensbeziehungen und Netzwerke, wofür wiederum eine kontinuierliche und gesicherte Arbeit in den Beratungsstrukturen nötig sind.“

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

Konkrete Hinweise aus den Regionalanalysen der GE unterstreichen diese Ergebnisse. In Interviews dazu verdeutlichen verschiedene Befragte, dass sich große Förderzeiträume nicht nur positiv auf die eigene Arbeit auswirken, sondern sie vor allem zentral sind, um neue Impulse für die Praxis zu entwickeln und Kooperations- und Arbeitsstrukturen sowie Netzwerke auszubauen und zu verstetigen.

„Manchmal denk ich so, wenn eine Struktur da ist, dann ist es auch wirklich schade, wenn stattdessen was Neues wieder aufgebaut wird, statt das weiterzuverfolgen. Also das wäre jetzt so ein Punkt, wo ich sage, zwei Jahre ist für so Netzwerkarbeit echt kurz. [...] Also da wäre irgendwie ein größerer Zeitraum schon wünschenswert. [...] Weil es ist wirklich total zeitaufwändig, auch erst mal, bis in so einer Gruppe dann auch so eine Basis da ist.“

RS2_8, Z. 65-67

Die Vereinfachung der Mittelbewirtschaftung und -abrechnung kann Ressourcen für die Arbeit unmittelbar zu den Programmenthemen freisetzen.

Wie dem BMFSFJ/ BAFzA bereits bekannt ist, kritisieren Programmakteur:innen an verschiedenen Stellen regelmäßig die als bürokratisch empfundenen Prozesse v. a. der Abrechnung von Fördermitteln. So auch im Rahmen der Regionalstudien der GE.

„Der bürokratische Aufwand, die geringfügigen Mittel abzurufen, ist komplett unverhältnismäßig und geht am Ziel des Programms total vorbei. Das ist für ein Programm, das die Bürgerschaft [Zivilgesellschaft, Anm. GE] motivieren soll, komplett verfehlt und darum finde ich, muss der Kontrollmechanismus ins Programm verlagert werden und nicht wie sonst in die Akteure.“

RS1_6, Z. 136

Der GE ist bekannt, dass das BMFSFJ/ BAFzA bereits die LDZ der Länder aufgefördert hat, hierzu Vereinfachungsvorschläge zu unterbreiten. Entsprechende Vorschläge von der kommunalen Ebene aus, die Akteur:innen im Rahmen der Regionalstudien geäußert haben, zielen beispielsweise darauf ab – ähnlich dem Vorgehen in Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe – auskömmliche Kleinstbeträge-Regelungen für vereinfachte Ausgabennachweise und Bagatellgrenzen, bis zu denen auf Nachweise verzichtet wird, vorzusehen oder die Grenzen für die Pflicht zum Einholen von Angeboten für Leistungen v. a. im ländlichen Raum an die Bedingungen (Bedarfe, Kosten- und Angebotsstrukturen) dort anzupassen. Verbesserungsvorschläge betreffen aber auch ganz allgemein den Prozess der Antragstellung und Abrechnung.

„Also ich finde zumindest Handreichungen im Sinne von vorgefertigten, also Vorlagen für Antragstellungen beispielsweise [... sinnvoll] - und zwar angepasst an den jeweiligen Bedarf, den halt dann auch das Förderportal oder die Richtlinien, die das Förderportal an uns stellt. Analog dazu dann halt auch Vorlagen, die wir weitergeben können oder die wir dann zumindest gemeinsam mit den Projektnehmern bearbeiten können.“

RS1_3, Z. 361

Modellprojekte benötigen kontinuierliche Unterstützung im Transfer ihrer Innovationsprodukte.

Neben den bisher thematisierten Unterstützungsaspekten benennen Programmakteur:innen auch Bedarfe, die auf eine Unterstützung durch das BMFSFJ/ BAFzA beim Transfer von Innovationen in Regelstrukturen abzielen. So äußert sich eine Person in der Online-Erhebung 2021/22:

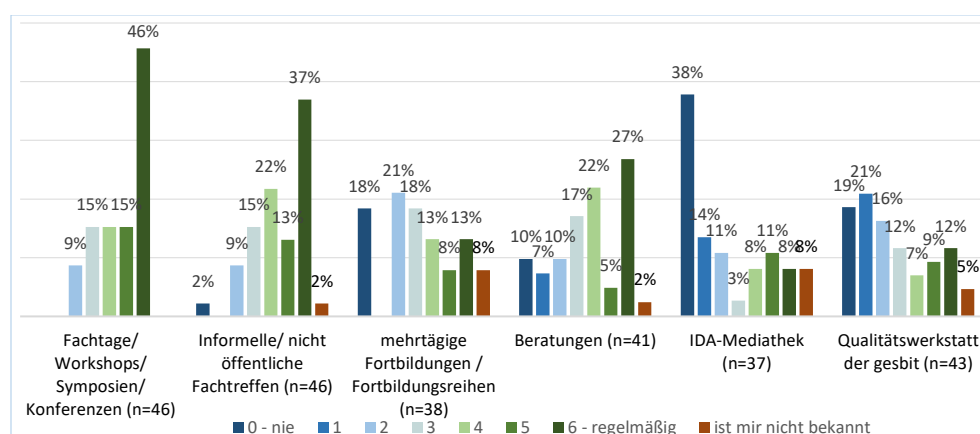
„Wir benötigen mehr Unterstützung im Rahmen der Übertragung unserer Inhalte in die Querschnittsaufgaben von Regelstruktur, hier insbesondere in den Verhandlungen über Maßnahmen gemeinsam mit Jugendämtern, wie die Ergebnisse/Inhalte in den Regelstrukturen verstetigt werden können“

Online-Erhebung 2021/22

Hierbei geht es u. a. darum, einen leichteren oder kontinuierlichen Zugang zu den Planer:innen und Entscheider:innen in den relevanten Ämtern (z. B. Jugendämter) auf kommunaler und Landesebene zu erhalten, um sie mit den eigenen Innovationsprodukten vertraut zu machen und als Brückenakteur:innen für den Zugang zu den Praxisangeboten in der Breite zu gewinnen.

Darüber hinaus hatte zuletzt die Nachhaltigkeitsbefragung der GE im Jahr 2021 bei MP der 1. Förderphase gezeigt, dass insbesondere Fachtage/ Workshops sowie Fachtreffen (formell und informell) diejenigen Angebote sind, die häufiger zur Förderung der Verbreitung von MP-Ergebnissen genutzt werden (siehe Abb. 13) und daher auch weiterhin kontinuierlich im Portfolio des Fachforums oder entsprechender Begleitprojekte zu finden sein sollten. Bedeutsam ist hierbei, dass diese Veranstaltungen der jeweiligen programmexternen Regelpraxis bekannt und für sie zugänglich sind.

Abb. 13: Wie häufig haben Sie die folgenden speziell auf die Weitergabe von Ergebnissen und/oder Erfahrungen zugeschnittenen Unterstützungsangebote genutzt? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



Quelle: Nachhaltigkeitsbefragung der GE 2021

7 Zentrale Ergebnisse und Fazit

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Halbzeitbilanz noch einmal gebündelt vorgestellt, bevor ein Fazit gezogen wird.

7.1 Zentrale Ergebnisse

Die vorliegende Halbzeitbilanz der Gesamtevaluation bildet einen Zwischenstand der Umsetzung des Bundesprogramms von „Demokratie leben!“ ab und behandelt in der gegebenen Vorläufigkeit folgende Themen bzw. Fragestellungen: Aus einer Gesamtprogrammperspektive wird beleuchtet,

- welche Leistungen und Erträge die Programmpartner:innen bisher erzielt haben,
- inwieweit die Akteurinnen und Akteure über die Programmstrukturbereiche hinweg zielführend bzw. nutzbringend zusammenarbeiten,
- welche Zielgruppen die im Programm Geförderten adressieren und inwieweit sie diese erreichen,
- inwiefern das Leitprinzip des Gender Mainstreaming (GM) bei der Programmumsetzung berücksichtigt wird und
- welchen Stellenwert die digitale Transformation von Angeboten besitzt.

Des Weiteren gibt die Halbzeitbilanz einen Einblick in relevante Rahmenbedingungen der Programmumsetzung.

Um die genannten Fragen zu klären, führte die GE selbst quantitative und qualitative Erhebungen in den einzelnen Handlungsbereichen durch und wertete diese aus. Zudem griff die GE auf ausgewählte Ergebnisse der einzelnen WB zurück, sofern sie von handlungsbereichsübergreifendem Interesse waren und führte diese zusammen, um sie aus der Perspektive des Gesamtprogramms zu analysieren.

Welche Leistungen und Erträge haben die Programmpartner:innen erzielt?

Um die Frage nach den Leistungen und Erträgen des Programms zu fokussieren, wurde durch die Gesamtevaluation zunächst geklärt, mit welchen Mitteln innerhalb des Programms versucht wird, die Ziele der Demokratiestärkung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention zu erreichen. Die GE hat dazu auf Basis empirischer Erhebungen und der Auswertung von Programmdokumenten inklusive Programmarchitektur ein logisches (Wirk-)Modell des Bundesprogramms herausgearbeitet.

Wirkungen des Programms werden im Wesentlichen über eine Doppelstrategie des Setzens finanzieller Anreize zur Aktivierung von Zivilgesellschaft und der multimodalen Unterstützung von Fachkräften sowie von Diskriminierung und Gewalt Betroffenen erzielt. Dazu fördert das BMFSFJ sowohl zivilgesellschaftliches Engagements als auch die berufsförmig geleistete Arbeit zivilgesellschaftlicher und staatlicher Organisationen. Die Strategie beinhaltet folgende fünf Elemente:

- a) die Förderung von kommunalem Engagement für Demokratie und Vielfalt,
- b) die Unterstützung von Menschen, die v. a. von rassistischer Diskriminierung und rassistischer, antisemitischer und extremistischer Gewalt betroffen sind,
- c) die Unterstützung von Distanzierung und Deradikalisierung,
- d) die Förderung der Innovationsproduktion und Transfer sowie
- e) die Unterstützung der ehrenamtlich und beruflich im Programm tätigen Akteur:innen.

Als eine der zentralen Leistungen des Programms lässt sich auf Grundlage der empirischen Befunde festhalten, dass „Demokratie leben!“ zivilgesellschaftliches Engagement sowie die Arbeit zivilgesellschaftlicher und staatlicher Organisationen in den Programmenthemen innerhalb und außerhalb des Programms in quantitativer und qualitativer Hinsicht aktiviert bzw. anregt. Als Erfolg des Programms kann gewertet werden, dass dabei nicht nur bestehendes Engagement und etablierte Angebote fortgesetzt werden, sondern auch bisher nicht im Programmkontext tätige zivilgesellschaftlich Engagierte sowie zivilgesellschaftliche (und staatliche) Organisationen motiviert werden, sich mit den Programmenthemen zu befassen (siehe Kap. 5.1).

Eine wesentliche Leistung des Programms in der Förderung von lokalem Engagement und kommunaler Arbeit für Demokratie und Vielfalt ist die Fortsetzung und weitere Etablierung lokaler Engagement-Netzwerke der Pfd, die inzwischen als ein bundesweites Netzwerk der kommunalen Demokratieförderung betrachtet werden können. Das Bundesprogramm leistet dadurch einen relevanten Beitrag zur bundesweiten Stärkung und Verteidigung von Demokratie sowie zur Gestaltung von Vielfalt auf kommunaler Ebene (siehe Kap. 5.1.1).

Das Bundesprogramm trägt ebenfalls entscheidend zur bundesweiten Unterstützung von Menschen bei, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Beratungsangebote, die sich für die Belange von Betroffenen/ Erfahrenen einsetzen und entsprechende Unterstützung anbieten, werden bereits seit langem über mehrere Programme hinweg gefördert und haben sich inzwischen fest etabliert. Als Entwicklungsbedarf lässt sich festhalten, dass noch nicht überall im Bundesgebiet in wünschenswertem oder erforderlichem Umfang solche Angebote gefördert werden. Auch reicht die Ressourcenausstattung nicht immer aus, um bestehende Bedarfe der Unterstützung Betroffener und der Praxisreflexion abzudecken (siehe Kap. 5.1.2). Abzuwarten bleibt in dieser Hinsicht beispielsweise, inwieweit das geplante Demokratiefördergesetz und darauf aufbauende Förderrichtlinien hier Abhilfe schaffen können.

Für die im Bundesprogramm überwiegend durch zivilgesellschaftliche Akteur:innen geleistete Unterstützung von Distanzierung und Deradikalisierung lässt sich folgendes festhalten (siehe Kap. 5.1.3): Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im Phänomenbereich Rechtsextremismus (ADA) wird als Beratungsfeld ebenfalls bereits seit einer Dekade in den einschlägigen Bundesprogrammen gefördert. Inzwischen existiert neben einem bundesweiten Angebot in beinahe jedem Bundesland (mindestens) ein solches Angebot. Dabei gibt es – analog zur Betroffenenberatung – im Vergleich der einzelnen Angebote große Unterschiede in der Ressourcenausstat-

tung. Unabhängig davon lässt sich aber grundsätzlich festhalten, dass das Bundesprogramm wesentlich dazu beiträgt, dass Personen mit Ausstiegs- und Distanzierungswünschen im Bereich Rechtsextremismus durch zivilgesellschaftliche Angebote unterstützt werden. Hierzu trägt auch das bundesweit agierende Begleitprojekt EXIT bei.

Aktivitäten in der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit im Bereich des islamistischen Extremismus werden innerhalb des Programms im Vergleich zum Bereich Rechtsextremismus eher punktuell gefördert. Sie sind häufig eingebettet in die umfangreicheren Programmaktivitäten der gezielten Prävention von islamistischem Extremismus. Im Rahmen des Bundesprogramms findet diese gezielte Islamismusprävention im Wesentlichen in drei HB statt: Land, Modellprojekte und Bund. Im HB Land nutzt die Mehrheit der Bundesländer die bestehenden Fördermöglichkeiten im Bundesprogramm, um Fachkräfte sowohl in der Islamismusprävention als auch in der Prävention von Islam- und Muslimfeindlichkeit zu unterstützen. Die im Handlungsfeld der Extremismusprävention geförderten Modellprojekte greifen hingegen bestehende Herausforderungen der Arbeit mit den Zielgruppen und Handlungsprobleme auf. Inhaltliche und methodische Bezüge bestehen in der Prävention von Islam-/ Muslimfeindlichkeit zudem zum HF der Vielfaltgestaltung.

Als wichtige Stütz-Strukturen für die vorgenannten Beratungsangebote in den Themenfeldern Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus fungieren auf der Bundesebene die aus dem Bundesprogramm entsprechend geförderten Projekte der Bundesverbände, BAGn sowie die thematisch einschlägigen KNW/Z.

Die Förderung der Innovationsproduktion, die die Erzeugung von Neuerungen und deren Transfer umfasst, hat einen großen Stellenwert im Programm. Innovationsproduktion findet schwerpunktmäßig im HB der Modellprojekte sowie im Rahmen des Innovationsfonds statt (siehe Kap. 5.1.4). Das BMFSFJ hat im Bereich der gezielten Entwicklung von Innovationen im Vergleich zur ersten Förderphase wesentliche Änderungen vorgenommen und die auf das entsprechende Leitziel gerichteten Aktivitäten der Innovationsproduktion stärker als in der Vergangenheit in Form der drei Handlungsfelder Extremismusprävention, Vielfaltgestaltung und Demokratieförderung gebündelt. Die damit verbundene Intention einer stärkeren Konzentration und inhaltlichen Straffung ist weitgehend eingelöst worden.

Zusätzlich wurde während der Programmlaufzeit das Instrument des Innovationsfonds implementiert. Aktuelle Befunde deuten darauf hin, dass hierdurch die Fähigkeit des Bundesprogramms gestiegen ist, auf kurzfristige und zielgerichtet zu bearbeitende Innovationsbedarfe zu reagieren.

Daneben wurde die Arbeit im Themenfeld Strafvollzug weitergefördert, die bereits in der 1. Förderphase begonnen wurde. Anders als für MP typisch, sind die Projekte dort nicht per se gehalten, fundamental neue Arbeitsansätze zu erzeugen, sondern können ihre etablierten Ansätze bzw. Praxis-Modelle weiterentwickelten, erproben bzw. umsetzen. Das deutet auf eine sich institutionalisierende (Regel)Praxis hin.

Insgesamt decken die im Programm Tätigen ein breites Spektrum an Innovationsfeldern ab. Von HB/HF-übergreifender Bedeutung waren in der ersten Hälfte der

2. Förderphase u. a. die Themen Digitalisierung, die Arbeit an Begriffen und Konzepten sowie das Thema Diversity.

Die im Bundesprogramm angestrebten Erprobungen von Arbeitsansätzen und Strukturen der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention sind kein Selbstzweck, sondern sollen die jeweilige Fachpraxis anregen, neue Themen, Methoden und/oder Strukturen für die eigene Weiterentwicklung zu nutzen. Insofern stellt sich unmittelbar die Frage, wie der Transfer von Erkenntnissen aus den MP heraus gelingt.

Positiv ist hier zu vermerken, dass der Transfer von MP-Arbeitsergebnissen ein integraler Teil der Projekte zu sein scheint. Das berichtete Spektrum an diesbezüglichen bisherigen Maßnahmen ist breit und reicht von der Aufbereitung und Weitergabe von Wissen (über Fortbildungen, Arbeitsmaterial, Publikationen, Homepages usw.) bis hin zum Strukturaufbau auf der Basis modellhaft erprobter Strukturösungen, z. B. der Vernetzung oder Beratung. Das BMFSFJ hat diese Prozesse forciert, indem es zum einen den HB Bund etabliert hat, in dem sich KNW/Z in den einzelnen Themenfeldern des Bundesprogramms ausdrücklich dem Transfer widmen; wenngleich nicht als ihre alleinige Aufgabe. Zum anderen hat es den Landes-Demokratiezentren (HB Land) eine Funktion in der Wissensbergung, -aufbereitung und -verbreitung im Bundesprogramm zugewiesen. Diese erfüllen die LDZ beispielsweise mittels der Landes-Demokratiekonferenzen. Darüber hinaus sind einzelne Begleitprojekte und andere Stütz-Angebote im Transfer programrelevanten Wissens und Könnens aktiv. Zu nennen sind hier insbesondere die einschlägigen, im Programm geförderten Bundesverbände und BAG. Als Wissensspeicher und Material-Pool erfüllen entsprechend ihrer Möglichkeiten auch die Vielfalt-Mediathek und die Programmwebsite www.demokratie-leben.de Transferfunktionen.

Grundsätzlich liegen damit einige vielversprechende Ansätze zum Transfer vor. Inwieweit diese erfolgreich sind oder durch weitergehende Unterstützungsmaßnahmen ergänzt werden sollten, wird bis zum Ende der laufenden Förderperiode auf empirischer Grundlage einschätzbar sein. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus vergangenen Programmperioden lässt sich jedoch konstatieren, dass ein gelingender Transfer innerhalb des Programms und nach Außen eine altbekannte Herausforderung darstellt.

Inwieweit arbeiten die Akteur:innen über die Programmstrukturbereiche hinweg zielführend zusammen?

Kooperation im Bundesprogramm ist bedeutsam, um einerseits Synergiepotenziale zu realisieren und zugleich das Handeln der geförderten Akteur:innen aufeinander abzustimmen. Beides dient einer optimalen, möglichst reibungsfreien Programmumsetzung und der Steigerung der Wirksamkeit des Programms.

In der Gesamtbetrachtung der Befunde zur Kooperation (siehe Kap. 5.2) wird deutlich, dass die Akteur:innen innerhalb des Bundesprogramms DI! in vielfältiger Weise zusammenarbeiten und das als nützlich betrachten. Für das Zustandekommen der Zusammenarbeit sind erwartungsgemäß inhaltliche und thematische Schnittmengen entscheidend.

Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen und die Anregungsmodi für Kooperation führen dazu, dass die Akteur:innen im Programm vielfach primär innerhalb der HB und HF kooperieren und weniger über die HB/HF-Grenzen hinweg.

Bezüglich der Kooperationsbeziehungen lässt sich dabei ein Unterschied zwischen den strukturbezogenen Programmteilen (KNW/Z, LDZ, Pfd) und den innovationsbezogenen Programmteilen (MP) ausmachen. In den strukturbezogenen Programmteilen sind Kooperationen generell stärker verbreitet. Dieser Befund entspricht den unterschiedlichen Aufträgen der Programmteile. Den strukturbezogenen Programmteilen ist eingeschrieben, sich durch den Aufbau von internen und externen Vernetzungen nachhaltig zu entwickeln und fest zu verankern. Vor diesem Hintergrund sind die häufigeren Kooperationen erwünscht und zielführend. Die innovationsbezogenen MP-Bereiche hingegen legen im Vergleich zu den Strukturbereichen ein besonderes Augenmerk auf eine Kooperation zum Transfer/ der Nachhaltigkeit von Projektergebnissen, die nach außerhalb des Programms gerichtet ist. Das ist angesichts des Transferauftrages dieser Bereiche nachvollziehbar und ein Indiz dafür, wie ernst die Modellprojekte diesen Auftrag zumeist nehmen.

Auffällig ist, dass MP stärker mit „nachhaltigen Strukturen“ kooperieren als mit MP anderer HF. Das ist ein Indikator dafür, dass diese Strukturen in ihrer Unterstützungs- und Scharnierfunktion sowohl innerhalb des Programms als auch zu den Regelsystemen wahr- und in Anspruch genommen werden. Eine besondere Rolle kommt in diesem Zusammenhang den KNW/Z zu, die die Kooperation zwischen Modellprojekten der einzelnen HF anregen.

Ergänzend könnte jedoch zur Förderung des Voneinander-Lernens der MP überlegt werden, inwieweit durch das Bundesprogramm, etwa das Fachforum, und/ oder die WB des HB MP, gezielt weitere Kooperationsanlässe etwa zu Fragen der Produktion und Verbreitung von Innovation geschaffen oder angeregt werden sollten.

Welche Zielgruppen werden im Programm adressiert und inwieweit werden diese (nicht) erreicht?

Die Fördergrundsätze und Ausschreibungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ umfassen eine sehr heterogene und weitgefasste Beschreibung der Zielgruppen, die direkt und/oder indirekt erreicht und bei denen Veränderungen (im Sinne von Lernen) ausgelöst werden sollen (siehe Kap. 5.3). Fokussierte Zielgruppen von DI! sind einerseits Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien sowie Tätige in den Regelangeboten der Kinder- und Jugendhilfe und andere zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Andererseits sind es aber auch Zielinstitutionen wie z. B. Kommunen, Landeskoordinierungsstellen/ LDZ, Dachverbände oder Vereine, die das Programm adressiert. Neben der direkten Zielgruppe richtet sich das Bundesprogramm auch an mittelbare indirekte Zielgruppen, bei denen ebenfalls Wirkungen erzielt werden sollen, z. B. die breite Öffentlichkeit oder Stadtteilgesellschaften, Mitarbeitende kooperierender Organisationen oder Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Generell lässt sich für das Gesamtprogramm festhalten, dass die jeweils adressierten Zielgruppen im Großen und Ganzen erreicht werden (siehe Kap. 5.3.1). Als wichtige Instrumente für die Ansprache der verschiedenen Zielgruppen erweisen sich

vor allem Kooperation, z. B. mit M(S)O und zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit (siehe Kap. 5.3.2). Aufgrund der Rahmenbedingungen durch die Corona-Pandemie und der damit verbundenen Erschwerung persönlicher Kontakte bei Zielgruppenzugängen gewinnen seit 2020 digitale Formate zur Zielgruppenerreichung größere Bedeutung und wurden ausgebaut. Zugleich werden diesbezüglich von einem Teil der Akteure Herausforderungen artikuliert, da beispielsweise die technische Ausstattung für die Arbeit mit digitalen Medien nicht ausreiche oder Erfahrungen in der Arbeit im digitalen Raum fehlten.

Eine Herausforderung für die Programmpartner:innen stellen (weiterhin und in erweiterbarer Weise) Zugänge zu schwer erreichbaren Zielgruppen bzw. bislang kaum erreichten Zielgruppen dar (siehe Kap. 5.3.3). Hierzu gehören z. B. marginalisierte Gruppen wie Betroffene von Antiziganismus oder Antisemitismus. Hier sind insbesondere die MP gefordert, innovative Zugänge zu erproben und entsprechende Erkenntnisse zu transferieren.

Bemerkenswert ist, dass trotz des Programmquerschnittsziels „Inklusion“ entsprechende Zielgruppen und das Adressieren dieser innerhalb des Bundesprogramms bislang kaum thematisiert werden und nur einzelne Projekte solche Zielgruppen ansprechen.

Inwiefern wird das Leitprinzip des Gender Mainstreaming bei der Programmumsetzung berücksichtigt?

In „Demokratie leben!“ stellt die Beachtung von Gleichstellungsaspekten eine Anforderung dar und ergibt sich auch aus den Zielstellungen des Bundesprogramms. Demzufolge sind Frauen, Männer und Menschen jenseits binärer Geschlechtsidentitäten unter der Berücksichtigung von gleichstellungsrelevanten Aspekten konsequent in die Programm- und Projektumsetzungen einzubinden. Die Gesamtschau der empirischen Befunde (siehe Kap. 5.4) lässt den Schluss zu, dass GM als Leitprinzip allgemein anerkannt ist und in der praktischen Arbeit fast ausnahmslos Berücksichtigung findet. In der Praxis kommt im Einzelfall kontext- und bedarfsabhängig zunächst ein breites Spektrum an entsprechenden Maßnahmen zum Einsatz, wobei sich Unterschiede in der Anwendungspraxis von GM-Instrumenten abzeichnen. Insgesamt werden bestimmte GM-Instrumente, wie z. B. Ansprechstellen für Gleichstellung, Problemanalysen oder die geschlechterreflektierte Gewichtung von Zielgruppen scheinbar eher selten genutzt, wobei die Frage der dafür verfügbaren Ressourcen bei der Anwendung von GM-Instrumenten eine Rolle zu spielen scheint.

Welcher Stellenwert kommt der digitalen Transformation von Angeboten zu?

Die digitale Transformation hat aufgrund der Corona-Pandemie auch innerhalb des Bundesprogramms einen großen Innovationsschub erfahren (siehe Kap. 5.5). Die Programmpartner:innen haben explizit neue Angebote für digitale Räume entwickelt und/oder bereits bestehende modifiziert. Das Arbeiten in digitalen Räumen wird beibehalten sowie ergänzend zu den analogen Möglichkeiten genutzt und weiterentwickelt. Nichtsdestotrotz zeichnen sich auch Skepsis und Grenzen hinsichtlich des Arbeitens mit digitalen Medien und in digitalen Räumen dahingehend ab,

dass die Projektarbeit im Vergleich zu den analogen Formaten in bestimmten Kontexten (Beratung/ Vertrauensbildung) und bei spezifischen Zielgruppen (sozial benachteiligte Menschen) nicht die intendierten Effekte erzielt. Perspektivisch könnte die digitale Transformation weitere Potentiale realisieren, wenn dezidiert neue Formate für digitale Räume entwickelt und erprobt werden würden.

Welche (gesellschaftlichen) Rahmenbedingungen haben sich für die Programmumsetzung als relevant erwiesen?

Seit dem Start der zweiten Programmphase von „Demokratie leben!“ lassen sich eine Vielzahl von gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemlagen beobachten, die auch Auswirkungen auf das Programm und die Programmpartner:innen hatten und haben (siehe Kap. 4).

So mussten die Akteur:innen des Bundesprogramms und deren Zielgruppen zunehmend auf Verschwörungserzählungen und Rechtspopulismus und teilweise auch auf damit verbundene Bedrohungen reagieren. Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verstärkten diese Problemlagen und führten beispielsweise zu einer Zunahme von Demokratieskepsis sowie zu einem abnehmenden Vertrauen in das Handeln staatlicher Instanzen. Zugleich erschwerten die Eindämmungsmaßnahmen der Corona-Pandemie die konkrete Projektarbeit – sowohl inhaltlich als auch in der praktischen Umsetzung. Dies sorgte jedoch letztlich auch für den erwähnten digitalen Transformationsschub.

Als programminterne Herausforderungen in den Rahmenbedingungen lassen sich bürokratische Anforderungen des Programmgebers einordnen, die grundsätzlich haushaltsrechtlich bedingt sind. Diese Anforderungen können die Flexibilität der Projektumsetzung einschränken und z. B. die kurzfristige Integration von aktuellen und neuen Themen erschweren. Darüber hinaus können sie gerade auf kleinere bzw. programmunerfahrene Träger hinsichtlich einer Förderung aus „Demokratie leben!“ abschreckend wirken. Das kann dem Ziel des Programms entgegenstehen, möglichst breit aufgestelltes zivilgesellschaftliches Engagements zu stärken und eine vielfältige Angebotspalette zur Bearbeitung der Programmenthemen zu ermöglichen.

7.2 Fazit

In der Gesamtschau der vorliegenden Erkenntnisse zeigt sich, dass das Bundesprogramm grundsätzlich eine geeignete Anreizstruktur darstellt, um längerfristiges zivilgesellschaftliches Engagement und die Arbeit v. a. zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Themenfeldern der Demokratieförderung, Gestaltung von Vielfalt sowie Extremismusprävention zu ermöglichen. Dabei setzt „Demokratie leben!“ die langjährige Tradition von Programmen der Prävention von politischem Extremismus und der Förderung demokratischer Einstellungen, Verfahren und Strukturen fort. Diese Programme wurden als „lernende Programme“ kontinuierlich weiterentwickelt. Vor diesem Hintergrund kann DI! in seiner aktuellen 2. Förderphase hinsichtlich seiner Gesamtanlage in wesentlichen Bestandteilen (HB Kommune, HB Land, HB Modellprojekte) als konsolidiert gelten – dies zeigen die empirischen Befunde und Analysen der Gesamtevaluation.

Mit den Leitzielen Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention greift DI! weiterhin eine breite Palette von relevanten gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemlagen auf und ermöglicht es den im Programm geförderten Akteur:innen, in den genannten Themenbereichen zielorientiert zu arbeiten bzw. sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Mit Blick auf die vorliegenden empirischen Daten und darauf fußenden Erkenntnissen gibt es derzeit keine Anhaltspunkte dafür, dass die grundlegende Struktur des Programms in Form seiner vier Handlungsbereiche (Kommune, Land, Bund, Modellprojekte), des Innovationsfonds und der Etablierung von unterstützenden Begleitprojekten eines Neuzuschnittes bedarf. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass bei einer weiteren Förderperiode das Verhältnis einzelner Bereiche zueinander nachjustiert sowie die Struktur des Programms punktuell weiterentwickelt werden könnte.

„Demokratie leben!“ ist auch in seiner 2. Förderphase ein komplexes und relativ stark binnendifferenziertes Programm, was mit deutlichen Herausforderungen verbunden ist. Die Aufgliederung des Programms in mehrere Teilbereiche trägt zum einen zwar dazu bei, diese Komplexität des Programms zu bewältigen. Zugleich erschwert es der Grad an Ausdifferenzierung im Programm den Akteur:innen in den einzelnen Teilbereichen aber, einen angemessenen Überblick über die Aktivitäten der jeweils für das eigene Handeln gegebenenfalls relevanten Entwicklungen und Akteur:innen in den anderen Teilbereichen zu gewinnen. Das kann sich im Sinne ungenutzter Synergiepotenziale hinderlich auf den fachlichen Austausch und die Kooperation der geförderten Akteur:innen auswirken. Außerdem kann dadurch die Handlungskoordination/ Governance im Programm zum Zwecke der Leistungssteigerung bzw. Erhöhung der Wirksamkeit des Programms sowie zur Vermeidung von Doppelstrukturen beeinträchtigt werden, weil die Komplexität des Programms dazu beiträgt, dass die koordinierenden Akteur:innen Komplementaritäten, Überlappungen, Lücken, Konkurrenzen oder Zuständigkeiten in der Bearbeitung der Programmenthemen als Informationsbasis für ihre Koordinierungsarbeit mit den verfügbaren Ressourcen nur bedingt identifizieren und ihr Handeln darauf einstellen können.

Eine Herausforderung für das Bundesprogramm DI! bleibt nach wie vor der Transfer von (neuem) Wissen und Erkenntnissen sowie von (weiter-)entwickelten Ansätzen und Strukturen in die Regelpraxis von Schule, Kinder- und Jugendhilfe oder in das System des Strafvollzugs. Die Schaffung von KNW/Z im HB Bund und dessen Verbindung mit den MP hat sich in dieser Hinsicht zwar bewährt. Dennoch bleibt die Frage nach einer stärkeren Kommunikation von Innovationen in die Regelpraxis und die Verzahnung des Programms mit den Regelsystemen aktuell und bearbeitungsbedürftig, etwa was die Weiterentwicklung struktureller Lösungen dafür angeht.

Als besondere Stärke des Programms erweist sich, dass es flexibel auf sich wandelnde gesellschaftliche Problemlagen und Gegebenheiten reagiert. Letzteres wird dadurch erreicht, dass das Bundesprogramm zum einen Programmstrukturen und Förderregularien in den HB Kommune, Land und Bund so angelegt hat, dass diese zeitnah auf sich ändernde Rahmenbedingungen respektive neue gesellschaftliche Herausforderungen reagieren können und zum anderen der Bundestag in der Vergangenheit bei Bedarf zusätzliche Mittel bewilligte, um drängende (neue) Themen

forciert zu bearbeiten und Zielgruppen neu oder anders zu adressieren. „Demokratie leben!“ ist dahingehend ein reaktionsfähiges Programm. Im HB der MP ist der Anpassungsspielraum der Projekte aufgrund ihres spezifischen Auftrages und des Förderverfahrens (Auswahl aufgrund eines als förderwürdig befundenen Innovationskonzeptes) sachlogisch begrenzt. Dort ist es das Förderinstrument des Innovationsfonds, das es ermöglicht, auch jenseits der jeweils auf fünf Jahre angelegten Modellprojektförderung kurzfristig entstandene Innovationsbedarfe aufzugreifen.

Insgesamt kommt die Gesamtevaluation in ihrer Halbzeitbilanz daher zu dem Schluss, dass „Demokratie leben!“ wesentliche Beiträge leistet, um die ehrenamtlich und berufsmäßig ausgeübte Arbeit v. a. zivilgesellschaftlicher Akteur:innen in der Innovationsproduktion, zur Unterstützung von Betroffenen und in der Distanzierung von demokratiefeindlichen Einstellungen/ Orientierungen sowie solcher Gruppierungen anzuregen und zu stärken. Das Programm trägt dazu bei, die Aktivitäten in den Themenfeldern des Bundesprogramms zu vernetzen und zu koordinieren und ermöglicht die weitere Professionalisierung von Fachpraxis. Insoweit existieren bereits jetzt starke Indizien für die Wirksamkeit des Bundesprogramms als Förderinstrument, auch wenn in einzelnen, auch strukturbezogenen Aspekten Weiterentwicklungsbedarf besteht. Die hier zur Halbzeit der Förderperiode getroffenen Aussagen werden am Ende der Laufzeit weiter empirisch überprüft und durch einen vertieften, gemeinschaftlichen Blick von WB und GE auf die Leistungen und Wirkungen des Programms aktualisiert und vervollständigt oder revidiert.

8 Empfehlungen

Die im folgenden vorgestellten Empfehlungen fokussieren gemäß einer Verabredung mit dem BMFSFJ als Zuwendungsgeberin für die Evaluation im Wesentlichen auf die mögliche Gestalt (Architektur bzw. Struktur) eines zukünftigen Bundesprogramms nach dem Ende der laufenden Förderperiode von „Demokratie leben!“. Angesichts dessen, dass das Bundesprogramm inzwischen, wie oben dargestellt, ein breites Spektrum an Themen zum Gegenstand hat, die als (nicht abgeschlossener) Kanon zukünftig in einem Demokratiefördergesetz (DFördG) kodifiziert sind und damit Themensetzungen präjudizieren, und eingedenk der Tatsache, dass das BMFSFJ mit dem Bundesprogramm politische Gestaltungsziele verfolgt, die sich der Natur der Sache gemäß nicht durchweg mit inhaltlichen Schwerpunktsetzungen decken müssen, die von Wissenschaft oder Fachpraxis artikuliert oder favorisiert werden, erklärt sich die GE zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu Fragen des zukünftigen konkreten thematischen Zuschnitts einer neuen Programmperiode. Dies sollte aus Sicht der GE in einem eigenen Prozess erfolgen (siehe dazu 8.3 Programmenthemen).

Die Empfehlungen basieren auf den bisherigen Erfahrungen und Analysen der GE in der Beobachtung und Evaluation zum einen der aktuellen Förderphase des Bundesprogramms und den entsprechenden, sowohl in der Halbzeitbilanz dargestellten empirischen Befunden der GE und der WB als auch darüber hinausreichende Einsichten in die Programmumsetzung, die nicht in den Zwischenbericht einfließen konnten. Zum anderen zieht die GE im Sinne impliziten Wissens auch Erkenntnisse heran, die sie bei der Begleitung der Vorläuferprogramme von „Demokratie leben!“ sowie dessen erster Förderphase gewonnen hat. Außerdem haben sich in den Empfehlungen Gedanken niedergeschlagen, die sich dazu im Austausch der GE mit den WB entwickelt haben.

Die hier gegebenen Empfehlungen der Gesamtevaluation stehen insofern unter Vorbehalt, als dass zum einen die konkreten Auswirkungen des DFördG auf die zukünftige Programmentwicklung momentan aus Sicht der GE noch nicht abzuschätzen sind. Zum anderen stehen die spezifischen Empfehlungen der WB zu den von ihnen begleiteten HB/HF noch aus, die einzelne der hier vorgestellten Empfehlungen gegebenenfalls relativieren oder in neuem Licht erscheinen lassen und daher eine Anpassung nötig machen. Insofern versteht die GE die nachfolgenden Empfehlungen als erste Anregung für die partizipations- und deliberationsorientierte Planung einer zukünftigen Programmperiode unter Beteiligung relevanter Stakeholder (siehe dazu 8.3 Programmenthemen).

Praktische Ableitungen aus den programmarchitekturbezogenen Empfehlungen der GE sollten daher vor ihrer konkreten Umsetzung auf Implikationen geprüft werden, die sich nicht nur aus dem DFördG ergeben, sondern auch aus den Wissensbeständen und Empfehlungen der WB.

Die Empfehlungen der GE haben die Funktion, im Interesse einer optimalen Programmzielerreichung/-wirksamkeit in dem dann gegebenen rechtlichen und inhaltlichen Rahmen zu folgenden Entwicklungen beizutragen:

- Erleichterung der Identifikation von Synergiepotenzialen (v. a. Ressourcenbündelung, Abstimmung) und Erzeugung von Synergieeffekten durch
 - Sicherstellung der Kohärenz der in einem Programm geförderten Maßnahmen,
 - Anregung und strukturelle sowie ressourcenbezogene Absicherung von bedarfs- bzw. nutzenorientierter Kooperation zwischen geförderten Projekten,
 - Verbesserung der Koordination/ Governance im Programm v. a. auf der Bundes- und Landesebene,
- Förderung des Transfers von Wissen und Können im Sinne der Nachhaltigkeit von Programmförderung sowie
- Förderung der inhaltlichen/ fachlichen Begleitung des Bundesprogramms für die kontinuierliche, partizipative Programmentwicklung nach demokratischen Prinzipien.

Die GE hat dazu Empfehlungen zu folgenden Themen formuliert:

1. Programmstruktur,
2. Programmentwicklung/ Programmbeschreibung,
3. Programmenthemen,
4. Programmbegleitung,
5. Regelung der Bund-Länder-Zusammenarbeit sowie
6. ausgewählte Einzelaspekte (Innovationsproduktion, Berücksichtigung von Querschnittsthemen, Kooperation, Transfer und Bedarfsmonitoring).

8.1 Empfehlungen zur Programmstruktur

Die GE hat in der Evaluation des Programms keine Anhaltspunkte gefunden, die zwingend auf einen Neuzuschnitt der Grundanlage/ Struktur des Bundesprogramms hindeuten. Folgt man der bisherigen Konstruktionslogik von „Demokratie leben!“ a) Gliederung in HB entsprechend spezifischer Programmfunktionen⁷¹ und der föderalen Gestalt der Bundesrepublik sowie b) Abbildung des inhaltlichen Dreiklangs DF, VG und EP in den HF der Modellprojekte ergeben sich aus Sicht der GE für die Programmstruktur vor dem Hintergrund des oben beschriebenen Charakters des Programms (multithematisch, -modal und -zentrisch) und der damit einhergehenden Herausforderungen für die Kooperation und Koordination im Programm verschiedene Modifikationsmöglichkeiten.

⁷¹ Das sind „Förderung von demokratischem Basis- bzw. Breiten-Engagement“ (HB Kommune), „Hilfe für Gewaltbetroffene und in der Auseinandersetzung mit GMF und Demokratiefeindlichkeit sowie Ausstiegs-/ Deradikalisierungsarbeit“ und „landesweite Vernetzung“ (HB Land) sowie „Innovationsproduktion“, „Ergebnis-/ Erkenntnistransfer“ und „fachliche Unterstützung/ Qualifizierung“ (HB Bund, HB MP, Innovationsfonds, Begleitprojekte etc.).

Hierfür schlägt sie zwei alternative Modelle vor. Ein Modell geht von der Integration aller zur Fortsetzung/ Wiederauflage vorgesehenen Funktionsbereiche des derzeitigen Programms in einem (Gesamt)Programm (1) aus. Das zweite Modell schlägt die Aufgliederung des Gesamtprogramms in mehrere eigenständige (Teil)Programme vor (2).

Modell 1:

Innerhalb des Programms werden (erneut) drei Programmbereiche eingerichtet bzw. beibehalten, die zum einen die föderale Struktur und Kompetenzbereiche von Bund, Ländern und Kommunen abbilden und zum anderen den oben genannten Funktionsbereichen entsprechen: einen Bereich „Bund“, einen Bereich „Länder“ und einen Bereich „Kommunen“ (siehe dazu auch die Abb. 14). Die Bereiche erfassen jeweils die im Programm – über die föderalen Ebenen hinweg – bearbeiteten Themen (siehe dazu 8.3) wobei für einzelne Ebenen Themenschwerpunkte formuliert werden können bzw. sich aus dem jeweiligen Funktionsbereich ergeben. „Bund“, „Land“ und „Kommunen“ stellen hierbei das jeweilige Bezugssystem (den Handlungsrahmen) und die jeweils maßgebliche Ebene der Governance (Koordination) für die in den einzelnen Programmbereichen geförderten Projekte/ Maßnahmen dar.

Modell 2:

Alternativ zu diesem „integrierten“ Modell kann das BMFSFJ angesichts des multithematischen, multimodalen und multizentrischen Mehrebenencharakters des bisherigen Programms erwägen, das Programm nicht als Ganzes fortzuführen, sondern die beschriebenen Teilbereiche als eigenständige Einzelprogramme auszuweisen, die unter einem gemeinsamen thematischen Dach geführt werden.⁷² Eine Aufgliederung der Programmaktivitäten entsprechend der derzeitigen übergeordneten Themen (DF, VG, EP) hält die GE aufgrund der im Zwischenbericht dargestellten Verwobenheit der Themen in der Praxis und ihrer konzeptionellen Bezüge zueinander für nicht empfehlenswert.

Die Strukturierung eines Dachprogramms in (Teil-)Programme entlang von Funktionsbereichen/ föderalen Ebenen könnte u. a. dazu beitragen, dass die Arbeitsfelder und spezifischen Leistungen der einzelnen (Teil-)Programme eine höhere Sichtbarkeit erreichen und sich Anforderungen an die Kooperation und Koordination (Governance) innerhalb der einzelnen (Teil-)Programme besser bewältigen lassen, als das in einem Gesamtgefüge aller Teilprogramme der Fall ist. Darüber hinaus ermöglicht eine aufgegliederte Programmstruktur ggf. eine höhere Flexibilität in der Programmfortentwicklung/ -anpassung (z. B. Formulierung unterschiedlicher Projektlaufzeiten oder Fördervoraussetzungen) sowie eine optimale Anschlussfähigkeit der Programmaktivitäten an die verschiedenen Strategien und Aktionsprogramme der Bundesregierung zu einzelnen der im Bundesprogramm verhandelten Themen (z. B. Queeres Leben, Antisemitismus).

⁷² Als Beispiel sei hier das Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit seinen beiden (Teil)Programmen CIVITAS und entimon genannt.

In einer solchen Programmstruktur sollte die Programmsteuerung der Aufgabe eine besondere Aufmerksamkeit widmen, inhaltliche und anderweitige (fachliche/ strukturelle) Bezüge zwischen den einzelnen (Teil-)Programmen bewusst im Blick zu behalten bzw. herzustellen.

Dazu könnten beispielsweise zwischen den (Teil-)Programmen strukturelle Brücken insoweit geschaffen werden, wie die LDZ in einem Programm „Land“ weiterhin als Ansprechstellen für fachliche Fragen und die landesweite Vernetzung von PfD fungieren, Modellprojekte gezielt zur Lösung von Problemen auf der kommunalen Ebene und/oder in der Beratungsarbeit etabliert werden und Träger der bundeszentralen Infrastruktur(en) bedarfsorientiert Unterstützung in Fragen des Wissens-transfers sowie der Qualifizierung/ Professionalisierung leisten.

Je nach Ausgestaltung der Rechtsgrundlage für die Förderung (DFördG) ist auch eine Zwei-(Teil)Programm-Lösung vorstellbar: ein (Teil)Programm „Bund“ und ein (Teil)Programm „Länder und Kommunen“. Letzteres mit je einem Programmbe-reich a) „Förderung von demokratischem Basis- bzw. Breiten-Engagement“ (gegenwärtig HB Kommune) sowie b) „Hilfe für Gewaltbetroffene und in der Auseinander-setzung mit politischem Extremismus, GMF und Demokratiefeindlichkeit sowie Ausstiegs-/ Deradikalisierungsarbeit“ und „landesweite Vernetzung“ (gegenwärtig HB Land). Dabei sollte sichergestellt sein, dass in einem gemeinsamen Programm „Länder und Kommunen“ die Handlungs- und Entscheidungsautonomie der kom-munalen Akteur:innen gewährleistet ist.

Einen Überblick über die Programmstruktur liefert die nachfolgende Abbildung 14. An diese schließt sich eine kurze Beschreibung der einzelnen Programmbestandteile respektive (Teil)Programme an.

Abb. 14: Schematische Darstellung einer zukünftigen Programmstruktur



Quelle: Eigene Darstellung GE

Der **Bereich Bund** gliedert sich im vorgeschlagenen Modell in zwei Teilbereiche: einen *Teilbereich „bundeszentrale Infrastrukturen“* und einen *Teilbereich „Innovation“*.

Der *Teilbereich „bundeszentrale Infrastrukturen“* repräsentiert das Äquivalent zu den auf den Ebenen „Kommune“ und „Land“ etablierten Strukturen der Beratung, Vernetzung und Koordinierung, die – empirisch betrachtet – bereits heute auf relative Dauer gestellt sind. In dem (Teil-)Bereich würden Träger gefördert werden, die bundeszentrale Aufgaben im Themenspektrum des Bundesprogramms übernehmen.⁷³ Er könnte hinsichtlich seiner Struktur und Funktion analog zu den bundeszentralen Infrastrukturen ausgestaltet werden. Beispielgebend sind hier aus Sicht der GE die Richtlinien zum Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP). Dies würde zum einen die entsprechenden Maßnahmen in einem Strukturbereich bündeln, was u. a. zu höherer Übersichtlichkeit und einer optimierten Gesamtkoordination der Erledigung bundeszentraler Aufgaben beitragen könnte, inkl. der Abgrenzung etwa zu Maßnahmen im Aufgabenbereich des BMI (z. B. der Bundeszentrale für politische Bildung oder des KJP). Ein gesonderter Förderbereich von Begleitprojekten könnte hierdurch obsolet werden, da die entsprechenden Unterstützungsleistungen aus den Infrastrukturen heraus erbracht würden. Zugleich könnte die Förderung von Aktivitäten der BAG und von Bundesverbänden an einem Ort gebündelt werden.

Sofern der in der aktuellen Förderphase geschaffene HB Bund im Sinne bundeszentraler Infrastrukturen weiterentwickelt werden soll, wäre es vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Übergang von der 1. zur 2. Förderphase zweckdienlich, mit den dort geförderten Trägern so bald wie möglich in der aktuellen Förderphase entsprechende Übergangs- bzw. Transformationsprozesse dialogisch zu entwerfen, zu vereinbaren und zu beginnen. Dasselbe betrifft Träger anderer Programmbereiche, sofern hier weitreichende Strukturänderungen vorgesehen sind.

In einem zweiten *Teilbereich „Innovation“* könnte das BMFSFJ Modellprojekte mit bundeszentraler Bedeutung fördern, die neue Arbeitsansätze sowie Arbeits- und Organisationsstrukturen im Themenspektrum des Programms entwickeln und erproben. Zur immateriellen Förderung der Innovationsproduktion wird empfohlen, dass das BMFSFJ/ BAFzA auch zukünftig unterstützende Angebote in Form von Weiterbildung, individueller Begleitung (Coaching/ Supervision u. ä.) sowie bedarfsorientierter Vernetzung entweder selbst bereitstellen oder solche Aufgaben ausdrücklich den Trägern im Teilbereich der bundeszentralen Infrastrukturen übertragen. Aufgaben des Transfers von Ergebnissen der Innovationsproduktion bzw. dessen Unterstützung können – unbeschadet der Aktivitäten der Modellprojekte selbst – sowohl im Bereich der bundeszentralen Infrastrukturen als auch durch speziell dafür geschaffenen Strukturen (z. B. Transfer-Agenturen) übernommen werden.

Aus Sicht der WB im HB MP und der GE können Modellprojekte ihre Funktion der Innovationsproduktion besonders dann wirkungsvoll erfüllen, wenn sie längerfristig, derzeit auf maximal fünf (im Themenfeld Strafvollzug insgesamt sieben) Jahre, angelegt sind. Das eröffnet ihnen die Möglichkeit, ihre Aktivitäten inhaltlich

⁷³ Aus dem Spektrum der gegenwärtig in DI! geförderten Träger betrifft das die Gruppe der KNW/Z-Träger, der einschlägigen Bundesverbände und BAG sowie Träger bundeszentraler Begleitprojekte.

und methodisch konzeptionell sorgfältig zu entwickeln und ihr Konzept entsprechend ihrer Erprobungspraxis kontinuierlich zu reflektieren und anzupassen. Darüber hinaus zeigen Befunde der GE und von WB zur 1. Förderphase von DI, dass bei einer längeren Projektlaufzeit auch der Transfer von Innovationen in das Regelsystem v. a. der KJH im Programmkontext im Vergleich zu kürzer laufenden Projekten häufiger gelingt.

Die Ergebnisse der WB der Innovationsproduktion zeigen, dass es neben langlaufenden Projekten (fünf bis sieben Jahre) sinnvoll sein kann, für eine zielgerichtete Bearbeitung eng umrissener Problemstellungen für die Innovationsproduktion (einzelne Arbeitsmethoden, Zugänge zu spezifischen Zielgruppen, spezielle Handlungsräume) gegenstandsbezogen auch kürzere Laufzeiten von Projekten der Innovationsproduktion (zwei bis drei Jahre) zu erwägen.

Darüber hinaus könnte das BMFSFJ erwägen, den Prozess der Konzeptentwicklung für die Innovationsproduktion gezielt zu fördern, um entweder bisher nicht in einem Bundesprogramm geförderte, programmunerfahrene Träger dabei zu unterstützen, „Programmreife“ im Sinne der Fähigkeit zu erlangen, die inhaltlichen und verwaltungsseitigen Anforderungen an Bundes-Modellprojekte zu erfüllen oder ressourcenarmen Trägern eine gezielte Konzeptentwicklung neben ihrer Regeltätigkeit zu ermöglichen.

Die Projekte sollten zur Sicherung des Fach- und Erfahrungsaustauschs weiterhin nach Themenfeldern und/ oder Angebotsspezifika⁷⁴ strukturiert (geclustert) werden. Zusätzlich empfiehlt die GE die Einrichtung eines Clusters für Modellprojekte, die sich ausdrücklich der Lösung von Handlungsproblemen in den (Teil-)Programmen Land und Kommune widmen. Die GE sieht hier einen möglichen Strukturbeitrag des Programms dafür, dass MP-Ergebnisse unmittelbar in die entsprechenden Arbeitsfelder eingespeist und dort handlungswirksam werden können.

Konkrete erste Empfehlungen zum inhaltlichen Zuschnitt von MP-Clustern können die WB der MP auf der Basis ihrer Befunde im laufenden Programm abgeben sowie im Prozess der Findung neuer Programmenthemen formuliert werden.

Sofern der rechtliche Rahmen es ermöglicht, könnte das BMFSFJ für die Förderung von Modellprojekten i. Ü. ein „rollierendes Programm“ auflegen, in dem Projekte jährlich oder in einem anderen Turnus zur Förderung mit flexiblen Laufzeiten ausgeschrieben werden. Denkbar ist hierbei auch eine mehrstufige Förderung, entsprechend der konkreten Zielstellungen der eingereichten Projekte (Konzeptentwicklung; fokussierte Innovationsproduktion; Transfer und Skalierung von Projektergebnissen). Eine Weiterförderung könnte daran geknüpft werden, dass die jeweilige Projektphase positiv extern evaluiert worden ist, z. B. im Rahmen von wissenschaftlicher Begleitung.

74 Zum Beispiel Arbeit mit besonderen Zielgruppen, wie sogenannte „schwer Erreichbare“, körperlich, seelisch oder geistig beeinträchtigte Menschen oder von Gewalt und Diskriminierung Betroffene, in ausgewählten Handlungsräumen, wie ländliche, strukturschwache, virtuelle Räume, oder Arbeit zu bestimmten gesellschaftlichen Problemen, wie Antifeminismus, Politik(er:innen)-Distanz, Demokratiemüdigkeit, oder Kombination von Arbeitsfeldern, wie politischer mit kultureller Bildung.

Für alle Projekte oder ausgewählte, kleinere Gruppen von Projekten (Cluster) sollte innerhalb ihrer Laufzeit eine wissenschaftliche Begleitung vorgesehen werden. Diese sollte sich sowohl mit Fragen der Innovationsproduktion als auch mit Fragen des Transfers der Neuentwicklungen befassen.

Als Signal für die geforderte Verlässlichkeit der Förderung über die gesamte Programmlaufzeit, die die im Programmkontext tätigen Akteur:innen immer wieder fordern, könnten förderrechtlich vertretbare Lösungen (z. B. Vermittlung und Verbürgung von Darlehen) entwickelt werden, um auch MP, die die zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung eines Förderbescheids über die gesamte Programmlaufzeit insbesondere wegen ausstehender Kofinanzierungszusagen nicht ad hoc erfüllen können, Fördersicherheit für den Gesamtzeitraum zu geben. Hierdurch würde nicht zuletzt den in den Projekten tätigen Fachkräften Planungssicherheit gegeben und die Chance erhöht, trotz Fachkräftemangels entsprechend qualifiziertes Personal zu rekrutieren und vor allem zu binden.

Der **Bereich Land** bleibt in seiner jetzigen Form mit den Beratungsangeboten und den Landeskoordinierungsstellen (LKS)/Landes-Demokratiezentren (LDZ) erhalten. Er könnte um die Projekte im Strafvollzug und Bewährungshilfe ergänzt werden, die derzeit im HF der MP Extremismusprävention gefördert werden, sofern das BMFSFJ deren Weiterförderung aus Bundesmitteln in Betracht zieht. Zum einen ist das Arbeitsfeld des Strafvollzugs seit der Föderalismusreform Ländersache und die Zuständigkeit hinsichtlich der Projektdurchführung sowie deren Zugänge in die Anstalten obliegt den Landesjustizministerien, kriminologischen Diensten und Haftanstalten. Zum anderen scheint sich für die betreffenden (Modell)Projekte aufgrund ihrer Spezifik eine Institutionalisierung als eigene Regelpraxis, analog etwa zu Angeboten der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit, anzubieten, zumal hier einige inhaltliche Schnittmengen existieren. Das schließt nicht aus, dass im Einzelfall neue Projekte im Strafvollzug/ in der Bewährungshilfe in der Innovationsproduktion (Programmbereich Bund) gefördert werden. Bei einer möglichen Integration der betreffenden Projekte in den Bereich Land sollte darauf geachtet werden, dass daraus den dort bereits jetzt beheimateten Angeboten und Koordinierungsstellen keine Nachteile entstehen. Zudem sollte eine Änderung ihres Platzes in der Programmstruktur rechtzeitig mit den betreffenden Projekten besprochen werden.

Der **Bereich Kommune** behält ebenfalls seine Grundausrichtung. Der Förderbereich der Pfd bleibt erhalten und wird weiterentwickelt. Dies sollte in Abstimmung mit den Bundesländern geschehen, um in konzertierter Art und Weise auf überregionale Bedarfe und Entwicklungen in den Ländern reagieren zu können. Die Weiterentwicklung könnte u. a., wie bereits angerissen, die gezielte Verzahnung von unbewältigten lokalen Problemlagen und Innovationsproduktion (im Sinne der Entwicklung und Erprobung entsprechender Problemlösungen) zum Gegenstand haben. Ebenfalls könnte gezielt die Verzahnung von Pfd mit Maßnahmen der Kommunen zur Verbesserung ihres datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements sowie beim Auf- und Ausbau von analog-digital vernetzten und thematisch vertieften Bildungslandschaften (insbesondere in „Bildungskommunen“, www.transferinitiative.de) gefördert werden. Hierin könnte eine Möglichkeit liegen, die im Rahmen des Bundesprogramms umgesetzten Maßnahmen stärker an lokale und regionale

Bedarfe anzupassen sowie den Transfer von Innovationen zu erleichtern und systematischer zu gestalten.

Zukünftig könnte das BMFSFJ/ BAFzA die Pfd auch weiterhin dabei unterstützen, auf länderübergreifend bestehende Problemlagen/ Herausforderungen adäquat zu reagieren. Das beinhaltet u. a., dass eine verstärkte überregionale Zusammenarbeit zwischen Pfd gesondert gefördert wird, in denen die gleichen (antidemokratischen) oder gleichartige Akteur:innen handeln, in denen ähnliche strukturelle Bedingungen (z. B. ländlicher, strukturschwacher Raum) die Aktivitäten der Zivilgesellschaft beeinflussen können oder in denen schwerpunktmäßig bestimmte Themen des Bundesprogramms verstärkt bearbeitet werden sollen.

Denkbar ist dabei auch, dass Kooperationsprojekte von Pfd zusätzlich gefördert werden, um außerhalb einer Modellprojektförderung gemeinsame, modellhafte Strategien im Umgang mit gemeinsam geteilten Problemlagen zu entwickeln und zu erproben. Zur fachlichen Unterstützung der Pfd sollten Bund und Bundesländer weiterhin bedarfsorientiert Angebote der Weiterbildung, der individuellen Begleitung (Coaching/ Supervision u. ä.) sowie des themen- und regionsbezogenen Fachausbaus und Gelegenheiten für die überregionale Vernetzung bereitstellen.

Unbeschadet der konkreten Programmstruktur haben die Befunde der GE und WB gezeigt, dass bisher zahlreiche geförderte Akteur:innen über HB/HF-Grenzen hinweg Zielgruppen, Angebotsformen, methodische Zugänge, bearbeitete Themen und fachliche Probleme teilen. Das ist auch für die Zukunft zu erwarten. Hier bestehen Synergiepotenziale. Zugleich beklagen Aktive einen Mangel an Ressourcen zur Identifikation relevanter Austausch- und Kooperationspartner:innen sowie die Pflege entsprechender Beziehungen.

Vor diesem Hintergrund könnte es hilfreich sein, im Sinne einer systematischen Bedarfsermittlung ausgewählte koordinierende/ vernetzende Akteur:innen damit zu betrauen, empirisch gestützt Felder/ Themen von bedarfsorientierter, Nutzen versprechender Kooperation zu identifizieren bzw. zu monitoren und Kooperationen gezielt anzuregen sowie die für die entsprechenden Kooperationen, deren Anbahnung sowie Aufrechterhaltung notwendigen Ressourcen, wie – nach Informationen des BAFzA – in der aktuellen Förderphase bereits möglich, zu budgetieren.

Die Ergebnisse der Bedarfsermittlungen und darauf aufbauende Identifikation der Kooperationsfelder sowie die Formulierung entsprechender Kooperationsziele könnte im Zusammenwirken der koordinierenden/ vernetzenden Akteur:innen und der Wissenschaftlichen Begleitung der Projekte/ (Teil-)Programme erfolgen.

8.2 Empfehlungen zur Programmentwicklung/ Programmbeschreibung

Für das Bundesprogramm existierte zu Beginn der 2. Förderphase jenseits der Förderrichtlinie „Demokratie leben!“ nach Einschätzung der GE keine a priori öffentlich verfügbare detaillierte Beschreibung des Gesamtprogramms, einschließlich seiner Teilbereiche, in dem die gesellschaftlichen Herausforderungen, auf die mit dem

Programm reagiert werden soll, und daraus abgeleitete Handlungsbedarfe, angestrebte Ziele, adressierte Zielgruppen, erwünschte Wirkungen sowie die begrifflichen Grundlagen des Programms und seine Strukturelemente kohärent und transparent für Dritte dargestellt und erläutert sind, das heißt formuliert ist, auf welchem Weg und durch wen welche Programmziele erreicht werden sollen.⁷⁵ Vielmehr haben BMFSFJ/ BAFzA für jedes Programmelement (HB/ HF, Begleitprojekte, WB) spezifische Fördergrundsätze im Sinne von Verwaltungsvorschriften formuliert.

Die am Programm interessierten oder dort geförderten Akteur:innen (und die WB) standen in diesem Zusammenhang u. a. vor der Aufgabe, die zentralen handlungsleitenden Ziele des Gesamtprogramms und der für sie relevanten Bereiche erst aus verschiedenen Quellen erschließen zu müssen, um sie dann selbst und unabhängig von den anderen Akteur:innen zu schärfen und zu operationalisieren. Mit der wachsenden Heterogenität der geförderten Projekte nimmt die Maßnahmenkohärenz ab. Das führt letztlich dazu, dass die im Programm angelegten Synergiepotenziale nur teilweise identifiziert und erschlossen werden können. Das Gesamtprogramm als solches, im Sinne eines kohärenten Maßnahmebündels, wurde durch die GE und WB a posteriori erst konstruiert.

Als Grundlage für eine programmkonforme, aufeinander abgestimmte Implementation und Steuerung/ Koordinierung sowie Evaluation eines zukünftigen Programms wird empfohlen, vor Beginn einer neuen Förderphase eine kohärente Programmbeschreibung zu erstellen, in der die Grundstruktur des Programms, seine inhaltlichen Schwerpunkte, Ziele, Zielgruppen und die Wirkungserwartungen für die wesentlichen Programmebenen (Gesamt- bzw. Teil-Programm- und Projektebene) entsprechend der jeweils aktuellen Bedarfe und mit ihm verfolgten politischen Ziele formuliert werden. Die Offenheit für Weiterentwicklungen innerhalb des Programms sowie für Anpassungen an neue (gesellschaftliche) Entwicklungen sollte dabei gewährleistet werden.

Vor dem Hintergrund des Anliegens der Demokratiestärkung ist es empfehlenswert, demokratische Prinzipien wie Partizipation und Transparenz als Grundanforderungen in der Programmformulierung selbst zu berücksichtigen und entsprechende Verfahren für die Programmfortschreibung/-weiterentwicklung in der Programmbeschreibung festzuschreiben.

Das Programm und seine Beschreibung sollten außerdem eine kontinuierliche Programmbegleitung durch einen Beirat sowie die Evaluation/ Wissenschaftliche Begleitung des Programms (bzw. der Programme) vorsehen.

Die Formulierung des Programms und seine Beschreibung könnte durch eine Programmkommission erfolgen, die durch das BMFSFJ berufen wird und sich mindestens aus Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft (inklusive WB) und der Ministerialverwaltung (v. a. BMFSFJ, BMI) zusammensetzt. Ein Programmentwurf könnte – im Sinne von Mitwirkung – auf einer Programmkonferenz vorgestellt und diskutiert werden.

⁷⁵ Bereits seit den 1980er Jahren betrachtet die politik- und verwaltungswissenschaftliche Implementationsforschung die genannten Merkmale als für politische Programme konstitutiv.

Eine Entscheidung für mehrere (Teil-)Programme würde sich in der Formulierung von mehreren Programmen und deren Beschreibung niederschlagen. Diese könnten durch eine Beschreibung gemeinsamer Themen und Ziele als „Dach“ gerahmt werden.

8.3 Empfehlungen zu Programmenthemen/-inhalten

Die Ermittlung des inhaltlichen Rahmens der jeweiligen Programmperiode und die daraus resultierenden Förderbedarfe ergeben sich aus

- dem Demokratiefördergesetz (DFördG) und der Bundeshaushaltsordnung (gesetzlicher Rahmen),
- den politischen Zielen der jeweiligen Bundesregierung (Regierungsprogramm, Koalitionsvertrag, Kabinettsausschussbeschlüsse) und Aufträgen des Bundestages (Entschließungen, Ausschussempfehlungen) sowie
- einem Prozess der Identifikation von Themen, Förderbedarfen und aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, auf die reagiert werden soll, unter Beteiligung von Wissenschaft – einschließlich der WB – und Zivilgesellschaft, zunächst im Rahmen der Formulierung eines Programmentextes, nach Start des Programms im Rahmen der Programmbegleitung durch den Beirat (siehe 8.2 und 8.4).

Der Prozess der Themenfindung könnte u. a. durch gezielte empirische Bedarfserhebungen z. B. bei Fachverbänden o. ä. unterstützt werden.

8.4 Empfehlungen zum Begleitgremium (Programmbeirat)

Es könnte vorgesehen werden, die Umsetzung des Programms kontinuierlich durch einen Beirat begleiten zu lassen, der mindestens einmal pro Legislaturperiode sowie bei Bedarf das Programm unter Hinzuziehung von Erkenntnissen aus der Evaluation/ wissenschaftlichen Begleitung auf Anpassungsbedarfe hin überprüft und gegebenenfalls Anpassungen vorschlägt sowie das BMFSFJ/ BAFzA im Zusammenwirken mit den WB des Programms/ der Programme in der Programmumsetzung berät.

Die Arbeit des Begleitgremiums kann – Ergebnissen der Transferforschung zufolge – auch dazu beitragen, den Transfer von Programmerträgen in die in dem Gremium vertretenen Regelsysteme zu fördern.

Der Beirat sollte sich aus Vertreter:innen insbesondere zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Wissenschaft, der kommunalen Spitzenverbände, der Wohlfahrtsverbände sowie der in die Programmumsetzung involvierten Ministerien zusammensetzen. Er könnte durch die Hausleitung des BMFSFJ berufen werden und sollte sich eine Geschäftsordnung geben. Die vorgeschlagene Programmkommission könnte einen Vorläufer des Beirats darstellen, der dann um weitere Mitglieder ergänzt würde.

Die Formulierung von Anpassungsbedarfen würde sich neben den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Programmbegleitung auch auf weitere empirische Befunde stützen, die u. a. durch eine regelmäßige systematische empirische Bedarfsermittlung z. B. bei Fachverbänden o. ä. erhoben werden können.

8.5 Empfehlungen zur Bund-Länder-Vereinbarung

In „Demokratie leben!“ fördert das BMFSFJ Projektaktivitäten im Feld der Erziehung, Bildung und Beratung, die die Kompetenzbereiche der Bundesländer und Kommunen betreffen. Bisher fehlt hier jenseits langjährig gelebter Praxis eine verbindliche Regelung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern, obwohl die Bundesländer in erheblichem Umfang Kofinanzierungsmittel für die Programmumsetzung bereitstellen. Der bisher vorliegende Entwurf eines DFördG regelt die Frage einer verbindlichen Bund-Länder-Kooperation ebenfalls nicht. Die Kooperation des Bundes mit den Bundesländern im Bereich Land sollte, der gelebten Kooperationspraxis entsprechend, auf eine verlässliche, transparente rechtliche Grundlage gestellt werden. In der ersten Förderphase von „Demokratie leben!“ hat es im Handlungsbereich Land dazu Vorarbeiten gegeben. Das BMFSFJ könnte entsprechende Überlegungen wieder aufgreifen.

Sofern zweckdienlich und im Rahmen der Wahrung des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung möglich, könnte im Zusammenhang mit einer Mehr-Programmlösung – wie erwähnt – auch die finanzielle Förderung der Pfd zukünftig über die Länder erfolgen. Damit könnte aus Sicht der GE der in DI! eingeschlagene Entwicklungsweg fortgesetzt werden, die inhaltliche Kooperation von Pfd und LDZ zu stärken. Bereits in der aktuellen Förderphase sollen die LDZ laut Fördergrundsätze für die Pfd beispielsweise als erster Ansprechpartner in inhaltlichen Fragen und bei Bedrohungslagen fungieren.

8.6 Empfehlungen zu ausgewählten Einzelaspekten

Förderung von Querschnittsthemen durch Einrichtung spezieller Themenfelder

Unbeschadet der Tatsache, dass die Identifikation und Festlegung der Themen für ein zukünftiges Programm einer Programmkommission und einem Beirat obliegen, hat die GE im laufenden Programm einige Themen identifiziert, die als Querschnittsthemen im Programm berücksichtigt und deren Bearbeitung durch geeignete Verfahren oder Strukturen untersetzt werden sollten.

Ziel dieser Verfahren und Strukturen wäre es, Aktivitäten zu den Querschnittsthemen in verschiedenen Programmbereichen oder Programmen zu monitoren, den Fachaustausch dazu anzuregen sowie den im Programm geförderten Projekten diesbezüglich Entwicklungsimpulse zu verleihen. Darüber hinaus können sie für das BMSFSJ/ BAFzA die Funktion als Bedarfsanzeiger für die Einrichtung von speziellen Förderlinien im Bereich der Innovationslabore oder MP übernehmen. Bisher

identifizierte Querschnittsthemen sind u. a. Digitalisierung und der Themenkomplex Gender Mainstreaming, Diversity Mainstreaming und Inklusion, mit einem erweiterten Fokus auf Inklusion, da dieses Thema bisher im Programm wenig beachtet wird. Aus den Querschnittsthemen heraus können – wie bereits in der jetzigen Programmperiode – neue Projekte zur Innovationsproduktion entstehen.

Transfer und Bedarfsmonitoring

a) Website „Demokratie leben!“ und Vielfalt-Mediathek

Die der GE vorliegenden Daten machen deutlich, dass die Plattform „Demokratie leben!“, aber auch die Vielfalt-Mediathek beim IDA e.V. für die Programmgeförderten für die Anbahnung von Kooperation und den Transfer von Projektergebnissen/-erfahrungen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen.

Die GE empfiehlt daher, das Transfer-, Vernetzungs- und Informationspotenzial der Website „Demokratie leben!“ dadurch zu stärken, sie als intelligente, übersichtliche und benutzungsfreundliche Plattform für Vernetzungen (innerhalb und außerhalb des Programms), Transfer, Veranstaltungs- und Informationshinweise sowie Wissensvermittlung auszubauen und technisch entsprechend der verfügbaren Möglichkeiten weiterzuentwickeln, so dass die Website einerseits für die Programmpartner:innen als auch für die Zielgruppen und die Öffentlichkeit einen optimalen Nutzen stiftet. Ebenso sollten Maßnahmen ergriffen werden, die die Vielfalt-Mediathek und ihre Potenziale gezielt und bedarfsgerecht besser bekannt machen (z. B. regelmäßige Informationen, Schulungen für die Praktiker:innen in DI! zur Mediathek, Präsentation auf Fachkongressen, Messen etc.).

b) Transfer in die Regelpraxis

Die Erfahrungen der GE, aber auch die Befassungen der WB zeigen, entsprechende Befunde der Transferforschung bestätigend, dass der Transfer von Innovationen in die Regelpraxis kein per se selbstläufiger Prozess ist.

Die GE empfiehlt daher, die Aufgabe des Transfers entweder strukturell zu verankern, etwa über (eine) spezielle Transfer-Agentur(en)“ in „Demokratie leben!“, oder den Transfer als spezifischen Aufgabenbereich der Träger der bundeszentralen Infrastruktur und/ oder der WB auszuweisen und dadurch zu stärken.

Für die praktische Ausgestaltung von „Transfer-Agenturen“ existieren auf der Bundesebene mehrere Praxisbeispiele, die hier (teilweise) als Blaupausen bzw. Anregung dienen können (z. B. die neue „Deutsche Agentur für Transfer und Innovation“ (DATI) oder die Transferagenturen unter www.transferinitiative.de). Die Aufgabe der Agentur(en) wäre es, v. a. Modelle und Praxiserfahrungen zu sichten, mit Praktikerinnen und Praktikern für den Transfer aufzubereiten, Innovationen zu kommunizieren sowie die Bildung von beispielsweise Transfernetzwerken anzuregen oder solche zu unterstützen. Außerdem könnte(n) die Agentur(en) Fachkräfte in der angepassten Übernahme von Modellen selbst beraten oder, im Sinne einer Lotsenfunktion, die Fachkräfte an Themen- oder Methodenspezialist:innen vermitteln, wie sie sich gegenwärtig z. B. in den KNW/Z, aber auch in aktuell geförderten oder ehemaligen MP finden lassen.

Um den Transfer von Innovationen darüber hinaus zu unterstützen, könnte zum einen das Bundesprogramm oder das entsprechende Teil-Programm gezielt Maßnahmen zur Bekanntmachung von Innovationen in den relevanten Regelsystemen unternehmen. Dazu könnte, neben der Organisation von Fachveranstaltungen oder der Pflege einer entsprechenden Plattform (s. u.) auch zählen, regelmäßig wettbewerbsförmig Innovationspreise auszuloben.

Außerdem zeigen Praxiserfahrungen und Ergebnisse der Transferforschung, dass die Einrichtung spezifischer Gremien hilfreich sein kann, die den Transfer in Regelsysteme fördern. Naheliegend ist hierbei eine Unterteilung in Gremien mit einerseits „Entscheider:innen“ und andererseits mit Praktiker:innen. Eine solche Trennung hat sich auch im aktuellen Bundesprogramm bewährt⁷⁶, um Wissen und Erfahrungen aus dem Programm in Regelpraxis zu diffundieren/ zu verbreiten.

c) Bedarfsmonitoring

Um Innovationsbedarfe und zukünftige Innovationsfelder der Praxis systematisch zu erfassen bzw. zu prognostizieren, ist ein wiederkehrendes, wissenschaftlich begleitetes Monitoring empfehlenswert, welches durch gezielte Forschungs- und Prognoseprojekte ergänzt werden sollte. Näheres zur Ausgestaltung von Monitoring und (prognoseorientierter) Forschung sollte zu einem späteren Zeitpunkt zusammen mit den Überlegungen zur Ausgestaltung eines möglichen Evaluationsverbundes für eine Programmphase nach dem Jahr 2024 geklärt werden. Dabei sollten auch die Erfahrungen aus einem gerade begonnenen Projekt zu Bedarfsanalysen berücksichtigt werden.

⁷⁶ So wird eine entsprechende Trennung z. B. auch in dem „Demokratie leben!“-Begleitprojekt „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ vollzogen.

9 Abkürzungsverzeichnis

ADA	Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im Phänomenbereich Rechtsextremismus
AgAG	Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt
BAFzA	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BB	Betroffenenberatung
BgA	Begleitausschuss
BL	Bundesland
BMB	Bundesverband Mobile Beratung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
DATI	Deutsche Agentur für Transfer und Innovation
DFöG	Demokratiefördergesetz
DF	Demokratieförderung
DI!	„Demokratie leben!“
EP	Extremismusprävention
EU	Europäische Union
FöG	Fördergrundsätze
GE	Gesamtevaluation
GesBiT	Gesellschaft für Bildung und Teilhabe
GM	Gender Mainstreaming
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
Gsub	Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH
HB	Handlungsbereich
HF	Handlungsfeld
HxE	Hilfen zur Erziehung
KJH	Kinder- und Jugendhilfe
KJP	Kinder- und Jugendplan des Bundes
KNW	Kompetenznetzwerk
KNW/Z	Kompetenznetzwerke und -zentren
KN:IX	Kompetenznetzwerk Islamischer Extremismus
KompRex	Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention
KuF	Koordinierungs- und Fachstelle
LDZ	Landes-Demokratiezentrum
LKS	Landeskoordinierungsstelle
MB	Mobile Beratung
MP	Modellprojekt
MP D	Modellprojekte im Bereich Ausgewählte Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiestärkung im ländlichen Raum
MP E	Modellprojekte im Bereich Radikalisierungsprävention
MP F	Modellprojekte im Bereich Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt
MP H1	Modellprojekte im Bereich Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft – Konfliktbearbeitung
MP H2	Modellprojekte im Bereich Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft – Vielfalt leben
MP I	Modellprojekte im Bereich Stärkung des Engagements im Netz - gegen Hass im Netz
M(S)O	Migrantische (Selbst)Organisation
NDO	Neue Deutsche Organisation
NPO	Non-Profit Organisation
PfD	Partnerschaften für Demokratie
PB	Programmbereich
PQW	ProjekteWerkstatt für Qualitätsprozesse
SV	Strafvollzug
TF	Themenfeld
TFKS	Toleranz fördern – Kompetenz stärken
VG	Vielfaltgestaltung
VBRG	Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.
WB	Wissenschaftliche Begleitung

10 Literaturverzeichnis

- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Becker, Carlos/Bohn, Irina/Saßmannshausen, Jan/Schwall, Talisa (2022): Kommunale Demokratieförderung. Begriff, Modell und Praxis. Erster Schwerpunktbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereiches "Kommune" (Förderung lokaler "Partnerschaften für Demokratie") im Bundesprogramm "Demokratie leben!" 2020 - 2024. Unveröffentlicht. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Frankfurt (Main)
- Becker, Carlos/Bohn, Irina/Bollhöfner, Julia/Korn, Anna/Mettke, Ellen/Michaelis, Sandra/Saßmannshausen, Jan/Waibel, Max (2020a): (Neu)Start in Zeiten der Corona-Pandemie. Die Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2020. Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2020 – 31.12.2020 der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Frankfurt (Main)
- Becker, Carlos/Bohn, Irina/Einhorn, Laura/Mettke, Ellen/Michaelis, Sandra/Pausch, Felix/Saßmannshausen, Jan/Ziegler, Isabell (2020b): Lokales Klima der Bedrohung. Betroffenheit von und Umgang mit antidemokratischen Bestrebungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie / Berichtszeitraum 01.01.2020 - 31.12.2020. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Frankfurt (Main)
- Bischoff, Ursula/Haase, Katrin/König, Frank/Weigelt, Ina (2020): Abschlussbericht 2019: Wissenschaftliche Begleitung der Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“. DJI. Halle (Saale)
- Bischoff, Ursula/Bollmann, Martin/König, Frank/Menge, Claudia/Reiter, Stefanie (2015): Erster Bericht: Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015. DJI. Halle (Saale)
- BMFSFJ (2019): Förderaufruf für Modellprojekte im Handlungsfeld „Demokratieförderung“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Berlin
- BMFSFJ (Hrsg.) (2020a): Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung. Berlin
- BMFSFJ (Hrsg.) (2020b): Abschlussbericht Bundesprogramm Demokratie leben! Erste Förderperiode (2015 bis 2019). Berlin
- BMFSFJ (Hrsg.) (2022a): Bundeshaushaltsplan 2022. Einzelplan 17. Berlin
- BMFSFJ (Hrsg.) (2022b): Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!). Berlin
- BMFSFJ/BMI (Hrsg.) (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Berlin
- BMFSFJ/BMI (Hrsg.) (2022): Gemeinsames Ministerialblatt. Berlin
- BMI (2019): RL vom 5.8.19 Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!). GMBI 2019 Nr. 40 vom 17.09.2019
- Bundesnetzagentur (Hrsg.) (2022): Breitbandatlas. <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/Telekommunikation/Breitband/breitbandatlas/start.html> (25.10.2022)
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2021): Zweiter Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention. Bundestag-Drucksache 19/32000
- DeZIM (Hrsg.) (2021): Arbeit mit von Diskriminierung "betroffenen" Gruppen. Schwerpunktbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld "Vielfaltgestaltung" im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" des BMFSFJ 01.01.2021 - 31.12.2021
- DeZIM (Hrsg.) (2022): Schwerpunktbericht „Zielgruppenerreichung“ zur wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. 01.01.2020 - 31.12.2020 (Explorationsphase). Berlin
- Dittrich, Franziska (2022): Begleitprojekte Bundesverbände Mobile Beratung und Opferberatung. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Land im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Schwerpunktbericht 2022 (UNVERÖFFENTLICHT). Halle (Saale)
- Döge, Peter/Stiegler, Barbara (2004): Gender Mainstreaming in Deutschland. In: Meuser, Michael/Neusüß/Claudia (Hrsg.): Gender Mainstream Konzepte-Handlungsfelder-Instrumente. Bonn, S. 135–157
- Döring, Nicola/Bortz, Jürgen (2016): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften. 5. vollständig überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Auflage. Berlin/Heidelberg
- Ehnert, Katrin/Johann, Tobias/Mielke, Anne/Rehse, Aline/Walter, Elisa/Zimmermann, Eva (2021): Handlungsfeld und Handlungslogiken. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Halle (Saale)
- Figlesthaller, Carmen/Schau, Katja (2021): Entwicklungen, Handlungspraxen und Herausforderungen im Feld der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Land im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Schwerpunktbericht 2020. DJI. Halle (Saale)

- Forschungsgemeinschaft Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) (Hrsg.) (2022): Gefährdeter Zusammenhalt. Polarisierung und Spaltungstendenzen in Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse der FGZ-Pilotstudie 2020.
- Gapski, Harald (2020): Digitale Transformation: Datafizierung und Algorithmisierung von Lebens- und Arbeitswelten. In: Kutscher, Nadia/Ley, Thomas/Seelmeyer, Udo/Siller, Friederike/Tillmann, Angela/Zorn, Isabel (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung. Weinheim, S. 156–166
- Glaser, Michaela/Greuel, Frank/Hohnstein, Sally (2015): Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. In: DJI Impulse, 1. Jg., H. 109, S. 31–34
- Greuel, Frank/König, Frank (2019): Die pädagogische Prävention von Rechtsextremismus im Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis sowie Normierungs- und Subjektorientierung. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik, 17. Jg., H. 2, S. 115–131
- Gurr, Thomas/Kaiser, Yvonne/Kress, Laura/Merchel, Joachim (2016): Schwer erreichbare junge Menschen: eine Herausforderung für die Jugendsozialarbeit. Weinheim
- Haase, Katrin (2021): Entwicklungen und Herausforderungen im Feld der Beratung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Land im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Halle (Saale)
- Heinze, Franziska/Hemmann, Max/Langer, Sarah/Reiter, Stefanie/Sammet, Kornelia (2022): Untersuchungen zur Nachhaltigkeit der Förderungen auf Bundesebene. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Bund im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. (Schwerpunktbericht 2021). Halle (Saale)
- Heinze, Franziska/Hemmann, Max/Langer, Sarah/Sammet, Kornelia/Schroeter, Ellen (2021): Handlungskoordination im Themenfeld – Ausgangsbedingungen und Herausforderungen. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Bund im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Schwerpunktbericht 2020. DJI. Halle (Saale)
- Helsper, Werner (2021): Professionalität und Professionalisierung pädagogischen Handelns. Eine Einführung. Opladen/Toronto
- Herding, Maruta/Jukschat, Nadine/Lampe, Dirk/Frank, Anja/Jakob, Maria (2021): Neuausrichtung und Handlungslogiken. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Themenfeld "Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe" im Bundesprogramm "Demokratie leben!" in der Förderphase 2020 bis 2024. Halle (Saale)
- Jukschat, Nadine/Jakob, Maria/Herding, Maruta (2020): Abschlussbericht des Programmbereichs „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“. Programmevaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Halle (Saale)
- Karliczek, Kari-Maria/Prillwitz, Meike/Schaffranke, Dorte (2022): Innovationen gestalten. Wissenschaftliche Begleitung des Innovationsfonds im Bundesprogramm "Demokratie leben!" (Workingpaper). Unveröffentlicht. Berlin
- Kiess, Johannes/Dietze, Nikols/Bose, Sophie (2022): Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2021. Else Frenkel-Brunswik Institut für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig. Leipzig
- Lassnigg, Lorenz (2010): Zielgruppen und Lebensphasen. Programmatische Überlegungen für die Entwicklung und Umsetzung einer LLL-Strategie. In: MAGAZIN erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs, Nr. 10
- Pantuček-Eisenbacher, Peter (2015): Bedrohte Professionalität? Welche Professionalität? Über Gegenstand und Missverständnisse. In: Becker-Lenz, Roland/Busse, Stefan/Ehlert, Gudrun/Müller-Hermann, Silke (Hrsg.): Bedrohte Professionalität. Einschränkungen und aktuelle Herausforderungen für die Soziale Arbeit. Wiesbaden, S. 29–42
- Rammert, Werner (2010): Die Innovationen der Gesellschaft. Technical University Technology Studies, Working Papers TUTS-WP-2-2010. www.ts.tu-berlin.de/fileadmin/fg226/TUTS/TUTS-WP-2-2010.pdf (28.09.2017)
- Roscher, Tobias/Johann, Tobias (2021): Zur Evaluation von allgemeinen Leitprinzipien in multidimensionalen Programmen am Beispiel von Gender Mainstreaming. In: Milbradt, Björn/Greuel, Frank/Reiter, Stefanie/Zimmermann, Eva (Hrsg.): Evaluationen von Programmen und Projekten der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention. Gegenstand, Entwicklungen und Herausforderungen. Weinheim/Basel, S. 128–156
- Rottinghaus, Bastian (2022): Bundesverbände der Träger von Mobiler Beratung, Betroffenenberatung sowie der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Datenreport einer bundesweiten Erhebung. UNVERÖFFENTLICHT. Halle (Saale)
- Schröer, Andreas (2021): Begriffliche Klärungen, Herausforderungen und Chancen. In: Sozialmagazin – Die Zeitschrift für Soziale Arbeit, H. 3-4, S. 6–13
- Seelmeyer, Udo/Kutscher, Nadia (2021): Zum Digitalisierungsdiskurs in der Sozialen Arbeit. Befunde – Fragen – Perspektiven. In: Wunder, Maik (Hrsg.): Digitalisierung und Soziale Arbeit. Transformationen und Herausforderungen. Bad Heilbrunn, S. 17–30

- Singer-Brodowski, Mandy/Etzkorn, Nadine/Grapentin-Rimek, Theresa (Hrsg.) (2019): Pfade der Transformation. Die Verbreitung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im deutschen Bildungssystem. Opladen/Berlin/Toronto
- Sommer, Moritz/Ratzmann, Nora (2022): Bedrohte Zivilgesellschaft. DeZIM. Berlin
- Stärck, Alexander (2022): Kooperation und Koordination. Wissenschaftliche Begleitung des Begleitprojekts „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. (Unveröffentlicht). Halle (Saale)
- Strachwitz, Rupert Graf/Priller, Eckhard/Triebe, Benjamin (2020): Handbuch Zivilgesellschaft. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghahn, Sabine (2019): Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghahn, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019. Bonn, S. 15–39
- Ziegler, Isabell/Einhorn, Laura/Benedikt, Anja/Schucht/Lucas (2021): Zugänge, Handlungsstrategien und Wirkannahmen. Erster Schwerpunktbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsfelds „Extremismusprävention“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Unveröffentlicht. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Frankfurt (Main)
- Zumbrägel, Lambert (2020): Digitale Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen. Eine medienpädagogische Querschnittsaufgabe für die Jugendarbeit. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit, 2. Jg., S. 35–38

11 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

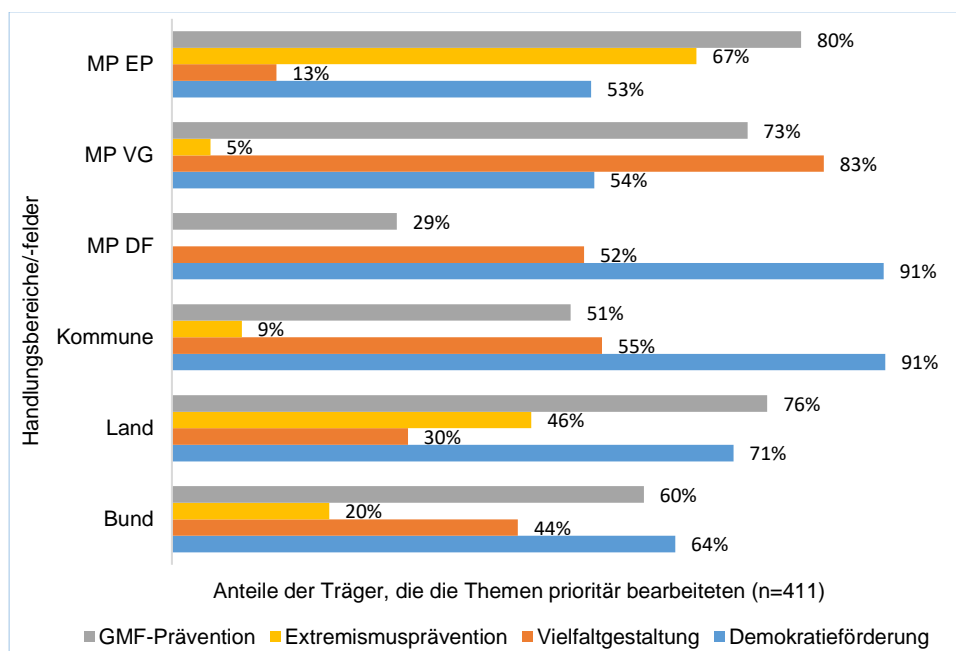
Abb. 1:	Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	16
Abb. 2:	Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf Landesebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	16
Abb. 3:	Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf lokaler Ebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	17
Abb. 4:	Rahmenbedingungen, die sich eher oder sehr hinderlich auf die Arbeit der Programmpartner:innen auswirken (Angaben der Antworten „eher hinderlich“ und „sehr hinderlich“ zusammengefasst in %)	19
Abb. 5:	Rahmenbedingungen, die sich eher oder sehr förderlich auf die Arbeit der Befragten auswirken (Angaben der Antworten „eher förderlich“ und „sehr förderlich“ zusammengefasst in %)	19
Abb. 6:	Welche der folgenden Veränderungen bei Ihrem Träger/ Projekt haben sich seit Förderbeginn ereignet und welche davon beeinflussen Ihre Arbeit? (Angaben in %)	23
Abb. 7:	Angaben zu den Personalveränderungen, die sich seit Projektbeginn ereignet haben und Einfluss auf die Arbeit der Befragten haben (Angaben in %)	23
Abb. 8:	Angaben zu den Veränderungen in der Förderhöhe von „Demokratie leben!“, die sich seit Projektbeginn ereignet haben und Einfluss auf die Arbeit der Befragten haben (Angaben in %)	24
Abb. 9:	Adressierung der Zielgruppen nach Alter (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	55
Abb. 10:	Woher kommen die adressierten Zielgruppen? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	57
Abb. 11:	Mittel und Instrumente zur Berücksichtigung von GM (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	61
Abb. 12:	Reicht die technische Ausstattung bei Ihrem Träger für die Arbeit mit digitalen Medien bei der Umsetzung Ihrer Ziele gegenwärtig aus? (teilweise Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	65
Abb. 13:	Wie häufig haben Sie die folgenden speziell auf die Weitergabe von Ergebnissen und/oder Erfahrungen zugeschnittenen Unterstützungsangebote genutzt? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	70
Abb. 14:	Schematische Darstellung einer zukünftigen Programmstruktur	83
A_Abb. 1:	Prioritär bearbeitete Themen im Bundesprogramm (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	99
A_Abb. 2:	Handlungsstrategie Förderung von Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur:innen	100
A_Abb. 3:	Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit der Öffentlichen Verwaltung (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))	101
A_Abb. 4:	Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit Trägern der KJH (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))	101
A_Abb. 5:	Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen außerhalb der KJH (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))	102
A_Abb. 6:	Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit Schulen (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))	102
A_Abb. 7:	Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit gruppenbezogenen Interessenvertretungen (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))	103
A_Abb. 8:	Welche Akteur:innen haben Ihres Wissens nach Erfahrungen, Ergebnisse und/oder Expertisen übernommen? (zusammengefasste Antworten über alle drei genannten Schwerpunkte) (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	103
A_Abb. 9:	Maßnahmen der Befragten zur Zielgruppenerreichung, die ausschließlich analog stattfinden	104
A_Abb. 10:	Maßnahmen der Befragten zur Zielgruppenerreichung, die eine Verflechtung von analog und digital sind	104

Tabellen

Tab. 1:	Datengrundlage	7
Tab. 2:	Übersicht über den Rücklauf in den HB/ HF der Online-Erhebungen 2020 und 2021/22	9
Tab. 3:	Übersicht über den Rücklauf in den Programmbereichen der 1. Förderphase zur Nachhaltigkeitsbefragung 2021	9
Tab. 4:	Wie wirken sich die eben von Ihnen genannten Phänomene/ Rahmenbedingungen auf Ihre Arbeit aus? (Angaben in %).....	18
Tab. 5:	Programminterne Zusammenarbeit nach Programmbereichen (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %).....	44
Tab. 6:	Programminterne Zusammenarbeit nach Aspekten und Programmbereichen (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %).....	47
Tab. 7:	Anregungen der programminternen Zusammenarbeit (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %).....	50
Tab. 8:	Anregung der programminternen Zusammenarbeit durch KNW/Z (Angaben in %)	51
Tab. 9:	Welche Zielgruppen adressieren Sie? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %).....	54
Tab. 10:	Entwicklung und digitale Projektarbeit bei den Programmpartner:innen (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	64
Tab. 11:	Erhaltene Unterstützung bei	67
Tab. 12:	Benötigte Unterstützung bei	67
A_Tab. 1:	Themen im Bundesprogramm (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %).....	105
A_Tab. 2:	Welche Ziele verfolgen Sie momentan? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)	105
A_Tab. 3:	Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen, Angaben in %).....	107
A_Tab. 4:	Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf Landesebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen, Angaben in %).....	107
A_Tab. 5:	Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf lokaler Ebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen, Angaben in %).....	108
A_Tab. 6:	Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf einen Einfluss auf Ihre Arbeit (Ebene nicht eindeutig zuordenbar)? (Mehrfachnennungen, Angaben in %).....	109
A_Tab. 7:	Bei welchen der eben genannten Rahmenbedingungen spielt die Corona-Pandemie eine wesentliche Rolle? (Mehrfachnennungen, Angaben in %)	110
A_Tab. 8:	Arbeiten Sie mit Institutionen/ Organisationen der untenstehenden Strukturen zusammen? (Mehrfachnennungen, Angaben in %).....	111
A_Tab. 9:	Zu welchen Aspekten Ihrer Arbeit findet Zusammenarbeit außerhalb Ihres Trägers statt bzw. wird von Ihnen in Zukunft angestrebt? (Mehrfachnennungen, Angaben in %).....	111
A_Tab. 10:	Erhalten Sie derzeit eine Landeskofinanzierung für Ihr Modellprojekt?	112
A_Tab. 11:	Quelle der Kofinanzierung (Mehrfachnennungen, Angaben in %)	112
A_Tab. 12:	Welche Akteur:innen haben Ihres Wissens nach Erfahrungen, Ergebnisse und/oder Expertisen übernommen? (Mehrfachnennungen, Angaben in %).....	113
A_Tab. 13:	Berücksichtigung und Anregung durch das Leitprinzip GM (Mehrfachnennungen, Angaben in %).....	113
A_Tab. 14:	Mittel und Instrumente zur Berücksichtigung von GM (in %).....	114
A_Tab. 15:	Fand die Verschiebung der analogen Angebote ins Digitale (teilweise) aufgrund der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen statt? (n=357) (in %)	115
A_Tab. 16:	Durch wen wurden Sie bei was außerhalb des eigenen Trägers unterstützt? (Angaben in absoluten Zahlen, Mehrfachnennungen).....	115

12 Anhang

A_Abb. 1: Prioritär bearbeitete Themen im Bundesprogramm (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



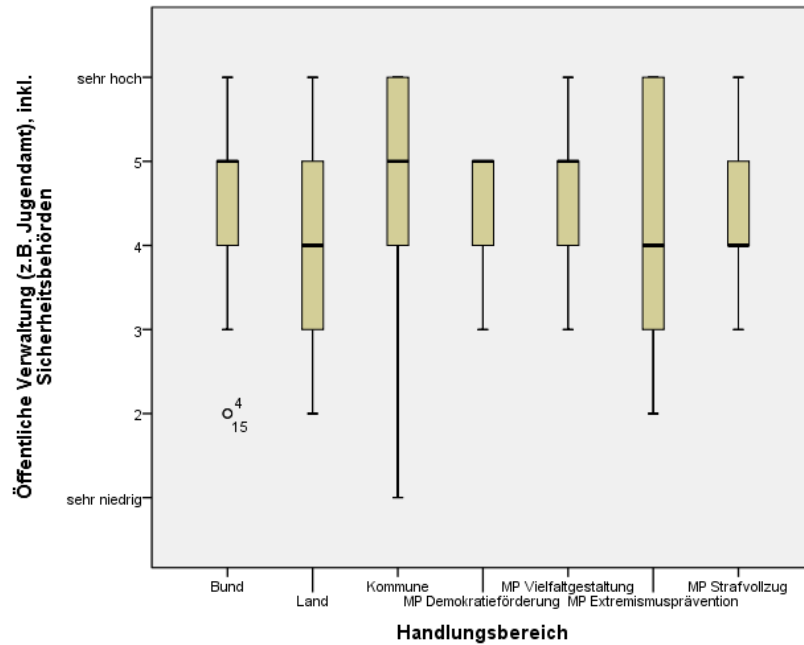
Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Abb. 2: Handlungsstrategie Förderung von Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur:innen



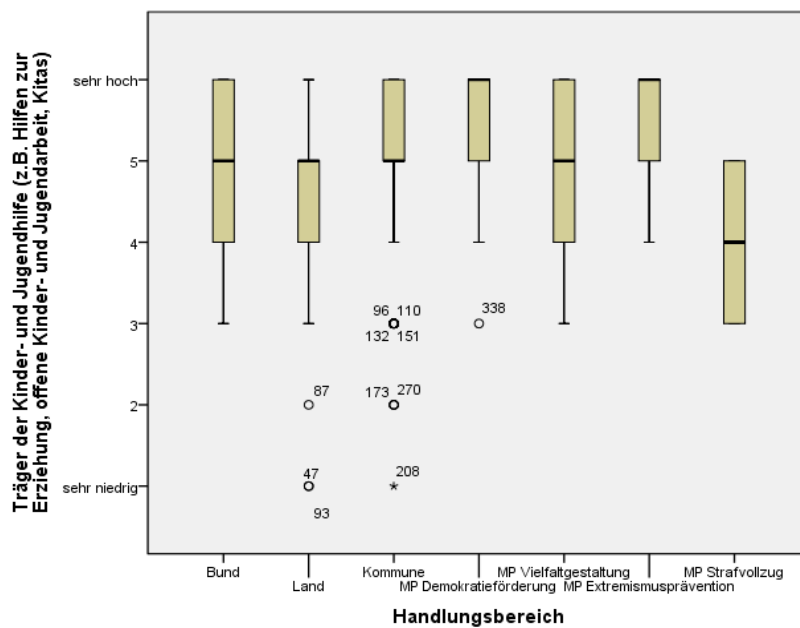
Quelle: Eigene Darstellung GE am DJI

A_Abb. 3: Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit der Öffentlichen Verwaltung (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))



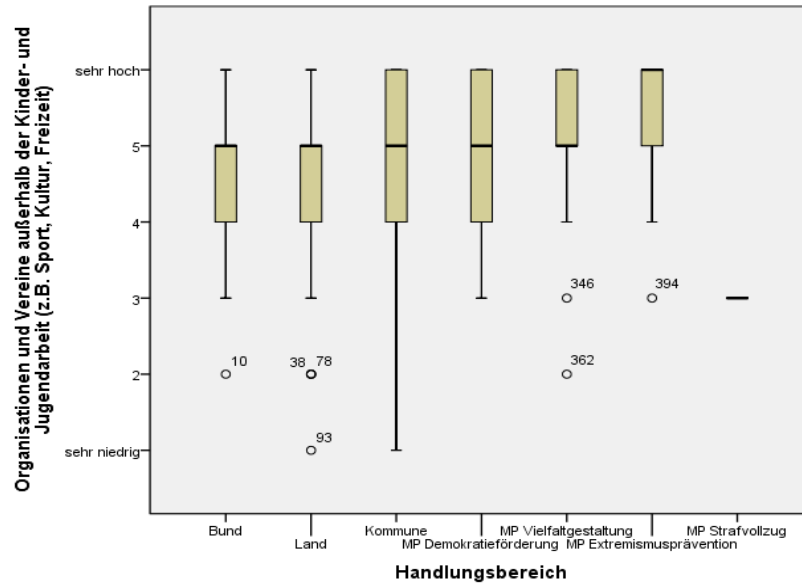
Quelle: Eigene Darstellung GE am DJI

A_Abb. 4: Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit Trägern der KJH (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))



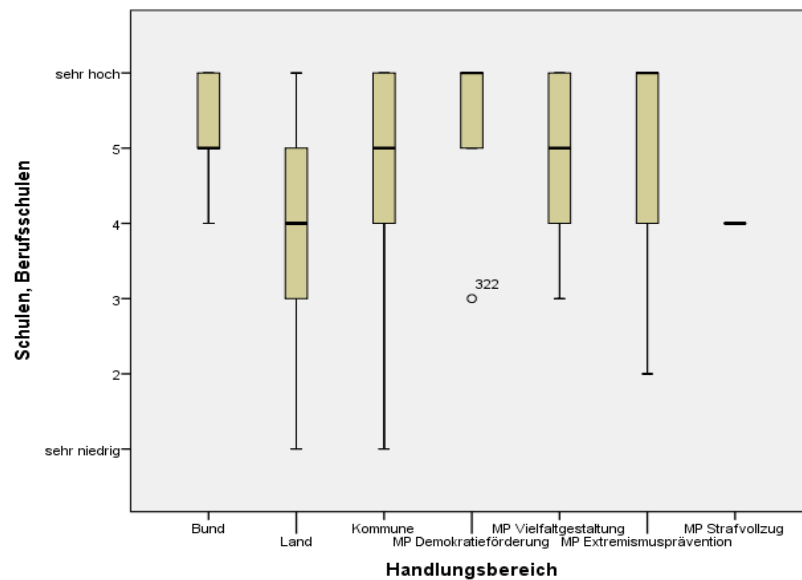
Quelle: Eigene Darstellung GE am DJI

A_Abb. 5: Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen außerhalb der KJH (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))



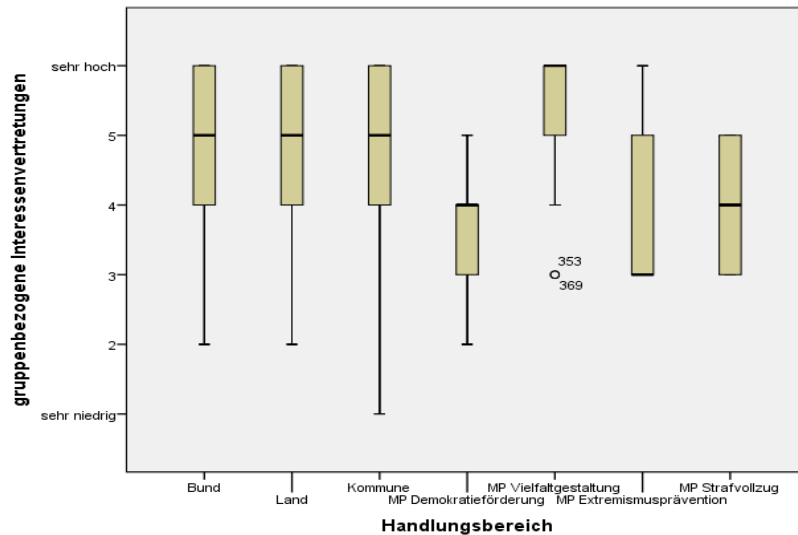
Eigene Darstellung GE am DJI

A_Abb. 6: Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit Schulen (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))



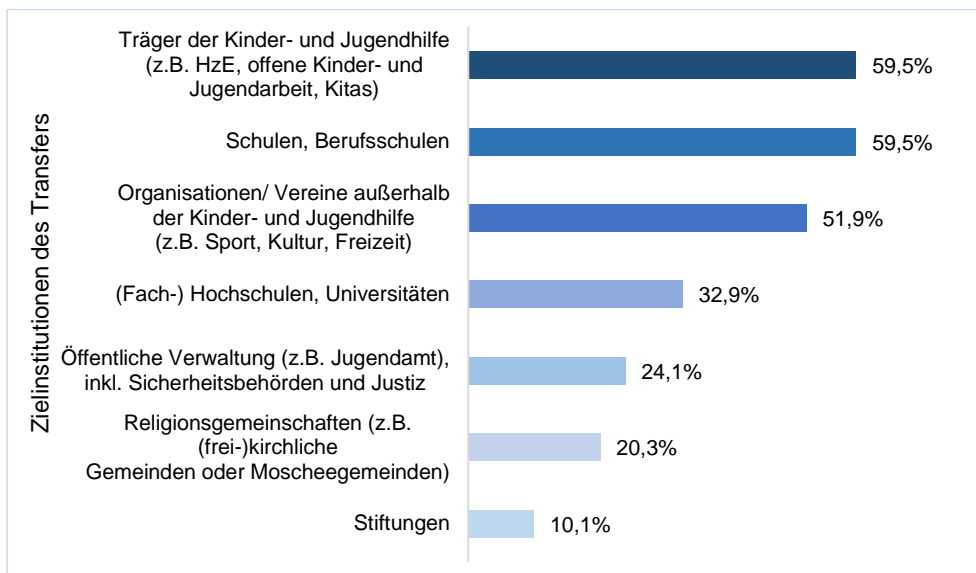
Quelle: Eigene Darstellung GE am DJI

A_Abb. 7: Einschätzung des Nutzens der Zusammenarbeit mit gruppenbezogenen Interessenvertretungen (Darstellung per Boxplot über alle Antworten, Skala der Antwortmöglichkeiten von 1 (sehr gering) bis 6 (sehr hoch))



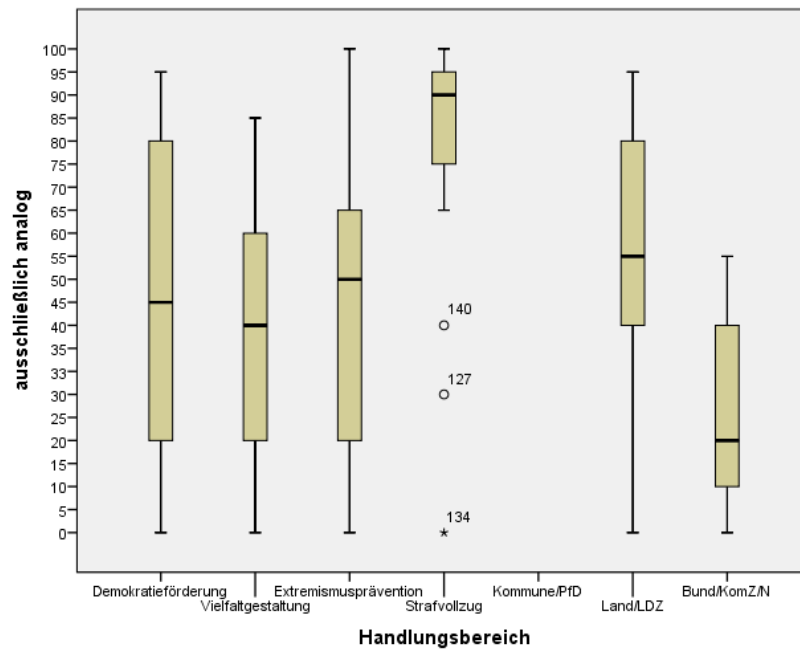
Quelle: Eigene Darstellung GE am DJI

A_Abb. 8: Welche Akteur:innen haben Ihres Wissens nach Erfahrungen, Ergebnisse und/oder Expertisen übernommen? (zusammengefasste Antworten über alle drei genannten Schwerpunkte) (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)



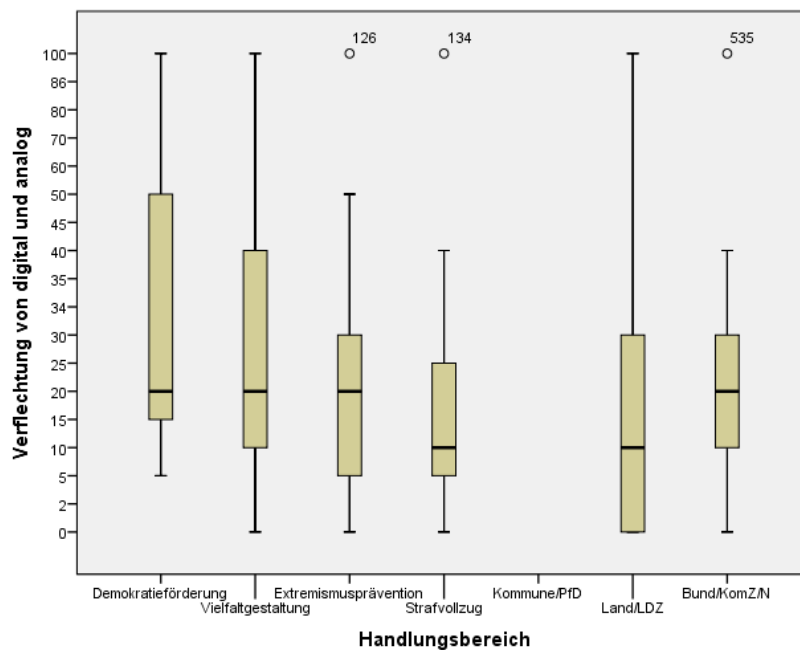
Quelle: Nachhaltigkeitsbefragung der GE 2021

A_Abb. 9: Maßnahmen der Befragten zur Zielgruppenerreichung, die ausschließlich analog stattfinden



Quelle: Eigene Darstellung GE am DJI

A_Abb. 10: Maßnahmen der Befragten zur Zielgruppenerreichung, die eine Verflechtung von analog und digital sind



Quelle: Eigene Darstellung GE am DJI

A_Tab. 1: Themen im Bundesprogramm (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)

	Bund (n=25)	Land (n=70)	Kommune (n=225)	MP DF (n=21)	MP VG (n=41)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)
Demokratieförderung	64,0%	71,4%	90,7%	90,5%	53,7%	53,3%	20,0%
Extremismusprävention	20,0%	45,7%	8,9%	0,0%	4,9%	66,7%	90,0%
GMF-Prävention	60,0%	75,7%	50,7%	28,6%	73,2%	80,0%	60,0%
Vielfaltgestaltung	44,0%	30,0%	54,7%	52,4%	82,9%	13,3%	10,0%
Stärkung Zivilgesellschaft	20,0%	47,1%	58,2%	23,8%	36,6%	13,3%	0,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22, eigene Berechnung

A_Tab. 2: Welche Ziele verfolgen Sie momentan? (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %)

	Bund (n=25)	Land (n=70)	Kommune (n=225)	MP DF (n=21)	MP VG (n=41)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)	Gesamt (n=411)
Förderung politischer/ demokratischer Partizipation	60%	51%	95%	90%	56%	40%	50%	77%
Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements	56%	71%	82%	43%	61%	33%	10%	70%
Förderung der Anerkennung von Menschenrechten	56%	67%	45%	33%	51%	40%	70%	50%
Förderung einer positiven Einstellung gegenüber demokratischen Verfahren und Strukturen	32%	49%	75%	81%	22%	67%	100%	62%
Bearbeitung von politisch-weltanschaulichem oder religiös begründetem Extremismus	36%	66%	43%	10%	22%	80%	90%	45%
Loslösung/ Abwendung von Gruppen/ Szenen im Spektrum des politisch-weltanschaulichen bzw. religiös begründeten Extremismus	12%	21%	8%	0%	2%	40%	80%	13%
Abkehr von demokratie-/ menschenfeindlichen Ideologien bzw. Prävention der Hinwendung zu solchen	72%	47%	68%	52%	32%	87%	90%	61%
Verzicht auf die (Befürwortung der) Anwendung politisch-weltanschaulicher oder religiös begründeter Gewalt	8%	30%	14%	0%	5%	47%	90%	18%
Bearbeitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit/ Antidiskriminierungsarbeit	88%	84%	72%	48%	93%	80%	80%	76%

	Bund (n=25)	Land (n=70)	Kommune (n=225)	MP DF (n=21)	MP VG (n=41)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)	Gesamt (n=411)
Förderung sozialer Integration, sozialer Teilhabe und Gleichberechtigung	48%	43%	73%	71%	56%	13%	40%	61%
Förderung der Anerkennung von gesellschaftlicher Diversität	80%	59%	82%	62%	90%	47%	70%	75%
Entwicklung und Erprobung neuer (innovativer) Arbeitsansätze und Problemlösungen	48%	27%	28%	100%	66%	73%	70%	39%
Stärkung zivilgesellschaftlicher Konfliktregulierung	16%	33%	30%	10%	20%	20%	30%	27%
Bekanntmachung von (Bestandteilen von) "Demokratie leben!!"	28%	27%	76%	29%	10%	7%	10%	51%
Förderung der Akzeptanz von (politisch-weltanschaulicher) Meinungsvielfalt	44%	34%	51%	52%	37%	27%	80%	45%
Förderung der Verständigung (Kommunikation) über unterschiedliche, auch gegensätzliche politische Ansichten sowie Weltanschauung	36%	19%	34%	43%	20%	27%	70%	31%
Sonstiges (bitte in nächster Frage nennen)	12%	14%	2%	10%	5%	0%	0%	5%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 3: Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

	Bund (n=25)	Land (n=71)	Kommune (n=227)	MP DF (n=21)	MP VG (n=42)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)
Akteure Verschwörungserzählungen	76,0%	80,3%	79,3%	52,4%	61,9%	86,7%	60,0%
Akteure Rechtspopulismus	80,0%	77,5%	73,6%	57,1%	66,7%	100%	50,0%
Akteure Rechtsextremismus	84,0%	76,1%	68,3%	38,1%	59,5%	80,0%	50,0%
Akteure demokratisches Spektrum	64,0%	42,3%	37,4%	47,6%	45,2%	60,0%	20,0%
Akteure ähnliches Aufgabefeld wie wir	68,0%	31,0%	28,6%	42,9%	47,6%	60,0%	30,0%
Akteure Islamismus	24,0%	11,3%	23,3%	0%	28,6%	26,7%	70,0%
Akteure Linke Militanz	4,0%	2,8%	13,2%	0%	14,3%	6,7%	20,0%
veränderte gesellschaftliche/ politische Wahrnehmung Relevanz Thema	92,0%	69,0%	41,9%	57,1%	59,5%	73,3%	90,0%
polit.-weltanschaulich begründete Gewalt (inkl. Bedrohungen oder Übergriffe)	48,0%	49,3%	41,9%	9,5%	42,9%	40,0%	40,0%
Anerkennung/ Akzeptanz des MP/ SE in Regelstrukturen	64,0%	43,7%	18,1%	9,5%	31,0%	46,7%	60,0%
Erreichbarkeit/ Zugang zu lokalen Akteuren oder ZG	48,0%	21,1%	14,1%	9,5%	28,6%	53,3%	10,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 4: Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf Landesebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

	Bund (n=25)	Land (n=71)	Kommune (n=227)	MP DF (n=21)	MP VG (n=42)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)
Akteure Verschwörungserzählungen	44,0%	66,2%	46,3%	28,6%	23,8%	40,0%	50,0%
Akteure Rechtspopulismus	60,0%	70,4%	47,1%	28,6%	33,3%	53,3%	50,0%
Akteure Rechtsextremismus	40,0%	64,8%	39,2%	28,6%	28,6%	40,0%	50,0%
Akteure demokratisches Spektrum	44,0%	49,3%	34,4%	42,9%	26,2%	26,7%	30,0%
Akteure ähnliches Aufgabefeld wie wir	44,0%	59,2%	40,1%	38,1%	40,5%	53,3%	30,0%
Akteure Islamismus	12,0%	8,5%	5,7%	0,0%	4,8%	13,3%	50,0%
Akteure Linke Militanz	4,0%	1,4%	3,5%	0,0%	2,4%	6,7%	20,0%
veränderte gesellschaftliche/ politische Wahrnehmung Relevanz Thema	44,0%	63,4%	31,3%	28,6%	35,7%	33,3%	60,0%
polit.-weltanschaulich begründete Gewalt (inkl. Bedrohungen oder Übergriffe)	20,0%	47,9%	27,3%	4,8%	19,0%	20,0%	40,0%
Anerkennung/ Akzeptanz des MP/ SE in Regelstrukturen	52,0%	71,8%	27,1%	23,8%	40,5%	46,7%	80,0%
Erreichbarkeit/ Zugang zu lokalen Akteuren oder ZG	36,0%	43,7%	18,9%	9,5%	38,1%	46,7%	80,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 5: Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf lokaler Ebene einen Einfluss auf Ihre Arbeit? (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

	Bund (n=25)	Land (n=71)	Kommune (n=227)	MP DF (n=21)	MP VG (n=42)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)
Akteure Verschwörungserzählungen	44,0%	70,4%	67,4%	28,6%	23,8%	33,3%	30,0%
Akteure Rechtspopulismus	40,0%	62,0%	54,2%	28,6%	35,7%	33,3%	40,0%
Akteure Rechtsextremismus	36,0%	66,2%	48,0%	19,0%	33,3%	40,0%	40,0%
Akteure demokratisches Spektrum	44,0%	49,3%	57,7%	33,3%	28,6%	33,3%	10,0%
Akteure ähnliches Aufgabenfeld wie wir	44,0%	49,3%	51,5%	33,3%	31,0%	33,3%	10,0%
Akteure Islamismus	8,0%	4,2%	7,9%	0,0%	11,9%	6,7%	30,0%
Akteure Linke Militanz		1,4%	4,4%	0%	2,4%	13,3%	10,0%
veränderte gesellschaftliche/ politische Wahrnehmung Relevanz Thema	36,0%	59,2%	57,3%	28,6%	33,3%	26,7%	30,0%
polit.-weltanschaulich begründete Gewalt (inkl. Bedrohungen oder Übergriffe)	20,0%	54,9%	35,2%	9,5%	19,0%	33,3%	40,0%
Anerkennung/ Akzeptanz des MP/ SE in Regelstrukturen	40,0%	63,4%	74,9%	42,9%	50,0%	46,7%	30,0%
Erreichbarkeit/ Zugang zu lokalen Akteuren oder ZG	40,0%	73,2%	77,5%	47,6%	57,1%	60,0%	40,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 6: Welche der folgenden Phänomene/ Rahmenbedingungen haben Ihrer Wahrnehmung nach auf einen Einfluss auf Ihre Arbeit (Ebene nicht eindeutig zuordenbar)? (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

	Bund (n=25)	Land (n=71)	Kommune (n=227)	MP DF (n=21)	MP VG (n=42)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Verschwörungserzählungen	20,0%	9,9%	10,1%	19,0%	14,3%	0,0%	20,0%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Rechtspopulismus	16,0%	9,9%	10,5%	14,3%	14,3%	0,0%	10,0%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Rechtsextremismus	12,0%	8,5%	12,3%	23,8%	7,1%	6,7%	20,0%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem demokratischen Spektrum	16,0%	9,9%	15,0%	14,3%	14,3%	6,7%	40,0%
das Handeln von (neuen) Akteuren mit ähnlichen Aufgabenfeld wie wir	16,0%	9,9%	17,2%	9,5%	4,8%	13,3%	30,0%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Islamismus	28,0%	11,3%	34,8%	28,6%	19,0%	33,3%	10,0%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Linke Militanz	36,0%	9,9%	34,4%	23,8%	16,7%	33,3%	20,0%
veränderte gesellschaftliche/ politische Wahrnehmung Relevanz Thema	8,0%	7,0%	17,6%	14,3%	11,9%	13,3%	10,0%
polit.-weltanschaulich begründete Gewalt (inkl. Bedrohungen oder Übergriffe)	16,0%	14,1%	21,1%	23,8%	7,1%	13,3%	10,0%
Anerkennung/ Akzeptanz des MP/ SE in Regelstrukturen	28,0%	4,2%	8,8%	19,0%	4,8%	6,7%	10,0%
Erreichbarkeit/ Zugang zu lokalen Akteuren oder ZG	16,0%	5,6%	8,8%	14,3%	7,1%	20,0%	10,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 7: Bei welchen der eben genannten Rahmenbedingungen spielt die Corona-Pandemie eine wesentliche Rolle? (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

	Bund	Land	Kommune	MP DF	MP VG	MP EP	MP SV
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Verschwörungserzählungen (n=367)	82,6%	96,9%	95,8%	93,3%	73,3%	100,0%	100,0%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Rechtspopulismus (n=366)	73,9%	75,0%	73,3%	75,0%	51,4%	53,3%	71,4%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Rechtsextremismus (n=355)	52,2%	71,9%	59,4%	35,7%	43,3%	46,7%	85,7%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem demokratischen Spektrum (n=315)	27,3%	56,3%	38,2%	33,3%	37,9%	45,5%	28,6%
das Handeln von (neuen) Akteuren mit einem ähnlichen Aufgabenfeld wie wir (n=331)	23,8%	48,1%	23,4%	26,7%	37,5%	23,1%	25,0%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Islamismus (n=213)	15,4%	5,9%	5,0%	0,0%	4,8%	0,0%	62,5%
das Handeln von (neuen) Akteuren aus dem Spektrum Linke Militanz (n=164)	10,0%	0,0%	8,6%	0,0%	0,0%	0,0%	25,0%
Erreichbarkeit von bzw. Zugang zu lokalen Akteuren oder der Zielgruppe (n=352)	78,9%	70,7%	65,4%	85,7%	84,8%	85,7%	77,8%
veränderte gesellschaftliche und politische Wahrnehmung der Relevanz des von uns bearbeiteten Themas (n=345)	39,1%	57,4%	52,1%	33,3%	40,6%	75,0%	40,0%
politisch-weltanschaulich begründete Gewalt (inkl. verbaler und körperlicher Bedrohungen oder Übergriffe) (n=294)	33,3%	73,2%	38,1%	37,5%	34,8%	50,0%	16,7%
Anerkennung/ Akzeptanz unseres Kompetenzzentrums/-netzwerks in Regelstrukturen u.ä. (n=347)	21,7%	23,7%	13,4%	28,6%	21,4%	50,0%	30,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 8: Arbeiten Sie mit Institutionen/ Organisationen der untenstehenden Strukturen zusammen? (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

	Bund (n=23)	Land (n=67)	Kommune (n=218)	MP DF (n=20)	MP VG (n=42)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)
Träger der KJH (z. B. HzE, offene Kinder- und Jugendarbeit, Kitas)	78,3%	73,1%	95,9%	70,0%	57,1%	73,3%	20,0%
Organisationen u. Vereine außerhalb der Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Sport, Kultur, Freizeit)	69,6%	77,6%	95,9%	40,0%	69,0%	60,0%	10,0%
Schulen, Berufsschulen	60,9%	70,1%	89,0%	65,0%	61,9%	80,0%	10,0%
Öffentliche Verwaltung (z. B. Jugendamt), inkl. Sicherheitsbehörden	69,6%	73,1%	82,6%	25,0%	50,0%	60,0%	60,0%
fachliche Arbeits-/ Interessengemeinschaften	82,6%	79,1%	60,1%	50,0%	59,5%	60,0%	20,0%
Religionsgemeinschaften (z. B. Moschee-, (frei-)kirchliche und jüdische Gemeinden)	39,1%	62,7%	76,6%	5,0%	40,5%	26,7%	10,0%
(Fach-)Hochschulen, Universitäten	69,6%	71,6%	28,9%	35,0%	50,0%	73,3%	40,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 9: Zu welchen Aspekten Ihrer Arbeit findet Zusammenarbeit außerhalb Ihres Trägers statt bzw. wird von Ihnen in Zukunft angestrebt? (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

		Bund (n=23)	Land (n=67)	Kommune (n=218)	MP DF (n=20)	MP VG (n=42)	MP EP (n=15)
Wir arbeiten seit Förderbeginn mit Projekten bzw. Strukturen außerhalb unseres Trägers zusammen (zu)...	Entwicklung/Erprobung methodischer Innovationen	94,7%	88,5%	89,8%	76,5%	89,5%	85,7%
	(Weiter-)Entwicklung unserer Konzeption	72,7%	80,6%	81,7%	70,6%	83,8%	66,7%
	Transfer/ Nachhaltigkeit von Projektergebnissen	89,5%	88,9%	84,9%	87,5%	82,4%	78,6%
	Anregung von neuen Projekten außerhalb unseres Trägers	88,9%	82,1%	91,9%	76,9%	82,1%	75,0%

Quelle: Online Erhebung 2021/22

A_Tab. 10: Erhalten Sie derzeit eine Landeskofinanzierung für Ihr Modellprojekt?

Erhalten Sie derzeit eine Landesfinanzierung für Ihr Modellprojekt?		Modellprojektbereich				Gesamt
		MP DF	MP VG	MP EP	MP SV	
Ja	Anzahl	15	28	13	15	71
	Prozent innerhalb von Modellprojektbereich	50,0%	42,4%	46,4%	83,3%	50,0%
Nein	Anzahl	15	37	14	3	69
	Prozent innerhalb von Modellprojektbereich	50,0%	56,1%	50,0%	16,7%	48,6%
Weiß nicht	Anzahl	0	1	1	0	2
	Prozent innerhalb von Modellprojektbereich	0,0%	1,5%	3,6%	0,0%	1,4%
Gesamt	Anzahl	30	66	28	18	142
	Prozent innerhalb von Modellprojektbereich	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Online-Erhebung 2020

A_Tab. 11: Quelle der Kofinanzierung (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

	Bund	Kommune	MP DF	MP VG	MP EP	MP SV
öffentliche Zuschüsse: andere Bundesressorts	48%	0%	10%	7%	20%	10%
öffentliche Zuschüsse: andere Kommunen (Absichtserklärung bzw. Zuwendungsbescheid des Drittmittelgebers)	0%	3%	0%	0%	0%	0%
öffentliche Zuschüsse: Bundesland (Absichtserklärung bzw. Zuwendungsbescheid des Drittmittelgebers)	36%	33%	62%	48%	47%	90%
öffentliche Zuschüsse: Städte/ Kreise/ Kommunen (Absichtserklärung bzw. Zuwendungsbescheid des Drittmittelgebers)	0%	0%	29%	7%	7%	0%
andere Drittmittel (Absichtserklärung bzw. Zuwendungsbescheid des Drittmittelgebers sind als Anlage beizufügen)	44%	4%	29%	50%	33%	10%
Eigenmittel	0%	0%	43%	57%	60%	0%
Eigenmittel (Achtung: Eigenleistungen werden unter 9.4 abgefragt, eine gesonderte Erläuterung)	0%	80%	0%	0%	0%	0%
Eigenmittel (Eigenleistungen in Form von Personalstellen werden unter 6. abgefragt)	52%	0%	0%	0%	0%	20%
sonstige Einnahmen/ Erlöse	20%	10%	38%	5%	33%	20%

Quelle: Daten BAFzA, Darstellung GE im Rahmen der Online-Befragung 2021/22

A_Tab. 12: Welche Akteur:innen haben Ihres Wissens nach Erfahrungen, Ergebnisse und/oder Expertisen übernommen? (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

	PB D (n=31)	PB E (n=19)	PB F (n=7)	PB H (n=10)	PB I (n=12)	Gesamt (n=79)
Träger der KJH (z.B. HzE, offene Kinder- und Jugendarbeit, Kitas)	83,9%	36,3%	28,6%	70,0%	41,7%	59,5%
Organisationen/ Vereine außerhalb der KJH (z.B. Sport, Kultur, Freizeit)	45,2%	47,4%	42,9%	80,0%	58,3%	51,9%
Religionsgemeinschaften (z.B. Moschee- oder (frei-) kirchliche Gemeinden)	9,7%	36,8%	0,0%	50,0%	8,3%	20,3%
Schulen, Berufsschulen	64,5%	47,4%	57,1%	50,0%	75,0%	59,5%
(Fach-)Hochschulen, Universitäten	38,7%	26,3%	42,9%	30,0%	25,0%	32,9%
Stiftungen	6,5%	0,0%	28,6%	20,0%	16,7%	10,1%
Öffentliche Verwaltung (z.B. Jugendamt), inkl. Sicherheitsbehörden u. Justiz	22,6%	36,8%	14,3%	30,0%	8,3%	24,1%

Quelle: Nachhaltigkeitsbefragung der GE 2021

A_Tab. 13: Berücksichtigung und Anregung durch das Leitprinzip GM (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

	Bund (n=23)	Land (n=64)	Kommune (n=216)	MP DF (n=20)	MP VG (n=42)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)
Dass GM ein Leitprinzip des Bundesprogrammes "Demokratie leben!" ist, war mir nicht bekannt.	0,0%	4,7%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	10,0%
GM war schon vor der aktuellen Projektförderung ein verbindliches Prinzip der Arbeit unseres Trägers/ unserer Struktur und fließt von daher in unsere Projektarbeit ein.	91,3%	79,7%	70,8%	100%	90,5%	86,7%	80,0%
Das im Bundesprogramm verankerte Leitprinzip GM hat bei unserem Modellprojekt zur Berücksichtigung von Genderaspekten angeregt.	21,7%	12,5%	44,9%	5,0%	14,3%	20,0%	10,0%
Die Beschäftigung mit dem Leitprinzip GM im Bundesprogramm hat dazu geführt, dass sich auch andere Projekte bzw. weitere Organisationseinheiten bei unserem Projektträger mit Geschlechterfragen auseinandersetzen.	4,3%	9,4%	18,1%	0,0%	11,9%	20%	0,0%
weiß nicht	4,3%	7,8%	2,8%	0,0%	2,4%	0,0%	0,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 14: Mittel und Instrumente zur Berücksichtigung von GM (in %)

	Bund (n=23)	Land (n=64)	Kommune (n=216)	MP DF (n=20)	MP VG (n=42)	MP EP (n=15)	MP SV (n=10)
Durchführung einer Problem- analyse (zur Feststellung von Chancenungleichheit in unse- rem HF)	39,1%	48,4%	17,1%	40,0%	31,0%	33,3%	20,0%
Einbezug des Geschlechteras- pektes in unserer Konzeption (Zielformulierung, Umsetzungs- konzept)	78,3%	68,8%	69,9%	75,0%	69,0%	73,3%	80,0%
Ausrichtung der Ziele (u.a.) auch auf Geschlechtergleich- stellung/-gerechtigkeit	56,5%	57,8%	64,8%	40,0%	71,4%	53,3%	40,0%
Auswahl bzw. Gewichtung von Zielgruppen	56,5%	28,1%	43,5%	30,0%	42,9%	46,7%	20,0%
(wo möglich) Herstellung von Bezügen zu Geschlechteras- pekten in den vermittelten In- halten	78,3%	67,2%	59,3%	85,0%	83,3%	60,0%	70,0%
Wahl der Mittel zur Ansprache von/ zum Erreichen von Ziel- gruppen	56,5%	46,9%	53,7%	65,0%	40,5%	60,0%	60,0%
Verwendung geschlechterge- rechter Sprache	95,7%	92,2%	88,9%	100,0%	100,0%	93,3%	100,0%
geschlechterspezifische Ausge- staltung bzw. Anwendung von (pädagogischen, didaktischen) Methoden	69,6%	53,1%	42,6%	70,0%	38,1%	53,3%	60,0%
geschlechter-/ genderreflek- tierte Auswahl von Kooperati- onspartner:innen	47,8%	37,5%	36,1%	40,0%	52,4%	33,3%	10,0%
geschlechter-/ genderreflek- tierte Verteilung von Ressour- cen in unserem MP	65,2%	43,8%	25,9%	40,0%	47,6%	60,0%	70,0%
geschlechterspezifische Infra- struktur (geschützte Räume)	60,9%	50,0%	31,5%	50,0%	28,6%	66,7%	50,0%
Personalauswahl/ Teamzusam- mensetzung im MP	91,3%	84,4%	39,4%	65,0%	73,8%	86,7%	70,0%
Auswahl von Personen für im MP relevanten Gremien	52,2%	51,6%	57,9%	25,0%	47,6%	40,0%	20,0%
Selbstkontrolle/ Messung von Genderunterschieden bzw. der Berücksichtigung aller Ge- schlechtsidentitäten im MP	39,1%	42,2%	28,7%	50,0%	28,6%	26,7%	20,0%
Bereitstellung einer Ansprech- person/ -stelle für Gleichstel- lungsfragen	26,1%	9,4%	23,1%	5,0%	19,0%	6,7%	0,0%
Durchführung von Weiterbil- dungsangeboten zu Genderfra- gen für Mitarbeitende des MP/ Trägers	39,1%	35,9%	25,0%	45,0%	19,0%	40,0%	30,0%
Reflexion und Reaktion auf sichtbar werdende geschlech- ter-/ genderbezogene Defizite im MP	56,5%	70,3%	51,4%	65,0%	73,8%	73,3%	40,0%
Wir berücksichtigen GM nicht. (Exklusivfrage1)	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Ist mir nicht bekannt. (Exklusivfrage2)	4,3%	4,7%	1,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 15: Fand die Verschiebung der analogen Angebote ins Digitale (teilweise) aufgrund der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen statt? (n=357) (in %)

	Bund (n=21)	Land (n=60)	Kommune (n=193)	MP DF (n=19)	MP VG (n=40)	MP EP (n=15)	MP SV (n=9)
Ja	100,0%	96,7%	98,4%	100,0%	97,5%	100,0%	100,0%
Nein	0,0%	3,3%	1,6%	0,0%	2,5%	0,0%	0,0%

Quelle: Online-Erhebung 2021/22

A_Tab. 16: Durch wen wurden Sie bei was außerhalb des eigenen Trägers unterstützt? (Angaben in absoluten Zahlen, Mehrfachnennungen)

	Vernetzung mit Part- nern	Vermittlung von Trans- ferwissen	Erstellen von Publikatio- nen/ Publika- tionsmateria- lien	Fund- raising	Sonstiges
Träger der politischen Bildung	23	23	10	0	0
sonstige Träger und Vereine der außerschulischen Bildung	24	21	3	0	0
freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe	24	17	1	0	1
Berufs-/Fachverbände	18	14	5	1	2
Stiftungen	13	7	5	9	1
Verwaltungsmitarbeiter:innen	16	13	1	4	1
öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe	13	10	1	2	0
Parlamentsmitglieder	10	11	0	1	3
Einzelpersonen des öffentlichen Lebens (z.B. Influencer:innen, Künstler:innen)	9	8	2	0	2
politische Partei(en)	8	6	1	1	2

Quelle: Nachhaltigkeitsbefragung der GE 2021